

H



I

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

WURM

Januar 1983

72. Heft

1,50 DM

7. Jahrgang



Recklinghausen d. 30. 1. 33

DAS
IMPERIUM
SCHLÄGT
ZURÜCK

WELT UND WOLFRAM
DROHEN
HOLZWURM

PROBEZEICHNUNG
LINGENÜBEND:

MALEREI
im
3. REICH

COMICS

TERMINE

und vieles mehr

AUS DER REDAKTION

Hallo Leute!
Jedes Jahr ist es das gleiche. Ich scheine einfach nicht zu lernen. Da verbrachte unsereins die gesamten Feiertage in Enthaltbarkeit, verzichtet auf Ahornsuppe, Spanplatte, und Eichelsorbet, und plötzlich erscheint Tante Magret aus England mit ihre allerköstlichsten Balsaholz plätzchen. Und nun versuche ich das Resultat im Autonomen Fitnes-Zentrum runterzustrampeln. Tja während ich so strampel bebt das ganze Haus. Aber nicht durch mich, sondern die neuen Maschinen laufen auf Hochtouren. Denn der Holzwurm bekam viele neue Geräte, die die Produktion der Zeitung für die Zukunft garantieren. So befindet sich unter den Geräten ein neuer Offsetdrucker, der den alten an Technik und Größe übertrifft, aber im Endeffekt wird er billiger arbeiten. Zum Drucker gehören desweiteren 2 Maschinen, welche die Druckplatten herstellen. Vom Holzwurmteam besonders begrüßt wird die Zusammentragmaschine, welche die einzelnen Blätter zu einem kompletten HOLZWURM zusammenträgt.
Dieser ganze Maschinenpark war ein Angebot eines Immobilienhändlers, der sie weit unter dem Schätzwertpreis-10000DM-dem HOLZWURM offerierte. Finanziert wurde über 1500DM Druckauftrag- von demselben, der Rest wurde von einer Privatperson ausgelegt.
Das wärs auch schon aus dem intim internen des HOLZWURMS und sa verbl... (Was'n los ... ach so, gut mach ich, jaja... ist okay) Entschuldigt so eben ist noch hereingekommen, daß in diesem Heft, die in der letzten Ausgabe angekündigten Diskussionsbeiträge über alternative Stadtpolitik noch nicht heriangereicht wurden, und deshalb in dieser Ausgabe entfallen. Und mit dieser letzten Meldung gleich zu Beginn verbleibe ich Euer- hoffentlich im Februar etwas abgemagerte -



Nebl
ev

DAS
IMPERIUM
SCHÄDT
ZURÜCK
WELT UND WOLFRAM
DROHEN
HOLZWURM

COMICS

TERMIN

Samstag

Dem Kontrast eine Chance!
zuwoll. Bin ich auch für
Saubere. Nix da-
gegen. Oh wau!

Der Flaschenöffner hatte seinen Prozeß. Was
daraus wurde steht ab Seite 38. Der Kommen-
tar dazu befindet sich auf Seite 6

Da die Philosophen
in der HOLZWURMmunde recht
schwach vertreten sind, folgt ein kleiner
Trostreim.

Hegel ging über'n Bach,
sah'n Egel und wurde
Schwach

Wer kennt nicht das Moorsoldatenlied? Doch
wer kennt den Autor Johann Esser? Ulrich
Grober aus Marl ist seinem Leben und Schick-
sal nachgegangen.
Ab Seite 22

Dieser Platz ist noch frei.

Hehe! Jetzt NICHT MEHR

Olaf meint: Liegt die Fliege auf
dem Rücken, kann man sie
ganz leicht erdrücken

Dem Altstadtschmiede e.V. ist das Mietverhält-
nis gekündigt worden. Näheres zum Sachverhalt
auf Seite 8

Apropos verdamnte
Scheiße: Sällt der Bauer in den
Schlamm werden seine
Kleider klamm

Am 30. Januar 1983 jährt sich der 50 zigste
Jahrestag seit Hitlers Machtergreifung. An-
laß genug den diesmaligen Schwerpunkt diesem
Thema zu widmen.
Ab Seite 10

letzte
Meldung:
Die Gummideibels
spendeten aus ih-
rem letzten, wie ich höre
allerletzten Konzerteinen Teil der
Gage - 480,- DM - dem Autono-
men Zentrum. Ein dickes Busserl!!!

INHALT

Rademacherhof	S.4
Magazin	S.5
Kommentar	S.6
Bauwerk des Monats	S.7
Altstadt- schmiede	S.8
Briefwechsel	S.9
Schwerpunkt	S.10
Comic	S.28

NEUSTES VOM SCHWARZEN RIESEN

Ganz klein machte sich Bundeskanzler Helmut
Kohl am Freitag bei der Adventfeier im Grenz-
durchgangslager Friedland, als er gemeinsam
mit seiner Frau Hannelore den Kindern der
Übersiedler keine Präsente überreichte.

aus den Aachener Nachrichten
entnommen

WBK/Wolfram	S.30
Drogenberatung in Not	S.36
Flaschenöffner	S.38
Autonomes Zen- trum	S.40
Musikpalast	S.42
Leserbriefe	S.44
Stellungnahme der GEW	S.46
Termine	S.47

Stadt hat Angst vor Hausbesetzern

Intakter Bauernhof einfach abgerissen!

Kurz vor Weihnachten ließ die Stadt den Rademacher Hof an der Blitzkuhlenstr. abreißen. 37.000 DM ließ es sich die Stadt kosten, obwohl der Bauernhof bewohnbar war und das Grundstück zur Zeit nicht genutzt werden kann. Erich Wolfram (SPD) und Theodor Uhländer (CDU) hatten – so die WAZ – mit einem Dringlichkeitsbeschluß die rechtliche Voraussetzung für den Abriß geschaffen.



Die Stadt hatte den Hof vom Bauer Rademacher gekauft, der sich in Buldern neu ansiedeln will. Das Grundstück liegt auf einem Gelände, das als Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Allerdings gibt es zur Zeit keinen Interessenten, der dort einen Betrieb aufmachen will und die Stadt könnte noch andere Gelände für Unternehmen anbieten. Warum also dieser Abriß in einer "Nacht und Nebel-Aktion"?

Am 25. November hatten die CDU-Ratsmitglieder Karl-Heinz Weise und Werner Kubiak auf den Bauernhof hingewiesen und vorgeschlagen, den Hof zwischenzeitlich zu verpachten; solange bis die Ansiedlung eines Betriebes konkret in Aussicht steht. Es meldeten sich drei Interessengruppen, die den Hof

nutzen wollten, u.a. als Werkstatt und Treffpunkt für arbeitslose Jugendliche und Behinderte. 500 Mark Pacht war man bereit zu zahlen. Am Montag, den 13.12.82 kam auf einmal der oben genannte Beschluß zustande, den Hof doch sofort abzureißen. Die WAZ berichtete am Mittwoch: "Offiziell heißt es, daß man nicht die geeigneten Mieter gefunden hat. Diese Gruppen seien an langfristigen Verträgen interessiert gewesen, die man jedoch nicht gewährleisten konnte. Jetzt überlegen die abgeschmetterten Mietinteressenten, ob sie nicht mit einer Hausbesetzung auf diesen "Skandal" an der Blitzkuhlenstr. aufmerksam machen wollen."

Offenbar hatte man bei der Stadt von Anfang an die Angst, auch bei einem zeit-

lich begrenzten Nutzungsvertrag würde es später schwierig werden, den Hof wieder "freizuziehen". Als nun sogar konkret das Stichwort "Hausbesetzung" fiel, reagierte man schnell: Am 14. Dezember räumte der Landwirt seinen Hof und am nächsten Morgen kamen die Bagger. Bei der Stadt und dem Abrißunternehmen soll man sogar stolz auf diese "Leistung" gewesen sein.

Ein Betrieb wird vorläufig nicht auf dem ehemaligen Bauernhof Rademacher angesiedelt. Vielleicht nie! Aber eine soziale Einrichtung auch nicht. Darauf können die SPD- und CDU-Bonzen stolz sein! ***

Endlich den Durchblick gehabt?!

Der Vorsitzende des Landschaftsbeirates beim Kreis Recklinghausen, Anton Thielemann, hat sein Amt niedergelegt. Nach sieben Jahren ist damit vorläufig eine Episode zu Ende gegangen, die bezeichnend ist für die Berücksichtigung von Umweltschutzargumenten bei politischen Entscheidungen.

Obwohl sowieso ohne Entscheidungskompetenz, konnte die Arbeit des Landschaftsbeirates höchstens noch als Alibi für die Entscheidung der Politiker bezeichnet werden. Oftmals wurden Projekte sogar bereits abgeklärt, bevor der Beirat gehört wurde. Ein Wunder, daß es Thielemann überhaupt sieben Jahre in dem Beirat ausgehalten hat. ***

KLEINANZEIGEN

Verkaufe Mofa, kaum gefahren, automatic, NP 1.350 DM, VB 650 DM. Anke Behrendt, RE 6 32 48

Verkaufe Kalso Earth Schuhe, Boots, schwarz, Gr. 40 (hinten niedriger als vorne), NP 200, für 40 DM; Anke Behrendt, RE 6 32 48

VRR: Zum Jubiläum Fahrpreiserhöhung um ganze 7,4 % (**Übernahme aus Eschhausheft 12/82**)

Alle haben wir sehnsüchtig auf die nächste Preiserhöhung gewartet! Aber am 1. 1.83 hat auch dieses Warten ein Ende. Die Tarife werden endlich wieder angehoben, zum dritten Mal und nur um 7,4 Prozent.

Aber für einen aufmerksamen Beobachter — und dies sind wir ja wohl alle — der VRR-Aktivitäten ist dies kein Blitz aus heiterem Himmel. Die Weiterleuchten in Form von Statements und Plakaten haben das drohende Unheil bereits frühzeitig angekündigt. Schuld an den mangelnden Einnahmen sollen die Behinderten, welche bei einem Behinderungsgrad von 80 Prozent und mehr umsonst fahren dürfen und die Schwarzfahrer, die trotz vermehrter Kontrollen nicht weniger werden wollen, sein. Und die Statistik gibt ihnen auch noch Recht, denn nur 3 Prozent aller Schwarzfahrer werden erwischt! Es lohnt sich also!

Aber wollen wir doch mal die Preispolitik des VRR und die bestehende Alternative, das Schwarzfahren, etwas genauer betrachten. Der Gründungstag des VRR liegt nun fast drei Jahre zurück und als besonderes Jubiläumsgeschenk beschert uns der VRR an seinem dritten Jahrestag auch seine dritte Preiserhöhung. — Der VRR versteht es eben, das hat er auch schon im letzten Jahr bewiesen, seine Jubiläen würdig zu feiern. — Da wir ja nun alle flinke Rechner sind, haben wir ausgerechnet, daß die Preise des VRR seit seinem Bestehen um 33,3 % erhöht wurden, das ist also etwas mehr als ein Drittel! Und die nächste Preiserhöhung ist bereits geplant, denn eigentlich wäre "eine Preiserhöhung um 20 % erforderlich. Ein Gutachten hat allerdings errechnet, daß in diesem Fall mit bis zu 13,5 % Abwanderungsverlusten gerechnet werden müßte. Mehr als 7,4 % höhere Preise sind nach VRR-Ansicht derzeit am Markt nicht mehr durchsetzbar" (WAZ, 25.6.82). Und der VRR muß es wissen, denn er hat auf diesem Gebiet schon einige Erfahrungen gesammelt. Stieg nämlich in den ersten zwölf Monaten seit Bestehen des VRR das Fahrgastaufkommen noch um 7,5 %, so sind nach der ersten Fahrpreiserhöhung Rückgänge um ca. 3 % zu verzeichnen. Sollten wir uns also nicht lieber freuen, daß die Tarife statt 20 % nur um 7,4 % angehoben werden? Weit gefehlt, denn wir fahren schwarz!

Wir sind nicht mehr bereit, die Kürzungen der Sozialausgaben (wie z.B. Erhöhung des Geldes für Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze, Kürzun-

gen des Arbeitslosengeldes, Streichungen und Kürzungen des Bafogs, Kürzungen der Zuschüsse für Senior- und Schülerfahrkarten usw.) hinzunehmen, und die Preise des VRR sind nur ein Glied in dieser endlos langen Kette. Sollen doch die bezahlen, die davon profitieren: die Thyssens, Krupps, Qualles, Nackermanns, Deutsch Punk oder wie sie alle heißen mögen, denn sie kriegen doch die Investitionszuschüsse in den Arsch geblasen, die sie dann doch nur wieder dazu benutzen, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Und trotzdem jammern sie uns noch die Ohren voll, wie hoch doch ihre Verluste sind. Aber wir spielen dieses Spielchen nicht mehr länger mit, wir lassen uns nicht mehr alles widerspruchs-

los aufdrücken, wir fangen an, uns zu wehren, und nur eine kleine From davon ist das Schwarzfahren (am besten kollektiv, dann wird's noch billiger).

"Sparpolitik" ist das große Schlagwort unserer Zeit. Wir haben es auf unsere Bedürfnisse umgemünzt, unser Beitrag zur "Sparpolitik" ist das Schwarzfahren. Und wenn sie dann den Schwarzen Peter aus der Tasche ziehen und uns durch gezielte Repressionen ausspielen wollen, wie durch die Prozesse anlässlich der Fahrpreisdemo vom März '81, die am 24.11.82 gelaufen sind, lassen wir uns davon auch nicht einschüchtern!

Unsere Devise heißt:

**NICHT SCHWARZ ÄRGERN
..... FAHREN**

ANZEIGE

Argumente wie 33



Staatsterror kann nur sein wer Volksgesundheit ist Volksgesunde kann nur sein wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf die Konkurrenz. Kein Jude kann dabei Volksgesunde sein. (NSDAP 1928)



Die Integration aller Völkern kann durchsetzt werden. Erhaltung unserer Freiheit nicht möglich. Heibelberger Manifest 1942

Nie wieder!



Das DIN A2-Plakat ist aus der Manufaktur der Fotogruppe Castrop-Rauxel.

Wendet euch an: P. Bornhöft, Wittener

Str. 44, 4620 Castrop-Rauxel.

Das Plakat kostet:

Einzelexemplar: 5 DM (incl. Porto+Verpackung;
nur gegen Vorauszahlung)

ab 5 Exemplare: 2 DM (plus Porto und Rolle)

"Großbestellungen": Rabatt nach Vereinbarung

Wolfram will GRÜNE totschweigen

Wolfram hat sich wohl seine eigene Taktik im Umgang mit den Grünen zurecht gelegt. Er redet einfach nicht mit Ihnen! Wilhelm Knabe, einer der Bundessprecher der Grünen: "Ich habe Gespräche und eine offene Diskussion angeboten. Deshalb wundere ich mich, daß es Herr Wolfram nicht einmal für nötig hält, eine Antwort auf einen Brief zu geben." Knabe hatte in diesem Schreiben auf Äußerungen Wolframs reagiert, der in bekannt polemischer Form über den Bundestagskandidaten der Grünen hergezogen war und ihn als "Gastarbeiter" titulierte.

Eine erste öffentliche Veranstaltung planen die Grünen übrigens am 18. Januar im Kolpinghaus, Herzogswall. Dort sollen über allgemein politische und lokalpolitische Themen gesprochen werden. (Bergehalden, Straßenbau, Arbeitsplatzproblem). ***

Hebbert's KOMMENTAR

Strobo ist over ?!

Ein Jahr ist es nun her, daß wir zuletzt über Strobo (Stromteilzahlungsboykott) berichteten. Der Boykott war zwangsweise beendet. Die anhängigen Gerichtsverfahren von Recklinghäuser Strobos standen vor dem Abschluß.

Eine Spendenaktion für die Prozeßkosten brachte bis heute über 2.000 DM ein. Hinzu sollten die Gelder von Treuhand- und Rechtshilfekonto kommen, um einen größeren Teil der Prozeßkosten abzudecken.

Die Prozesse sind längst vorbei – das Geld schmort noch auf den Konten der Großbanken.

Strobo goes on! – Aber laßt uns bald zum Schluß kommen! ***



Weihnachtskonzert in der Recklinghäuser Altstadt

Am Samstag, 18.12., konnten die Bürger von Recklinghausen das tollste Weihnachtskonzert erleben, das es je in der Geschichte der Stadt gegeben hat. Einige Jungs des Autonomen Zentrums und weitere Starmusiker taten sich zusammen und spielten drauflos.

Der Geck an dieser Geschichte war, sie spielten die Weihnachtslieder "in freier Improvisation". Das regte einige Leute so an, daß sie meinten gar die "Obrigkeit" mit einschalten zu müssen, die auch kurz darauf erschien. Aber wer da glaubte, diese würde gegen die – "Katastrophenmusik", so einige Mitbürger – einschreiten, sah sich getäuscht. Der herbeigerufene Schutzpolizist fällte ein salomonisches Urteil: "Also ich meine ja, daß Sie falsch spielen. Aber den Zuschauern scheint das ja zu gefallen, sonst würden sie ja nicht stehen bleiben; und solange denen das gefällt, kann ich nichts unternehmen." Sprach's und machte sich wieder weg.

Obwohl einige Kunstbanausen meinten, die Weihnachtslieder seien falsch gespielt worden und man habe sich auch noch lustig darüber gemacht und das ginge ja wohl nicht. Im Übrigen plant diese tolle Gruppe auch noch weitere Aktionen. Kontakte über Thomas, Tel. 7 27 67. ***

"Gegen Zensur und Disziplinierung" – so hatte das 3. Motto der Demo der Flaschenöffner-Herausgeber am 11.12. gelautet. Die "angeklagten" Herausgeber waren dann aber im Gerichtssaal sehr diszipliniert und hofften auf gute Zensuren. "Gegen die Verurteilung der Flaschenöffner-Herausgeber" – aber die benahmen sich dann im Gerichtssaal als ob sie ihre Verurteilung wünschten. Dieser Prozeß war kein politischer – er war ein Politikum. Vor dem (zu kleinen) Sall standen zwei Leute mit einem Transparent: "Der schlimmste Hund im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant; Heinrich Heine; DKP". Drinnen denunzierten sich die "Angeklagten", das heißt sie "zeigten sich aus persönlichen, niedrigen Beweggründen an" (= denunzieren; Zitat aus dem Kleinen Duden) Denn genau das muß der Beobachter den Herausgebern, oder vielmehr einigen Herausgebern und ihrer Partei unterstellen: daß sie es darauf abgesehen hatten, verurteilt zu werden. Daß der Prozeß der Werbung für den Flaschenöffner von einem verlorenen Prozeß gekrönt werden sollte. Wie ist es sonst zu erklären, daß trotz des Fehlens eines Rechtsanwalts der Prozeß stattfinden konnte (der andere Rechtsanwalt soll sich außerdem angeblich auf Scheidungsrecht spezialisiert haben), daß sich die Angeklagten zu wenig auf den Prozeß vorbereiteten (oder vorbereitet wurden?), daß sich eine Angeklagte sich selbst einer Straftat bezichtigte.

Es gab und gibt hier nur zwei Möglichkeiten, mit einem solchen Prozeß umzugehen: entweder man/frau bekennt sich zu der Tat (nicht "Straftat"), macht einen politischen Prozeß, legt auf juristische Erklärungen wenig Wert, spricht zum Publikum und meldet sich nicht, wenn man/frau etwas sagen will. In diesem Fall darf man den Prozeß auch öffentlich machen. Oder man/frau läßt sich nicht auf ein Verfahren ein, würgt es im Vorfeld ab, zahlt eine Strafe. Dann, und nur dann, darf man mit der Vorsitzenden vor Prozeßbeginn telefonieren. Aber das ist dann wohl die Dialektik der DKP: erst eine große Solidaritätskampagne, dann aber kein politischer Prozeß.

Um mit einem Zitat von Heinrich Heine zu schließen, dessen Geburtstag auf den Tag des Beginns der Militärdiktatur in Polen und den Termin des Gerichtsverfahrens gegen die Flaschenöffner-Herausgeber fiel: er sagte in seiner Schrift "Über den Denunzianten" auch (wobei nebenbei bemerkt, ein literarischer Denunziant gemeint ist): "Ich würde nie mit der Lüge für die Wahrheit käpfen". Aber das können einige, sogar manche freie Schriftsteller, nicht auf ihre Fahnen schreiben.

Hebbert

Zum Flaschenöffner-Prozeß gibts in diesem Heft auch noch einen Artikel. ***

Bauwerk des Monats

Schräg gegenüber dem Rathaus gelegen verkörpert das Löhrhof-Center eine Baupolitik, die sich weniger an Ästhetik und Stadtbildpflege orientiert, als an den Interessen einflußreicher Geschäftsleute. Anfang der 70er geplant und gebaut, im

September 1975 eingeweiht, als man sich in anderen Städten schon von dem "Betonklotz-Bauen" abwandte, ist das Löhrhof-Center neben Kreis- und Stadtparkasse einer der Schandflecke der Recklinghäuser Innenstadt.

"... am Löhrhof I bin ich ja unschuldig", eine vielsagende Äußerung des zurückgetretenen Ratsmitglieds Gertrud Fleischmann in unserer letzten Ausgabe. Die Schuldigen von gestern sind aber auch oftmals die Schuldigen von heute. So fragte OB Erich Wolfram – und das ganz im Ernst – Vertreter des Autonomen Zentrum, ob sie nicht prinzipiell bereit seien, in das Löhrhof-Center umzusiedeln!

Wolfram weiß, daß in den oberen Geschossen des Einkaufszentrums immer Ladenlokale zu vermieten sind; viele neue Geschäfte halten sich nicht lange. Auch Horten würde lieber heute als morgen die Brocken hinwerfen, hätte man sich nicht bis über das Jahr 2000 hinaus dem Eigentümer, der Grothe-Gruppe, verpflichtet, einen Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Um die Verluste so gering wie möglich zu halten (der Umsatz fiel von 52 Mill. im Jahr 1975 auf 34 Mill. DM im Jahr 1981) werden in diesem Jahr 85 Angestellte entlassen.

Bereits ein Jahr nach seiner Eröffnung schloß das Jugendzentrum Löhrhof seine Türen. Untergebracht im dritten Geschöß des Betonklotzes, neben all den Geschäften und ohne Fenster – wahrlich ein idealer Ort kommunikativen Zusammenlebens!

Wer aber nun meint, die Politiker und Verwaltungsbürokraten hätten aus diesen Erfahrungen gelernt, sieht sich getäuscht. Das neue C & A-Gebäude, das Ärztehaus am Königswall (BfG), die "Sanierung" der westlichen Innenstadt (Stadtparkasse) – die Stadtzerstörung nimmt weiter ihren Lauf. Von Stadtbildpflege im Sinne von Erhalten kann bald nicht mehr die Rede sein. Stück für Stück werden alte Häuser abgerissen, Stadt- und Kreissparkasse kaufen alles in ihrer Umgebung auf, Tiefgaragen und Eigentumswohnungen werden stattdessen errichtet. Bald wird es nichts mehr geben, was erhaltenswert ist. Höchstens ein Löhrhof-Center als Dokument einer verfehlten Städtebaupolitik, die einseitig die Interessen des Kapitals berücksichtigt.

Schmiede gekündigt.

VERMIETER WILL MEHRGELD

Der Altstadtschmiede ist gekündigt worden! Wie uns jetzt bekannt wurde, hat der Vermieter, Prof. Dipl. Ing. Dieter Weidemann, bereits im November das Mietverhältnis aus dem Jahre 1976 beendet. Allerdings will er dem Altstadtschmiede e.V. die weitere Nutzung überlassen, nur soll dies mit höheren Mietzahlungen erfolgen!

Weidemann's Frau hatte das Gebäude nebst Grundstück vom Schmied Brinkert geerbt. Das Haus wurde an den Altstadtschmiede e.V. weitervermietet, der dort ein öffentlich gefördertes Sozio-kulturelles Zentrum betreibt.

Zur Zeit zahlt man eine Miete von 750 DM, die nunmehr nach Willen des Vermieters drastisch erhöht werden soll. Vorangegangen war ein Briefwechsel, in dem die Schmiedeleute des schlechten Zustand bei Weidemann reklamierten. Die Antwort: Der Professor bietet an die notwendigen Reparaturen durchzuführen. Die Miete soll dann auf 2.660,-DM steigen! Oder die Schmiede führt die Arbeiten selbst durch und Miete steigt "nur" auf 1.120,-DM.

Gerd Holobar vom "Ständigen Ausschuß" der Schmiede: "Die Forderungen sind für uns völlig unannehmbar. Wir sind nicht in der Lage, eine solche Hohe Miete zu tragen, vor allem bei den Mittelkürzungen des Landes."

Erschwerend kommt für die sozio-kulturelle Einrichtung noch hinzu, daß nebenan die Stadtsparkasse dabei ist, Eigentumswohnungen zu errichten. Gerd: "Wir sind denen natürlich ein Dorn im Auge mit unseren Musikveranstaltungen. Die haben Angst, sie könnten ihre Wohnungen nicht vermieten."

Zur Zeit versuchen die Schmiede-Mitarbeiter auf dem Verhandlungsweg das Problem zu lösen. Mehr dazu in unserer nächsten Ausgabe.

Am 27. November 1982 wurde u

Wolfgang
geboren am

zur „Großen Armee“ abberufen.

Kamerad Teichler war Inhaber „Stahlhelm e. V. - Bund der Fre und als Panzer-Offizier Träger letzten Weltkrieges. Er hat sich und hinterläßt eine große Lücke

Wir werden sein Andenken in E

Düsseldorf, Bonn, Hamburg

Obige Todesanzeige erschien sowohl in der WAZ als auch in der RZ. Claudia Brendel und Klaus Oberschewen, Mitglieder des Antifaschistischen Arbeitskreises, besuchten daraufhin die Trauerfeierlichkeiten und verfaßten einen Leserbrief, den lediglich die WAZ abdruckte. Als Antwort erschien in

Annemie Bauer an Claudia Brendel

14.12.1982

Sehr geehrte Frau Brendel, sehr geehrter Herr Oberschewen!

Bevor wir die Todesanzeige mit dem Stahlhelm abdruckten, hatten wir bei dem Auftraggeber, Herrn Rechtsanwalt Schöttler, unsere Bedenken angemeldet. Daraufhin erhielten wir die in Fotokopie beigefügte Notiz, die unsere Zweifel zer-

Abschrift der beigefügten Kopie der handschriftlichen Notiz des Rechtsanwaltes Schöttler:

Der "Stahlhelm" ist nicht neo-nazistisch. Er wurde von den Nazis verboten, die Funktionäre des "Stahlhelm" wurden in Konzentrationslager geworfen. Der zweite Bundesvorsitzende des "Stahlhelm", der jüdische Mitbürger Düsterberg, wurde von den Nazis im Konzentrationslager ermordet.



erwartet unser Kamerad

ing Teichler

23. Dezember 1919

des „Europa-Sterns in Silber“ des
Frontsoldaten - Kampfbund für Europa“,
hoher Tapferkeitsauszeichnungen des
unermüdetlich für den Bund eingesetzt

halten.

Für das Bundespräsidium:
Paul Koch

sche Presse in Recklinghausen, d.h. dem
„Holzwurm“ und dem „Flaschenöffner“
schicken.

Sie schließen sich der Meinung Herrn
Schöttlers an, der „Stahlhelm“ sei keine
neonazistische Organisation, ohne eigene
Recherchen anzustellen. Es wäre Ihnen
dann nämlich aufgefallen, daß es in einem
Aufruf des „Stahlhelm“ bereits 1928
heißt:

„Wir hassen mit ganzer Seele den
augenblicklichen Staatsaufbau,
weil er uns die Aussicht versperrt,
unser geknechtetes Vaterland zu
befreien, das deutsche Volk von
der verlogenen Kriegsschuld zu
befreien, den notwendigen Le-
bensraum im Osten zu gewin-
nen . . . Kampf dem System, das
den Staat von heute regiert,
Kampf denen, die dieses System
durch Kompromisse stützen.“

Folgerichtig bildete dann der „Stahlhelm“
gemeinsam mit der NSDAP, kaisertreuen
Militalrs, einflußreichen Kapitalisten der
Schwer- und Elektronikindustrie sowie
der Hugenberg-Presse (!) die sogenannte
Harzburger Front, die dann für den ent-
scheidenden Anteil an der Zerstörung der
Weimarer Republik verantwortlich zeich-
nete. Ebenso konsequent fand man z.B.
den „Stahlhelm“-Vorsitzenden Seldte im
ersten Kabinett Hitler wieder; im Verlauf
des Jahres 1933 löste sich dann der Ver-
band auf und trat in die NSDAP über.
Soviel an Informationen über den his-
torischen „Stahlhelm“, bei Bedarf bin
ich gerne zu weiterer Aufklärung bereit.

Im Geiste dieses reaktionär-militari-
stischen Soldatenbundes gründete sich
1950 der „Bund der Frontsoldaten“, der
dann 1973 den traditionellen Namen
„Stahlhelm“ unter Hinzufügung „Kampf-
bund für Europa“ wiederaufnahm.
Der „Stahlhelm“ verfügt über zahlreiche
Verbindungen zum rechtsradikalen Aus-
land. Bei der 60-Jahrfeier in Ingolstadt
führte der „Bundesführer“ Paul Koch
(der übrigens die Anzeige in Ihrer Zeitung
unterzeichnete) u.a. aus:

„Das Ende des Zweiten Welt-
krieges war, wie der totale Krieg
erkennen ließ, der totale Zusam-
menbruch. Und mit diesem . . .
begann die Umkehrung aller Wer-
te. Was einstmals gut war und Be-
stand hatte, wurde nunmehr ver-
dammt – und was schon immer
im Leben aller Völker dieser
Welt schlecht war, wurde nun-
mehr edel bestens und gut.“

Außerdem arbeitete der „Stahlhelm“ im

„Freiheitlichen Rat“ G. Freys mit, dem
Herausgeber der rechtsradikalen Wochen-
zeitung „National-Zeitung“ und einem
der Drahtzieher des gesamten neofaschi-
stischen Sumpfes.

Das „Stahlhelm“-Mitglied Uwe Rohwer
sagte lt. Frankfurter Rundschau v. 3.5.
1978: „Es heißt, daß Hitler den Krieg
begann und Millionen von Juden morde-
te. Das alles ist Lüge, Lüge, Lüge.“ Roh-
wer wurde 1979 wegen Bankraubs
(1977) und des Überfalls auf ein Nato-
Depot (1978) zu einer Freiheitsstrafe
von neun Jahren verurteilt. Ich kann
Ihnen noch mehr über den „Stahlhelm“
und anderen neofaschistischen Grup-
pen mitteilen.

Dankbar bin ich Ihnen für die Informa-
tion, daß Herr Schöttler die Anzeige
aufgegeben hat. Falls er auch Mitglied
des Stahlhelm sein sollte, würden Sie ihn
dann immer noch „gewiß nicht als Neo-
nazist“ bezeichnen?

Beziehungen zu neofaschistischen Füh-
rern wie dem bereits erwähnten G. Frey
hat er allemal, hat er doch einen Aufruf
gemeinsam mit ihm, Hans Ulrich Rudel,
Holle Grimm u.a. unterzeichnet, in dem
es heißt:

„. . . darum fordern wir im Be-
wußtsein unserer Verantwortung
für kommende Generationen der
Deutschen den überfälligen
Schlußstrich für Generalamnestie
für jedwedes behauptete oder tat-
sächliche Unrecht im Zusammen-
hang mit dem Zweiten Weltkrieg.“

Von dem Unterzeichner eines solchen
Aufrufes lassen Sie Ihre „Zweifel zer-
streuen“? Ist es Ihnen nicht in den
Sinn gekommen, bei mir oder Frau
Brendel auch Informationen einzu-
holen, die Sie dann vergleichend aus-
werten könnten?

In Anbetracht Ihrer unverantwort-
lichen Recherchen mutet dann Ihr
Lesehilfe als nebensächlich an, wir hät-
ten die beiden Vereine und den evange-
lischen Pfarrer als militaristisch bezeich-
net; Sie gaben nur den Rahmen für die
Beerdigung eines Militaristen ab. Aber
dieses Lapsus sehe ich Ihnen gerne nach,
was ich Ihnen nicht nachsehen kann, ist
die Unterdrückung von Meinungen gegen
Neonazis und unverbesserlichen Antide-
mokraten. Damit helfen sie diesen Krei-
sen gerade in einer Zeit, in der Friedensge-
spräche notwendig sind, ihre kriegeri-
schen Ideen weiter zu verbreiten.

Mit antifaschistischen Grüßen

Klaus Oberschewen

der selben Zeitung eine
kurze Zusammenfassung
von vier Leserbriefen,
die - alle von jungen
Frauen geschrieben - für
Teichler Partei ergrif-
fen. Was man dabei wissen
muß: Drei dieser Frauen
sind Rechtsanwältgehil-
finnen bei Schöttler und
zwei haben 80.000 bzw.
360.000 Dm von Teichler
geerbt!

streute, zumal Rechtsanwalt Schöttler ge-
wiß nicht als Neo-Nazi einzuordnen ist.

Wenn Sie nun den evangelischen Pfar-
rer, die Pommersche Landsmannschaft
und die alte Bürgerschützengilde als Mi-
litaristen bezeichnen, dann tun Sie damit
nicht nur der evangelischen Kirche, son-
dern auch den beiden Vereinen bitter
Unrecht. Eines der faschistischen Übel
war übrigens, in jedem Andersdenken-
den sofort den „Volksverräter“ zu
sehen.

Mit freundlichem Gruß
ZEITUNGSHAUS BAUER

A. Bauer

Klaus Oberschewen an A. Bauer

Betr.: Ihren Brief vom 14.12.1982

Dieser Brief kann nicht unbeantwortet
bleiben. Da Sie es vorziehen, die Debat-
te um den „Stahlhelm“ nicht vor der
Öffentlichkeit zu führen, werde ich eine
Kopie dieses Briefes an die demokrati-

30. Januar 1983

50 Jahre

Machtergreifung

Am 30. Januar 1983 ist es 50 Jahre her, daß A. Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, ein Tag, der unter dem Begriff "Machtergreifung der Nationalsozialisten" in die Geschichte einging.

Dieser Tag im Winter sollte die Welt verändern, der Winter 12 lange Jahre dauern. 1945, nach 6 Jahren Weltkrieg, wurden 50 Millionen Tote gezählt. Millionen entrechteter, gequälter, verstümmelter, aus ihrer Heimat vertriebener Menschen in ganz Europa wurden Opfer der Barbarei. Die ethnische Minderheit der Juden wurde fast gänzlich vernichtet. Das Wort "Völkermord" fand Einzug in unseren Sprachgebrauch. Ganze Städte und Länder lagen in Schutt und Asche, Deutschland wurde geteilt und neue Machtblöcke gebildet.

Doch der Faschismus fiel nicht vom Himmel. Lange vor 1933 formierten sich bereits jene Kräfte, die die Beseitigung der Weimarer Republik, den Angriff auf die sozialen und politischen Lebensrechte der arbeitenden Bevölkerung, die Verfolgung und Vernichtung ihrer Organisationen und die Vorbereitung des Revanchekrieges zu ihrem Programm gemacht hatten.

Den Haß gegen die Novemberrevolution von 1918 und einen grenzenlosen Antikommunismus hatten Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm und andere reaktionäre Vereinigungen mit den Nazis gemeinsam. Diese konnten mit ihrer Losung vom erwachenden Deutschland und unterstützt durch den Straßenterror ihrer SA und SS vielerorts zur stärksten Partei aufsteigen.

Doch ihre Führer beteuerten, "legal" an die Macht kommen zu wollen. Als der Wähleranteil der Nazis 1932 stagnierte und teilweise zurückging, traten ihre wahren Steigbügelhalter offen auf den Plan. In der Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagra-

riern an den Reichspräsidenten Hindenburg vom November 1932 heißt es: "...Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassen Gegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird." Zu den ersten Unterzeichnern gehören Dr. Hjalmar Schacht, ehem. Reichsbankpräsident und Fritz Thyssen, Stahlindustrieller.

Konnte die Machtübernahme verhindert werden, und durch wen? Heute wissen wir, daß der Abwehrkampf gegen den Faschismus schon am 20. Juli entscheidend geschwächt wurde. Dieser Tag, an dem Kanzler von Papen die preußische Landesregierung durch einen Staatsstreich absetzte, wurde als "Preußenschlag" bekannt. Die SPD, an der Regierung führend, riet auch diesmal ihren Mitgliedern und den von ihnen beeinflussten ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) Gewerkschaften zur Besonnenheit.

Wiederholte Angebote zur gemeinsamen Abwehrfront gegen den drohenden Faschismus, von der KPD an sie herangetragen, entschied die SPD-Führung ablehnend. Die KPD machte daraufhin den Fehler, die gesamte SPD zu verurteilen und so den einfachen Mitgliedern den Weg zur gemeinsamen Aktion zu verbauen.

Auch am 30. Januar 1933 ruft die KPD zum Generalstreik auf, die SPD lehnt ab und hofft, daß Hitler bald "abgewirtschaftet" hat. Ein verhängnisvoller Irrtum.

Die Auflösung des Reichstages am 1.2.33, die Unterstützung des Wahlkampfes der NSDAP und DNVP durch die Industrie mit 3 Mill. RM, der Reichstagsbrand, tausende Verhaftete, das erste KZ in Dachau, das Ermächtigungsgesetz und die Besetzung der Partei- und Gewerkschaftshäuser sollten die ersten Meilensteine der faschistischen Diktatur werden.

In diesen Tagen werden in unserem Lande Ausstellungen eröffnet und Reden gehalten anläßlich des 30.1.33. Der HOLZWURM geht in seinem Thementeil darauf ein. Schon bald erkennen wir, wie unerforscht die 12 Jahre in Recklinghausen sind. Gerne hätten wir anhand von Fotos und Dokumenten ein deutlicheres Bild gezeichnet. Jeder Mensch, der sich schon mit diesem Zeitabschnitt beschäftigt hat, weiß, wie wenig Material noch bei Privatpersonen ist, wie wenig kooperativ sich städtische Archive zeigen und wie viel Interesse daran besteht, Namen und Vorgänge der jeweiligen "eigenen" Stadt im Dunkeln zu belassen. Doch der Faschismus ist an Recklinghausen nicht vorübergegangen. Gerade in diesem Jahr sehen wir eine Aufgabe mehr über die Zeit des 3. Reiches in Erfahrung zu bringen.

Ist die Gefahr des Faschismus gebannt, ist er wiederholbar, wie sind die Neonazis und unsere staatliche Ordnung seit 1945 einzuordnen, diese Fragen schloß die Diskussion in der Redaktion ein.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Darstellung einiger Ereignisse aus den ersten Jahren des Hitlerregimes. Im Februar werden wir das Schicksal jüdischer Mitbewohner und Ergebnisse der Entnazifizierung in Recklinghausen wiedergeben.

DER PAKT MIT DEM TEUFEL

Wehe, der Himmel über diesem Lande ist finster geworden. Gott hat sein Antlitz weggewendet von diesem Lande, ein Strom von Blut und Tränen ergießt sich durch die Straßen aller seiner Städte.

Wehe, dieses Land ist beschmutzt, und niemand weiß, wann es wieder rein werden darf — durch welche Buße und durch welch gewaltigen Beitrag zum Glück der Menschheit wird es sich entschöhnen können von so riesiger Schande? Mit dem Blut und den Tränen spritzt der Dreck von allen Straßen aller seiner Städte. Was schön gewesen ist, wurde besudelt, was wahr gewesen ist, wurde niedergeschrien von der Lüge.

Die dreckige Lüge maßt sich die Macht an in diesem Lande. Sie brüllt in den Versammlungssälen, aus den Mikrofonen, aus den Spalten der Zeitungen, von der Filmleinwand. Sie reißt das Maul auf, und aus ihrem Rachen kommt ein Gestank wie von Eiter und Pestilenz: der vertreibt viele Menschen aus diesem Lande, wenn sie aber gezwungen sind zu bleiben, dann ist das Land ein Gefängnis für sie geworden — ein Kerker,

in dem es stinkt.

Wehe, die Apokalyptischen Reiter sind unterwegs, hier haben sie sich niedergelassen und aufgerichtet ein gräßliches Regiment. Von hier aus wollen sie die Welt erobern: denn dahin geht ihre Absicht. Sie wollen herrschen über die Länder und über die Meere auch. Ueberall soll ihre Mißgestalt verehrt und angebetet werden. Ihre Häßlichkeit soll bewundert sein als die neue Schönheit. Wo man heute noch über sie lacht, soll man morgen vor ihnen auf dem Bauche liegen. Sie sind entschlossen, die Welt anzufallen mit ihrem Kriege, um sie dann demütigen und verderben zu können — so wie sie heute schon das Land, das sie beherrschen, demütigen und verderben: Unser Vaterland, über dem der Himmel finster geworden ist und von dem Gott sein Antlitz zürnend weggewendet hat. Es ist Nacht in unserem Vaterlande. Die schlechten Herren reisen durch seine Gaue — in großen Automobilen, in Flugzeugen oder in Extrazügen. Sie reisen eifrig umher. Auf allen Marktplätzen plappern sie ihren Schwindel. An jedem Orte, wo sie oder ihre niedrigen Helfer erscheinen, erlöscht das Licht der Vernunft, und es wird finster.

aus: *Mephisto*, Klaus Mann 1936

"Wer verhalf Hitler zur Macht?" - Gegner und Bündnisse des Nationalsozialismus.....	S.12
"Probezeichnung ungenügend" - Situation der Malerei im 3.Reich.....	S.14
Wahlergebnisse aus den letzten Monaten vor und den ersten Monaten nach 1933.....	S.16
Ausschaltung der Opposition - Das KZ Dachau - Albert Funk.....	S.18
Ein Lied wird 50 - "Die Morrsoldaten".....	S.22
Der spanische Bürgerkrieg - Ein oft vergessener Kampf gegen den Faschismus.....	S.24



30. Januar 1933

Wer verhalf Hitler zur Macht

Die Frage: "Wer verhalf Hitler zur Macht?", ist ebenso die Frage nach Zielen des Nationalsozialismus, nach seinen Gegnern und Bündnissen. Das Auftreten des Faschismus, nicht nur in Deutschland, sondern Italien, Spanien und anderen europäischen Ländern läßt sich nicht ohne Betrachtung der Jahrzehnte vor dem 30.1.33 bewerten.

Für Deutschland müssen wir die Zeit der Weimarer Republik einbeziehen. Sie löste das Wilhelminische Reich ab, das gegründet 1871 und von vielen Demokraten des März 1848 gewünscht, schon mit imperialistischen Anspruch dank des gerade gewonnenen Krieges gegen Frankreich behaftet war. Der erste weltumspannende Krieg 1918, der von Deutschland militärisch verloren und durch die Novemberrevolution beendet wurde, brachte das Ende des Kaiserreiches, der Imperialismus löste ihn ab.

Die Betrachtungsweise allein aus der Sicht der "Herrschenden" wäre falsch. Brachte doch der Kapitalismus notwendigerweise die Schicht der arbeitenden Menschen hervor. Mit dem Entstehen der Arbeiterklasse mußten unüberbrückbare Interessenkonflikte auftreten, die die Zeit Bismarcks widerspiegelt. Die Arbeiterschaft wurde zum eigenständigen Faktor, organisierte sich in Gewerkschaften, wurde geführt von der Sozialdemokratischen Partei und sollte, so das kommunistische Manifest, zum Totengräber des menschenverachtenden Kapitalismus werden. Der imperialistische Krieg zwischen 1914 und 1918, der zur Neuaufteilung der Welt geführt wurde, mit dem Blut von Millionen Menschen bezahlt, brachte den Untergang einiger Regierungssysteme, Amerika wurde Weltmacht und in

Rußland siegte die Oktoberrevolution.

Die zunächst von den Sozialdemokraten geführte Weimarer Republik war nicht der Traum der roten Matrosen der Novemberrevolution. Die Abdankung des Kaisers sollte auch den Verzicht der Kriegsgewinnler der Stahl- und Kohlemonopole bringen. Doch mit der Aufforderung der SPD 1915, Kriegsanleihen zu zeichnen, wurde sie entgegen früheren Programmen zum Steigbügelhalter des Kapitalismus, die Spaltung der Arbeiterklasse war unvermeidlich; die entschiedenen Antimilitaristen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten zu den Gründern des Spartakusbundes, der späteren KPD. Ihr Vorbild war die Sowjetunion.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren Jahre der unklaren politischen Machtverhältnisse. Schon im März 1920 versuchten reaktionäre Kreise des Militärs und der Großgrundbesitzer durch den sogenannten Kapp-Putsch das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Das Inflationsjahr 1923 brachte die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Siegermacht Frankreich, den "Hamburger Aufstand" der KPD und einen zunächst gescheiterten "Putsch" Hitlers in München.

Schlaglichter der 20er Jahre sind Massenelend und Weltwirtschaftskrise, faschistische Herrschaft in Italien, Zulauf zu faschistischen Organisationen in anderen europäischen Ländern und Erstarken der kommunistischen Bewegung.

War der Nationalsozialismus, wie es die Kommunistische Internationale (Komintern) sah, ein Instrument "in den Händen der am meisten reaktionären und chauvinistischen imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" – oder ein weitgehend autonomer Faktor, der allerdings ohne die massive Unterstützung eindeutig identifizierbarer gesellschaftlicher Gruppen nicht an die Macht kommen und sich nicht an der Macht behaupten konnte? (Die letzte These entnehmen wir aus dem Buch von Heinrich Winkler, Extremismus der Mitte).

An die Mittelschichten, so Winkler, und die durch Deklassierung, etwa durch Arbeitslosigkeit in die Arbeiterklasse "herabgerutschten", bedrohten Schichten der Angestellten und Beamten, wandten sich die Nazis, seit Hitler nach 1924 auf die Linie legaler Macheroberung eingeschwenkt war und die antikapitalistische Rhetorik des linken NSDAP-Flügels zu dämpfen begonnen hatte. Die Kleinrentner beispielsweise wurden mit Kampagnen gegen jüdische Warenhäuser umworben; den Bauern versprach man, sie würden der erste Stand des Dritten Reiches werden; dem Handwerk wurde alles das zugesagt, was es in der Republik nicht hatte durchsetzen können: etwa der "Große Befähigungsnachweis", der die Ausübung eines Handwerksberufs an den Meistertitel band.

Dies spiegelt sich auch in Wahlergebnissen vielfältig wieder. Als Massengrundbasis kamen für die Nationalsozialisten, da sie aus der Arbeiterschaft nur verhältnismäßig wenige Anhänger gewinnen konnten, allein die Mittelschichten in Frage.

In den Führungsgruppen der deutschen

DATEN ZUR GESCHICHTE 1933-1945

1933

- | | | |
|--|--|--|
| <p>30. 1. Hitler zum Reichskanzler ernannt – Machtübergabe an die Faschisten. SPD-Vorstand lehnt Generalstreik-Vorschlag der KPD ab</p> <p>1. 2. Auflösung des Reichstags</p> <p>20. 2. Hochfinanz um Krupp, I.G.-Farben, Flick, Vereinigte Stahlwerke u. a. stellt NSDAP und DNVP 3 Millionen RM für den Wahlfonds zur Verfügung</p> <p>23. 2. Parteizentrale der KPD in Berlin von den Nazis besetzt</p> <p>27. 2. Reichstagsbrand, mehrere Tausend Verhaftungen</p> <p>3. 3. Verhaftung von Ernst Thälmann</p> <p>5. 3. Reichstagswahlen; keine absolute Mehrheit der NSDAP (44 %), trotz Wahlterrors 12 % für KPD und 18 % für SPD</p> <p>9. 3. Annullierung der 81 KPD-Mandate im Reichstag</p> <p>23. 3. Ermächtigungsgesetz mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, gegen die der SPD angenommen</p> <p>25. 4. Reichsverband der Deutschen Industrie legt der Nazi-Regierung einen Plan zur »Neugestaltung der Industrie« vor</p> <p>26. 4. Bildung der Gestapo</p> <p>1. 5. Faschistische 1. Mai-Feiern, an der sich auch die Freien Gewerkschaften beteiligen</p> <p>2. 5. Besetzung der Gewerkschaftshäuser</p> <p>10. 5. Gründung der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF). Bücherverbrennungen in den Universitätsstädten</p> | <p>seit 14. 6.</p> <p>20. 7.</p> <p>21. 9.-23. 12.</p> <p>22. 9.-25. 9.</p> <p>29. 9.</p> <p>25. 11.</p> | <p>»Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft«, Spendenaufkommen bis 1945 ca. 700 Millionen RM (I.G.-Farben allein 1933 3,5 Mill. RM)</p> <p>Konkordat mit dem Vatikan, Anerkennung der faschistischen Diktatur</p> <p>Reichstagsbrand-Prozeß in Leipzig; die angeklagten Kommunisten, u. a. Dimitroff, müssen aufgrund weltweiter Proteste freigesprochen werden. Bereits im August erschien das »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror« in Basel</p> <p>Weltkongreß der Jugend gegen Faschismus und Krieg in Paris.</p> <p>»Reichserbhofgesetz«</p> <p>Gründung der »Reichskulturkammer«</p> <p>Bis Jahresende sind Zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten verhaftet, viele ermordet worden. Beginn der Fluchtbewegung aus Deutschland.</p> <p>Seit dem 1. 8. (bis 1935) erscheint die Zeitung <i>Stich und Hieb</i>, die von illegal arbeitenden BPRS-Mitgliedern in Berlin herausgegeben und verbreitet wird. – Die <i>Rote Fahne</i> und die <i>AIZ</i> (Arbeiter Illustrierte Zeitung, bis 1936) werden in Prag hergestellt und im Reich illegal verbreitet. Auflage der <i>Roten Fahne</i> in diesen Jahren bis zu 60 000 Exemplaren. – Gündung folgender Literaturzeitschriften im Exil: <i>Der Gegenangriff</i> (Prag, Zürich, Paris, bis 1936); <i>Die Neue Weltbühne</i> (Prag, Wien, Zürich, bis 1939); <i>Das Neue Tagebuch</i> (Amsterdam, bis 1940); <i>Die Sammlung</i> (Amsterdam, bis 1935); <i>Neue Deutsche Blätter</i> (Prag, bis 1935); die <i>Internationale Literatur</i> (Moskau, seit 1931, bis 1945) wird zu einer der wichtigsten Zeitschriften für sozialistische Schriftsteller im sowjetischen Exil.</p> |
|--|--|--|

Gesellschaft gingen die Meinungen über den Nationalsozialismus noch auseinander. Im Unternehmerlager stieß naturgemäß vor allem das verschwommene Wirtschaftsprogramm der Nazis auf großes Mißtrauen. Das gilt nicht nur für die pseudo-sozialistischen Parolen gegen Zinsknechtschaft, sondern gerade für jene vagen Versprechungen einer berufsständischen Ordnung.

Positive Unterstützung fand der Nationalsozialismus vor allem bei Teilen der Schwerindustrie. Die Symbiose zwischen Ruhrindustriellen und Obrigkeitsstaat, historisch begründet im gemeinsamen Rüstungsinteresse hatte mit dem antiparlamentarischen Nationalsozialismus (Führerstaat) Berührungspunkte. Ein autoritäres Regime, das soziale Konflikte notfalls mit Gewalt unterdrückte, schien der Schwerindustrie stets erstrebenswerter als eine liberale Demokratie.

Beide Gruppen trafen sich auch in der Entschlossenheit, die sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik bei erster sich bietender Gelegenheit wieder zu beseitigen. Denn nur der Nationalsozialismus versprach, das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien endgültig auszuschalten. Die nebulöse These vom überparteilichen Staat neuen Typus, aber widersprüchlich eben doch geführt durch die "Partei", fand in den 20er Jahren Gefallen in Kreisen des Großbürgertums.

Die finanzielle Hilfe, die der Nationalsozialismus durch die Schwerindustrie erfuhr, hatte gewiß nicht den großen Stellenwert wie die massenhafte Unterstützung durch die Mittelschichten (so Winkler). Doch Detlev Peukert schreibt in seiner Dokumentation "Ruhrarbeiter gegen den Faschismus" auch richtig: "... Hitler wurde nicht nur durch die reaktionären Pressekonzerne, wie etwa Hugenberg, unterstützt, sondern zunehmend auch von Kreisen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie finanziert. Um Fritz Thyssen (der schon 1923 zu Hitlers Förderern gehört hatte) und Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Bankiers wie Karl Rasche (Westfalensbank Bochum), Kurt Freiherr von Schröder (Bankhaus Stein, Köln) und andere einflußreiche Großunternehmer bildete sich besonders seit 1929/31 ein fester Kreis von Förderern der NSDAP heraus, der sich frühzeitig auf den Ausbau dieses radikalsten Instruments der Faschisierung in Deutschland orientierte."

Es waren die konservativsten Kräfte der deutschen Gesellschaft, in den Mittelschichten wie unter den traditionellen Eliten, die den größten Anteil an der Machtergreifung Hitlers hatten.

Die Komintern, vor allem ihr Sekretär Georgi Dimitroff setzten sicher andere Schwerpunkte bei der Beurteilung, wer Hitler zur Macht verhalf. Sagten sie doch, daß Kapitalismus zwangsläufig zum Faschismus führe, der "die

offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" sei. Schließlich änderten sich die Machtverhältnisse zu Gunsten des Kapitals.

Im totalitären Staat bliebe die Macht nicht nur in Händen des Monopolkapitals, der Faschismus versuche zur Erhaltung der Macht dem Monopolkapital die Massenbasis unter der Kleinbourgeoisie zu sichern, und wendet sich dabei an die aus ihrem Gleis geschleuderten Bauern, Handwerker, Angestellten, Beamten und insbesondere an die deklassierten Elemente in den großen Städten. Er ist weiter bestrebt, auch in die Arbeiterklasse zu dringen. (Aus den Thesen des XXII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern, Dez. 33). Die Schicht der Unternehmer und Großagrariere war sicher nicht eine homogene Klasse, doch einte sie seit der Novemberrevolution 1918 die gemeinsame Furcht, durch eine sozialistische Revolution in Deutschland ihre Macht zu verlieren.

Hitler und seine Bewegung boten sich schließlich als die aussichtsreichsten Werkzeuge gegen den Kommunismus und für die Lösung der existentiellen wirtschaftlichen Krise am Anfang der 30er Jahre an, die Monopolkapital, Großgrundbesitzer und Mittelstand benutzen wollten, ohne sich selbst die Hände schmutzig machen zu müssen.

"Probezeichnung ungeneigend"

Das 3. Reich, die Herrschaft der Nationalsozialisten und an deren Spitze ein gescheiterter Möchte-Gern-Kunstmaler diktierten einem Volk ihre Vorstellungen von Politik. Kunst und Kultur wurden brutal beschnitten und zu einem Werkzeug der Propaganda reduziert, die diese Politik rechtfertigen sollte. Ein grober Überblick über die Situation der Malerei im 3. Reich.

Zwei Pole

Grundlegende Elemente der nationalsozialistischen Kulturpolitik waren zum einen das Betreiben, "Deutsche völkische Kunst" als die Kunst schlechthin zum Bewertungsmaßstab zu machen und zum anderen der Kampf gegen "Entartungserscheinungen", wobei der Begriff "Entartung" all jene künstlerischen, manchmal extrem schnellebigen Entwicklungen bezeichnet, die seit Ende des 19. Jahrhunderts sowohl die thematische als auch die formale Gliederung der Malerei wie sie bis dahin Gang und Gäbe war, mehr oder weniger ignorierten.

Von diesem "Platz schaffen für die deutsche, völkische Kunst" waren nicht nur ausgesprochen antifaschistische Arbeiten betroffen, sondern auch jene, die in irgendeiner Weise aus dem Rahmen der realistischen Darstellung herausfielen. Durch das Verteufeln dieser Kunst als Sinnbilder für die kapitalistischen Krisen der Weimarer Republik versuchten die Nationalsozialisten die massiv vorhandenen sozial schlechter Dastehenden auf ihre Seite zu ziehen. Das mußte ihnen sehr leicht fallen, waren doch die Forderungen der Bevölkerung auf eine Kunst gerichtet, die "jeder versteht". Die revolutionären Maßnahmen, wie sie fälschlicherweise von den Nationalsozialisten genannt wurden, führten unter anderem dazu, daß international bedeutende Künstler, wie z.B. Paul Klee, emigrierten oder daß zukunftsweisende Einrichtungen wie das 'Bauhaus' geschlossen wurden.

Sich einander gegenübergestellt wurden die beiden Pole der faschistischen Kulturpolitik im Sommer des Jahres 1937 in München. Am 18. und 19. Juli des Jahres wurden Ausstellungen eröffnet mit den Titeln "Große deutsche Kunstausstellung" und "Entartete Kunst".

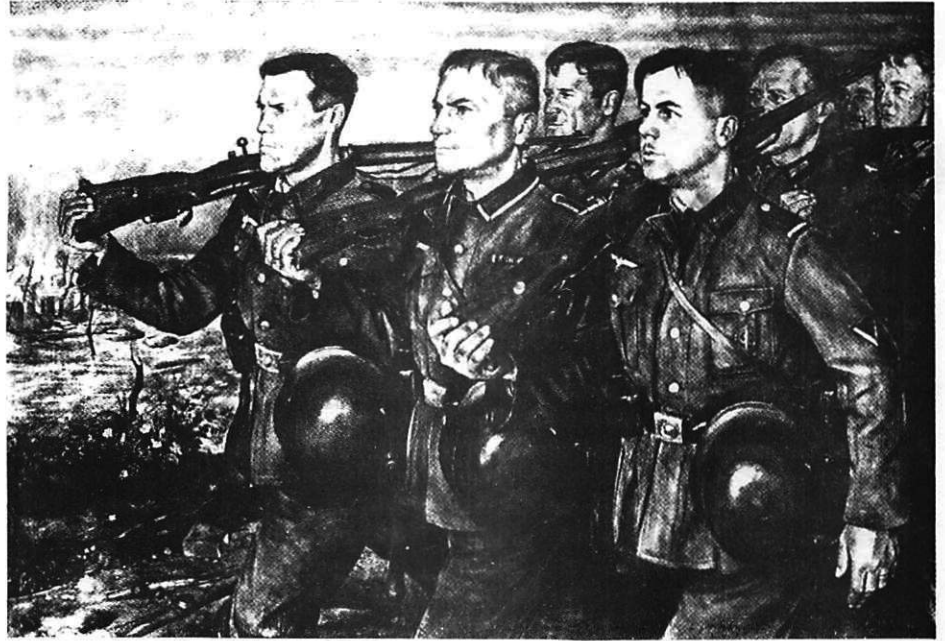


"Die" Kunst

Die deutsche Kunst, wie sie damals von den Machthabern genannt wurde, war nichts weiter als die zur offiziellen Staatskunst erhobene Genremalerei des 19. Jahrhunderts. Daß eine Kunst zur offiziellen erklärt wurde, war nichts Neues, waren doch auch viele Klassiker der Malerei Hofmaler an Herrscherhäusern gewesen und waren auch andere Kunstrichtungen als die von jenen geschaffenen und vom jeweiligen Herrscher gebilligten verspottet oder gar verboten. Aber hier wurde keine Entwicklung gefördert, wie es oftmals selbst bei anderen totalitären Herrschern der Fall gewesen ist, sondern hier wurde etwas Veraltetes als Staatskunst eingesetzt. Die Faschisten bezeichneten dies als das Einsetzen einer Kunst, in der die "im Volk schlummernden seelischen Kräfte" zu ihrem Ausdruck und zu ihrem Recht kämen. Damit ginge sie auf ein populäres Bedürfnis nach zwangloser Wiedererkennbarkeit von Bildinhalten ein, das leider auch heute noch bei vielen der einzige Anspruch an Kunst ist. Diese Kunst, das scheinbare Eingehen auf die Forderungen der Masse, trug unter anderem mit dazu bei, eben jene Masse formbar zu machen und zu halten.

Die faschistische Ideologie ist geprägt von dem Gedanken, das eigene Volk sei das hervorragende Element der Menschheit. Um aber diese Herrschaft zu erlangen, muß dieses Volk eine starke Einheit bilden, eine ganze, solidarische Gemeinschaft. In der Kunst jener Zeit wurde diese solidarische Gemeinschaft scheinbar Wirklichkeit. In verschiedenen Themen (–Landschaft, Bauer, Jäger, Hir-

te, Handwerker, Mutter und Kind, Akt, Haustier, Mädchen, Soldat, Krieg und Tod –) sollten immer wieder Eigenschaf-ten, die als ur–deutsch verherrlicht wurden, dem deutschen Betrachter eben jenes Zugehören zu einer solchen Gemeinschaft vorgaukeln. So wurden z.B. Forderungen nach Gemütlichkeit in Bildern scheinbar erfüllt und gleichzeitig mit dem Wort deutsch ergänzt.



Georg Siebert "Meine Kameraden in Polen 1939"

- 1920 Aug. Entstehung der Hakenkreuzfahne
- 1925 Bauhaus verläßt auf rechtsradikalen Druck Weimar und geht nach Dessau
- 1927 Aug. Gründung des "Kampfbundes für deutsche Kultur" von Rosenber, Himmler, Strasser und anderen
- 1929 Ausweitung des "Kampfbundes", gezielte Agitationen gegen die 'Moderne'
- 1930 W. Frick (erster nationalsozialistischer Minister) gibt im April einen Erlaß "wider die Negerkultur für deutsches Volkstum" heraus
- 1933 Engültige Schließung und anschließende Auflösung des Bauhauses
Feb.-März viele bedeutende deutsche Künstler (z.B. Käthe Kollwitz) werden aus der Akademie der Künste ausgeschlossen
Otto Dix wird seines Lehramtes enthoben
Paul Klee wird "beurlaubt" – emigriert anschließend
Nazi-Ausstellung "Kultur–Bolschewismus"
13. März Erlaß des Reichspräsidenten über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.
Eröffnung der "1. Wanderausstellung rein deutscher Kunst" in Braunschweig
22. Sept. "Reichskulturkammergesetz", Kunst, Presse und Rundfunk werden gesetzlich in den Dienst des Faschismus gestellt.
- 1935 Herbst Kunstausstellung "Blut und Boden" in München
27. Nov. Verbot der Kunstkritik, dafür Kunst-"Berichte"
- 1936 Verbot des deutschen Künstlerbundes
- 1937 18. Juli "Große deutsche Kunstausstellung" im "Haus der deutschen Kunst" in München
19. Juli "Entartete Kunst" Ausstellung ebenfalls in München
8. Nov. Deutsches Museum München: Ausstellung "Der ewige Jude"
- 1938 12. Nov. Juden ist die Teilnahme an deutschen, kulturellen Veranstaltungen jeglicher Art verboten
- 1939 20. März Vernichtung des "unverwertbaren Restes" "entarteter Kunst"
Versteigerung moderner Kunst aus deutschen Museen in Luzern
- 1940 Beschlagnahmung von Kunst in den besetzten Gebieten
- 1941 27. Mai Verbrennung moderner Kunst auf der Terrasse der Tuilerien
- 1943 Ganze Zugladungen mit Kunst aus Frankreich werden laufend nach Deutschland, Österreich und in die Tschechoslowakei gebracht
- 1944 Goebbels schließt als Reichsbevollmächtigter für totalen Kriegseinsatz alle Theater, Kabarets und andere kulturelle Einrichtungen
- 1945 Faschistische Werke werden im Januar in einem ehemaligen Salzbergwerk in den Alpen versteckt.

Die deutsche Kunst blieb aber nicht immer nur "Volks"-Kunst. Je länger die Herrschaft der Nationalsozialisten dauerte, desto weiter entfernte sich die Führungselite vom "gemeinen Volk". Ihr Leben wurde immer luxuriöser, was zur Folge hatte, daß auch die für sie geschaffene Kunst nicht mehr nur Propagandazwecke erfüllte.

Das Volk dagegen bekam immer und immer wieder die Verherrlichung der Blut- und Boden-Ideologie vorgesetzt. Und je mehr es auf den Krieg zuzug, desto mehr Abbildungen des Soldatentums, der Kameradschaft und des Krieges wurden geschaffen.

Ich kann diesen Artikel leider aus Zeitmangel (Redaktionsschluß, Hektik im Studium . . .) und aus Schludrigkeit in diesem HOLZWURM noch nicht beenden, so daß ich die Behandlung der Themen "Darstellung der Frau in der Malerei im 3. Reich" und "Darstellung des Krieges, des Soldaten und der Kameradschaft" auf die nächste Ausgabe verschieben muß.

Olaf O. Manke

Reichstagswahlen vom:		31.7.32	6.11.32	5.3.33
Deutschland gesamt				
NSDAP	Stimmen	13.745.780	11.737.015	17.265.823
	Sitze	230	196	288
SPD	Stimmen	7.959.712	7.247.995	7.176.505
	Sitze	133	121	125
KPD	Stimmen	5.282.626	5.980.163	4.845.379
	Sitze	89	101	81

Die Reichstagswahl vom 6. November 1932.

	KPD	SPD	Zentrum	DNVP	NSDAP
Essen	89348	41135	109443	21876	75751
Dortmund	97936	63499	57155	21266	55547
Duisburg	63846	27752	47568	16501	54654
Gelsenkirchen	52796	21363	41771	10549	30962
Bochum	39611	31448	38869	10285	48857
Bottrop	14229	3735	13101	1769	5249
Oberhausen	24323	10000	29999	7125	20478
Recklinghausen	11444	5303	13045	2828	9767
Münster	4983	5783	31661	5785	16244
Wanne-Eickel	15018	6169	9634	1968	13026
Wattenscheid	9122	5229	8423	2599	5681
Gladbeck	8274	5572	7789	2219	5384
Hamm	4320	4359	9851	2361	8118
Herne	15596	7389	11038	2589	10047
Mülheim	17579	9802	12385	8283	20332
Castrop	9210	4792	7508	1883	5082
Lünen	7511	5782	4816	1507	3562
Rheine	2400	1416	7125	1360	1722
Bielefeld	11044	28709	3482	6252	21824

Die Wahlergebnisse aus den Städten des Ruhrgebiets, den Hochburgen der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, zeigen wie schwer die NSDAP hier Fuß fassen konnte.

Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5.3.33 in Recklinghausen

	NSDAP
RE-Altstadt	6241
Suderwich	1883
RE-Ost	1383
RE-Süd	7230
insgesamt	<u>16737</u>

Kommunalwahlen am 12.3.33 in RE

Am 9.3.33 wurden die 81 KPD-Mandate im Reichstag annulliert. Trotz Terrors und Verhaftungen kamen in Recklinghausen noch 5.461 Stimmen zusammen, das waren 6 Sitze im Stadtrat. Die Wahlbeteiligung war um 14 % geringer als bei der Reichstagswahl am 5.3.33

NSDAP	Stimmen	15.163
	Sitze	18
SPD	Stimmen	3.723
	Sitze	4
KPD	Stimmen	5.461
	Sitze	6

Kandidaten der KPD, die Sitze erhielten:

- 1) Weyers, Johann Bauarbeiter
- 2) Krull, Josef Gemeindearbeiter
- 3) Osthofer, Paul Bergmann
- 4) Bialkowski, Aegidiy Bergmann
- 5) Voß, Helene Hausfrau
- 6) Abczynski, Paul Arbeiter

Im heitigen Jugend-Info-Treppengasse war im Dritten Reich die Jugend (HJ) "einquartiert"



Nationaler Feiertag in Recklinghausen

Der 21. März / Feldpatrouille der Schutzpolizei und Parade auf dem Marktplatz / Fackelzug der Wehrformationen der nationalen Parteien und der vaterländischen Verbände / Großer Zapfentritt auf dem Marktplatz

Flaggen heraus!

Flaggen heraus!

Am heutigen Tage, an dem der neugewählte Reichstag in Potsdam zur ersten Sitzung zusammentritt gebührt es sich, daß die Bevölkerung durch reichen Flaggenjuch und auch nach außen hin der Bedeutung des nationalen Ereignisses Rechnung trägt. Es wird deshalb gebeten, reichlich zu flaggen.

Die Teilnehmer des Fackelzuges werden gebeten, sich rechtzeitig mit Fackeln zu versehen. Den Teilnehmern der nationalen und uniformierten Verbände werden Fackeln, solange der Vorrat reicht, am Aufstellungsplatz verabfolgt. "RZ" 21.3.33



SPD	KPD	Zentrum
1420	1233	5395
636	839	1422
576	654	1170
2421	6570	5142
5053	9296	13129

f an der Schwertfeger-
eitweise die Hitler-



Die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Recklinghausen (1928-33)

Zahl der Stimmen:

Parteien	20.5.1928		14.9.1930		31.7.1932		6.11.1932		5.3.1933	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
S P D	7781	19,8	5889	13,4	5789	12,6	5303	11,7	5053	10,3
D N V P	3407	8,7	3204	7,3	-	-	-	-	-	-
Zentrum	10642	27,1	11511	26,1	13315	28,9	13075	28,9	13129	26,7
K P D	7307	18,6	10299	23,4	11086	24,1	11444	25,2	9296	18,9
D V P	2347	6,0	1780	4,0	581	1,3	865	1,9	541	1,1
D D P	1221	3,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsp.	3533	9,0	2749	4,9	213	0,5	103	0,2	-	-
N S D A P	443	1,1	4777	9,5	10966	23,8	9767	21,5	16737	34,1
Evang. Volksd.	-	-	2780	5,0	729	1,6	837	1,9	705	1,4
Polenpartei	1469	3,7	1368	3,1	666	1,4	797	1,8	-	-
Kampffront Schw.-weiß-rot	-	-	-	-	2372	5,1	2828	6,2	3573	7,2
Sonstige	1134	2,9	1477	3,3	306	0,7	309	0,7	144	0,3
Gesamt	39284	100	44034	100	46023	100	45328	100	49118	100

(Zusammengestellt nach: Verwaltungsberichte 1927/28 u. 1928/29, S. 145; Verwaltungsbericht 1932/33, S. 19f; Statist. Vierteljahresbericht Juli-September 1930)

Ausschaltung der Opposition

Konzentrationslager spielten im Terror-system des Nationalsozialismus nicht erst seit den Kriegsjahren, sondern von Beginn seiner Herrschaft an, eine besondere Rolle. Sie waren fester Bestandteil des Unterdrückungsapparates zur Isolierung, Ausschaltung und Vernichtung der wirklichen und vermeintlichen Gegner des Regimes sowie all derer, die nach

Meinung der Nazis nicht in die "Volksgemeinschaft" eingegliedert waren. Darüber hinaus waren sie ein Mittel, um die Bevölkerung in Angst zu versetzen.

Es gab bereits zu Beginn der faschistischen Diktatur in Deutschland rund 50

Lager, vornehmlich in der Nähe von oder in Großstädten, in denen sich im Juli 1933, am Ende der ersten Phase der politischen Verfolgung, nahezu 27.000 "Schutzhäftlinge" befanden.

In dieser ersten Phase ging es vor allem darum, politische Gegner auf Grund der "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933 isolieren, kontrollieren und vernichten zu können.

Reichstagsbrandverordnung

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat

Vom 28. Februar 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer Staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 133 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Befugnisse der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegrafien- und Fernsprechtelegraphen-, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insofern die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindevorstände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert, oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 1) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftvergiftung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Uberschneemung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich anbietet, ein solches Gebieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewaffneter und gewollter Zusammenwirkung mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Arbeitsübernahme (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Arbeit Verarbeiteten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Reich, den 28. Februar 1933

Der Reichspräsident
von Hindenburg
Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gurtner

Einen Tag vorher brannte der Reichstag. Es darf als erwiesen angesehen werden, daß er von den Nazis selbst angesteckt worden ist und die Tat den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurde. Mehrere tausend Verhaftungen folgten (Dimitroff).

Schon bald kamen zu den politischen Gefangenen solche, die wegen ihrer Abstammung (Juden, Zigeuner), wegen ihrer Religion (Bibelforscher) oder sexuellen Andersartigkeit (Homosexuelle) als Minderheit verfolgt wurden. 1938 wurde die "Schutzhaft" auf "Asoziale, die durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen", ausgedehnt. Dies reichte bis zur Vernichtung "unwerten Lebens", Euthanasie. Geistig und körperlich behinderte Menschen wurden durch "Sonderbehandlung" getötet.

Neben die politische Zielsetzung der Isolation und "Umerziehung" traten später in zunehmenden Maße ökonomische und rassenideologische Aspekte:

Die Häftlinge mußten als "Arbeitsklaven" der SS in deren eigenen Unternehmen oder in anderen Betrieben bis zur physischen Vernichtung arbeiten, sie wurden als "Menschenmaterial" für

“wissenschaftliche Experimente verwendet” oder aber gleich als “unwertes” Leben oder als “Untermenschen” ermordet. Politische Gefangene aus dem Ruhrgebiet und so auch aus Recklinghausen wurden in den ersten Monaten vor allem in die “Moorlager” im Emsland eingeliefert, sofern sie nicht “Verhören” und Mißhandlungen – wie im Recklinghäuser Polizeipräsidium geschehen – den Tod fanden oder mit Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Natürlich gab es in fast jeder Gemeinde Gebäude, die von SS und SA in KZ’s und “Übergangslager” umgewandelt wurden, wie etwa Fabriken. Das war nötig geworden, weil mit der Einlieferung tausender politischer Gegner des neuen Regimes die Gefängnisse und Zuchthäuser überfüllt waren.

Das KZ Dachau steht als Symbol der nationalsozialistischen Herrschaft. Dieses erste Lager, in einer ehemaligen Munitionsfabrik, wurde am 22.3.1933 “eröffnet”. Als im Jahre 1981 im Schülerwettbewerb “Deutsche Geschichte” zum Thema “Alltag im Nationalsozialismus” Schüler die Geschichte des KZ Dachau aufrollten, stießen sie zwangsläufig auf die Fragen “Wer hat davon gewußt?” und “Wer hatte auch unmittelbaren Nutzen und so auch Wissen von den Lagern?” Wir wollen an dieser Stelle nur zu diesen Punkten aus den Texten zitieren. Wer die Zeitungen im Frühjahr 1933 aufschlägt, findet Beispiele, wie die lokalen und regionalen Zeitungen meldeten, daß kommunistische und “sonstige marxistische” Funktionäre den größten Anteil unter den KZ-Häftlingen bildeten, so die Verfasser. Auf ihrem Leidensweg wurden sie auch von SPD und Reichsbannerleuten, Gewerkschaftlern, bekennenden Christen und anderen Regimegegnern begleitet. Die Gewichtung war kein Zufall, wie in einer Rede Hitlers deutlich wird, die er bereits 1926 in Hamburg gehalten hatte: *“Wenn eine Bewegung den Kampf gegen den Marxismus durchführen will, hat sie genauso intolerant zu sein wie es der Marxismus selbst ist. Sie darf keinen Zweifel darüber lassen . . . wenn wir siegen, wird der Marxismus vernichtet, und zwar restlos; auch wir kennen keine Toleranz. Wir haben nicht eher Ruhe, bis die letzte Zeitung vernichtet ist, die letzte Bildungsstätte beseitigt und der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist. Es gibt kein Mittel- ding.”*

In der Anfangsphase übten die Nazis noch nicht jene publizistische Zurückhaltung über die Lager und ihre Insassen aus, die sie später einführten. Es schien ihnen 1933 ein wichtiges Propaganda- und Einschüchterungsmittel, in den Zeitungen zu



melden, wer in “Schutzhaft” genommen wurde.

Jeder von uns weiß um die Schwierigkeiten, auch in Recklinghausen diesen Fragen nachzugehen; gibt es ja auch bei uns ältere Mitbürger, die wie anderswo behaupten, nichts von alledem gewußt zu haben. Dabei gab es wohl keinen Deutschen, wie Eugen Kogon in seinem Buch “Der SSStaat”, schreibt, der nicht zumindest gewußt hat, daß es Konzentrationslager gab; wenige, die nicht gewußt haben, daß der oder jener in einem Lager war; manche, denen die Marschkolonnen entkräfteter Gefangener auf Straßen und Bahnhöfen begegneten; tausende Richter,

ven für ihre Betriebe anforderten; Angestellte von Arbeitsämtern, die auf den Karteikarten der Gemeldeten Vermerke über die politische Zuverlässigkeit eintrugen, und nicht wenige Zivilisten, die am Rande oder in Konzentrationslagern selbst tätig waren.

Die Bürger der Gemeinde Dachau konnten in der lokalen Presse, dem “Amper-Boten” am 22.3.1933 lesen:

“Münschen. In einer Pressekonferenz der bayerischen Regierung wurde bekanntgegeben, daß am Mittwoch in der Nähe Dachaus (also in der ehemaligen Pulverfabrik) das erste bayerische Konzentrationslager eröffnet werden wird mit einem Fassungsvermögen von etwa 5.000 Personen. In erster Linie sollen in dem Lager kommunistische und soweit notwendig auch Reichsbannerführer und sonstige marxistische Funktionäre untergebracht werden, weil man auf die Dauer den staatlichen Gefängnisapparat nicht mit den Schutzhäftlingen belasten könne und die Freilassung der kommunistischen Schutzhäftlinge deswegen nicht möglich sei, weil sie durch einige Fälle bereits gezeigt haben, daß diese nach ihrer Freilassung sofort wieder zu hetzen anfangen.”

Schon am 12.3.1933 war im “Amper-Boten” zu lesen, wozu die KZ’s dienen sollten:

“Konzentrationslager für Kommunisten? Nach einer Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick in Frankfurt/Main soll Schluß damit gemacht werden, daß die Kommunisten in den Parlamenten der Städte, Länder und des Reiches noch etwas zu sagen haben. Wenn am Tage des Frühlingsanfangs, am 21.3., der neue Reichstag zusammentrete, würden die



Polizeibeamte, Rechtsanwälte, Geistliche, die das Ausmaß des Terrors zumindest erahnten; viele Geschäftsleute, die mit der LagerSS in Lieferbeziehungen standen; Industrielle und kleine Unternehmer oder Gewerbetreibende, die vom SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt KZ-Skla-

Kommunisten durch dringende und nützlichere Arbeit verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. Diese Herrschaften müßten wieder an fruchtbringende Arbeit gewöhnt werden. Dazu werden wir ihnen, so fuhr der Minister fort, in Konzentrationslagern Gelegenheit geben. Wenn sie sich dann wieder zu nützlichen Mitgliedern der Nation erziehen lassen,

lungene Fluchtversuche. Die Formel "auf der Flucht erschossen" sollte schon bald als Erklärung für Morde an den Lagerinsassen dienen, und auch diese Fälle wurden zunächst der Dachauer Bevölkerung bekannt gemacht, wie das folgende in Dachau verfaßte und vom Sonderkommissar bekanntgemachte Plakat zeigt:

«Zur Aufklärung!

Der Sonderkommissar von Dachau teilt folgendes mit: Am Freitagmorgen war in Dachau ein handschriftlich angefertigtes Plakat folgenden Wortlauts angeschlagen:

Scheußliche Zustände im Konzentrationslager Dachau. Von Nationalsozialisten ermordet. Wie von zuverlässiger Seite erfahren wurde, sind im Laufe des Mittwoch drei inhaftierte kommunistische Arbeiter im Konzentrationslager Dachau von nationalsozialistischer Hilfspolizei erschossen worden. Einer wurde schwer verletzt und liegt hoffnungslos darnieder. Unschuldige, ohne das geringste Vergehen, wurden sie in dieses Lager mit Gewalt gebracht und dann von nationalsozialistischen Mordbrennern niedergeschossen. Notgedrungen in ihrer gedrängten Lage, sahen sie keinen anderen Ausweg mehr, diesen Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen zu entkommen. Dabei wurden sie bei dem Versuche die Freiheit zu erlangen, meuchlings erschossen. Sie, die nur für das eine, für Arbeit und Brot, für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpften. Wir werden unseren, drei Toten stets und immer gedenken, und sie bleiben trotz aller Verfolgungen und Verbotsdiktatur das große Beispiel der Unermüdllichkeit im Kampfe gegen kapitalistische Ausbeutung und faschistische Unterdrückung. Verantwortlich: Hans Geigér, München. Vorsitzender des Gefangenenausschusses.

Soweit der Wortlaut dieses Ergusses.

Es muß angenommen werden, daß es auch heute noch in Dachau Arbeiter gibt, die glauben, mit derartigen kommunistischen Ergüssen Eindruck auf die anständige ehrliche Arbeiterschaft machen zu können. Sie sollten eigentlich längst erkannt haben, daß die Wahrheit und das Recht nicht bei den Kommunisten, sondern bei der NSDAP gewesen sind. Aber das zu erkennen kommt für solche natürlich nicht in Frage, die überhaupt gegen jegliche staatliche Ordnung sind. Für solche Menschen sind keine Mittel scharf genug, um sie zur Reason zu bringen. Es hat keiner der Gefangenen nötig auszurechnen, nachdem sie anständig untergebracht sind und ausreichend und gute Verpflegung haben, bessere wie vielleicht derjenige, der diesen Mist verzapft hat. Wer heute noch die Arbeitverräter und Juden – und um solche handelt es sich bei den Erschossenen – als «Arbeiter» bezeichnet, hat sich damit selbst gerichtet. Der vernünftige Arbeiter weiß heute endlich, was er von uns zu halten hat.

Um zu beweisen, daß wir nichts zu verheimlichen haben, wird das Plakat im Original am Marktplatz am Samstag unter dem Schutze der SA zugänglich gemacht. Die Macher dieses Pamphletes wollen in Zukunft uns ähnliche Sachen zum «Niedrigerhängen» ruhig einreichen, damit sie der Mühe des Plakatierens und der Angst, dabei vielleicht erwischt zu werden und die Belegschaft des Konzentrationslagers zu verstärken, enthoben sind.»

wollen wir sie als vollwertige Volksgenossen willkommen heißen, sonst aber werden wir sie auf die Dauer unschädlich zu machen wissen."

Wie bekannt ist, erfuhren die Gefangenen vor und bei der Einlieferung in die Lager furchtbare Mißhandlungen, die darauf abzielten, die Persönlichkeit zu zerbrechen. Das konnte aber nicht immer gelingen, wie wir aus Berichten lesen. Es gab Widerstand in vielfältigen Formen, die Gefangenen organisierten sich noch unter diesen Verhältnissen, hielten Schulungen ab, agitierten Wachmänner der SA, die oft durch "Soziale Parolen" der Nazis zur Partei gestoßen waren. Und es gab vereinzelt versuchte und ge-

Bei allem Verständnis, so ging aus Interviews hervor, die Formel "wir haben von nichts gewußt" dienten unseren älteren Mitbürgern als Selbstentschuldigung. Zu oft bemerkte man, daß plötzlich der politisch aktive Nachbar verschwunden war; es war in erster Linie das "Nicht-Wahr-Haben-Wollen" und die begreifliche Angst, die sich in Sätzen wie "Sei ruhig, sonst kommst du nach Dachau" widerspiegelte.

Das KZ Dachau war das erste Konzentrationslager in Deutschland, es wurde zum Muster für alle weiteren. In Dachau nahm die Tötungsmaschinerie des NS-Staats ihren Anfang. Am Ende standen die Vernichtungslager Auschwitz, Maidanek und Treblinka. ***

Sofort nach dem 30. Januar begannen die Nazis, wie überall, auch in Recklinghausen ihre Gegner zu verfolgen. Versammlungsverbote oppositioneller Parteien, willkürliche Verhaftungen, "Verhöre" und Folterungen, und schließlich Mord sind die Mittel der "nationalen Freiheitsregierung".

Am Abend des 1. März 1933 treten Verbände der SA, SS und der Schutzpolizei vor dem Polizeipräsidium zur Einführung des neuen Polizeipräsidenten an. Aus Minden ist der Regierungsrat und Parteigenosse Klemm (NSDAP) gekommen, um den beurlaubten PP Mündisch abzulösen. Seine Antrittsrede läßt keine Zweifel mehr darüber, wo's in Recklinghausen in Zukunft lang gehen wird.

"Den Empfang, den Sie mir bereitet haben, soll ein sichtbares Zeichen sein für die gesamte Bevölkerung . . . daß ein neuer Geist einziehen wird. . . . Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß wir uns in keiner Weise unterkriegen lassen. Treue habe ich unserem Führer geschworen, und die Treue werde ich ihm halten." Er schließt: "Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß aller Widerstand gebrochen wird, der sich etwa bemerkbar macht."

Recklinghausen – Schrecklinghausen

Sehr schnell wurde diese Verfremdung des Namens unserer Stadt bekannt und heute noch führen Leute aus den Nachbarstädten diesen "Namen" im Munde. Die "Prophezeiung" des neuen PP sollte kein leeres Gerede sein, daß sollten zunächst Mitglieder der KPD, ihrer Untergliederungen, Reichsbannerleute (Kampfbund der SPD) und später andere Bürger



am eigenen Leibe erfahren. Das Polizei-präsidium Recklinghausen, mit der eingerichteten Gestapo-Leitstelle sollte für einige zur Folterhöhle werden, für einige die Stätte ihres Todes.

Für alle Gefolterten und Ermordeten soll hier der Name Albert Funk stehen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands und Mitglied der KPD wurde am 16.4.1933 in Dortmund verhaftet und auf die Steinwache geschleppt. Von dort zum Polizeigefängnis nach Recklinghausen überführt, mußte er hier grausame Folterungen über sich ergehen lassen. Die unmenschlichen Marterungen seiner Peiniger trieben ihn schließlich in den "Freitod".

Der Prozeß gegen die beiden Gestapochefs W. Tenholt und Graf Günther von Stosch, 16 Jahre später, macht durch Zeugenaussagen deutlich, was sich damals abgespielt hat. Sie schilderten, wie Albert Funk nach fürchterlichen Torturen aus dem Fenster sprang, um Ruhe vor seinen Peinigern zu haben. Der Zeuge B. schilderte, wie nach dem Sturz von Funk der Gestapobüttel Fritz sich aus dem Fenster lehnte und rief: "Das Schwein zappelt noch, schnell runter, wenn einer stirbt, sagt er die Wahrheit." Tenholt, wahnsinnig vor Wut, riß das Fenster weit auf und schrie: "Los, wer will noch? Auf uns macht das keinen Eindruck." Der Polizeioberinspektor Heinzelmann sagte aus: "Tenholt trat auf dem Hof dem stöhnenden Funk in die Seite und sagte: 'Ist der Hund noch nicht kaputt?'"

Am 28.4.33 erlag Albert Funk seinen schweren Verletzungen, seiner Frau wurde gesagt, er hätte sich in seiner Zelle vergiftet. Tenholt wurde im Prozeß zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, sein Vorgesetzter Graf Stosch "wegen Mangel an Beweisen" freigesprochen.

In der "RZ" vom 29.4.33 stand: "Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden über 80 Kommunisten festgenommen."

Der Politischen Polizei in Recklinghausen wurde am Donnerstag auch ein maßgebender kommunistischer Führer, der 38-jährige Funktionär Albert Funk aus Dortmund, der zum Mitglied des Provinziallandtages gewählt war und als politischer Leiter des kommunistischen Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Ruhrgebiet fungierte, vorgeführt.

Funk unternahm am Donnerstagabend im Polizeipräsidium Recklinghausen einen tollkühnen Fluchtversuch. Aus der zweiten Etage sprang er blitzschnell durch ein Flurfenster, um ins Freie zu gelangen. Der Tollkühne muß hierbei die Höhe un-



terschätzt haben. Aus einer Höhe von 16 Meter fiel er auf den Hof, wo er mit einem dreifachen Beinbruch, mehreren Knochenbrüchen sowie einem Wirbelsäulen- und Schädelbasisbruch liegen blieb. Trotz seiner zahlreichen schweren Verletzungen war Funk noch bei voller Besinnung. Er wurde sofort ins Prosperhospital in Recklinghausen transportiert, wo er inzwischen gestorben ist."

Im HOLZWURM von März 1981 sind wir etwas ausführlicher auf die Leidensgeschichte A. Funks eingegangen. An dieser Stelle mag diese Schilderung genügen, da auch nichts Neues bekannt wurde. Das hieße aber, den Prozeßverlauf gegen die Mörder rücksichtslos zu schildern. Neu ist auch nicht der Antrag von Antifaschisten und der DKP, am Polizeipräsidium eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus, insbesondere A. Funk,

anzubringen. Es gibt seit zwei Jahren diesen Antrag. Dem Rat der Stadt Recklinghausen liegt auch ein Antrag vor, eine Straße nach Albert Funk zu benennen. ***

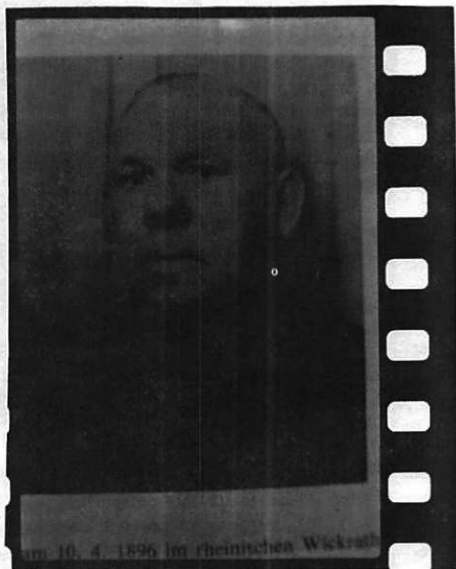
An dieser Stelle sollte ein Bericht über das Konzentrationslager in Recklinghausen-Grullbad folgen. Gemeint ist das Lager "Schützenhof", auf dem Gelände des heutigen Tierasyls. War es ein KZ, ein Kriegsgefangenenlager und Zwangsarbeiterlager? Was spielte sich hinter dem Stacheldraht ab, wer war Aufseher, wer Zeuge?

Der HOLZWURM sieht sich nicht in der Lage brauchbare Informationen weiterzugeben.

Es sollte eine Aufgabe für die Antifaschisten unserer Stadt sein, im Jahre 1983 die Geschichte dieses Lagers aufzuklären zu versuchen.

Entstehung des Moorsoldatenliedes Ein Lied wird 50

Es ist zwar fast Detektivarbeit, aber heute ist es noch möglich, aus Akten, Augenzeugenberichten und Lebenserinnerungen Beteiligter jenen Moment des Jahres 1933 zu rekonstruieren, an dem das 'Lied der Moorsoldaten' entstand. Bei der Spurensicherung stellt man überrascht fest, daß dieses Lied der kulturellen Tradition unserer engeren Heimat angehört: es entstand als Hymne der im KZ Börgermoor gefangenen Antifaschisten des Ruhrgebietes.



Der Liedermacher

An sich hat Johann Esser einen ganz normalen Lebenslauf gehabt. Normal jedenfalls für die Generation unserer Großeltern. Volksschule, Lehre, dann der Krieg 14/18. Danach – im Revolutionsjahr 1919 – wurde er auf Zeche Diergardt in Rheinhausen angelegt. In der Kolonie hat er gewohnt (Asterlager Str. 108), eine Familie gegründet. Irgendwann in diesen unruhigen Jahren ist er Kommunist geworden. Aber das gehörte seinerzeit in den Bergarbeiter-Siedlungen fast zum guten Ton. Als die Nazis kamen, kam Johann Esser für ein paar Monate weg. Ins Lager. Aber

auch dieses Schicksal hatte er mit Tausenden seinesgleichen gemeinsam.

Als er 1934 wiederkam, hat er sich ziemlich zurückgezogen. Schließlich mußte er eine achtköpfige Familie über Wasser halten. Von den Bergehalden und Bahndämmen hat er Kohlebrocken aufgesammelt, zusammen mit seinem Ältesten (der hat mir das erzählt), und hat sie verkauft, bis er in der Vorkriegskonjunktur 1937 wieder auf dem Pütt anfangen konnte, diesmal auf Rheinpreußen in Moers. Nach dem Krieg war er in der IG Bergbau aktiv, Betriebsrat, hatte die Zechenwohnungen unter sich.

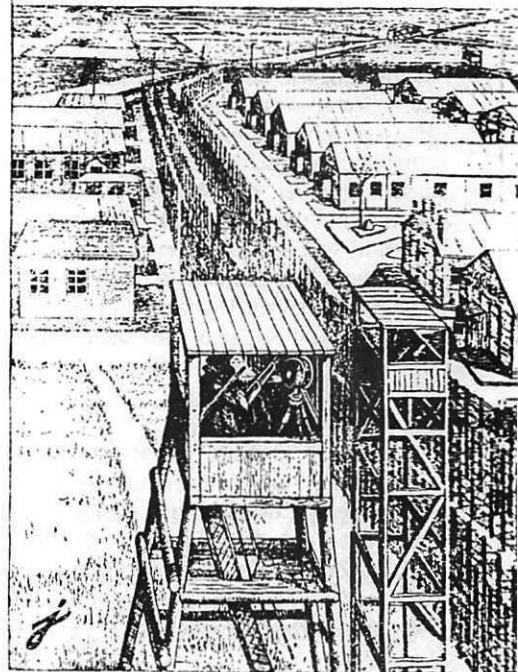
1960 hatte er seine Jahre voll und seine Rente durch, hat seinen Kleingarten bestellt, ist nur noch selten rausgegangen, zu Jubilarsfeiern von der Gewerkschaft oder zu Karnevalsveranstaltungen. Wie gesagt: ein ganz normales Leben eines einfachen Arbeiters. Aber es gab einen Tag im Leben des Johann Esser, da hat er das Moorsoldaten-Lied geschrieben.

Die Produktion

Das muß so Ende August 1933 gewesen sein. Da war er im Konzentrationslager Börgermoor (nahe dem Dorf Bockhorst bei Papenburg im Emsland). Den Tag war er wahrscheinlich morgens um halb sieben nach Essenfassen und Appell mit dem Moor-Kommando abmarschiert, den Spaten geschultert, schwer bewacht

von SS-Aufsehern. Bei der 10-stündigen Arbeit im Moor haben sich wohl die Verse in seinem Kopf geformt, abends in der überfüllten Baracke hat er sie wohl mit einem Bleistiftstummel zu Papier gebracht. Den Zettel hat er Wolfgang Langhoff gegeben. Der war Profi, ein Schauspieler aus Düsseldorf. Nebenbei hatte er eine Laien-Theatergruppe der KPD geleitet. Deshalb war er im Moor. Langhoff plante zu der Zeit eine Art Lagerzirkus, um die Stimmung etwas aufzubessern. Dafür fehlte noch ein Lagerlied, eine Art Hymne der KZler, die geeignet war, ihre menschliche Würde zu demonstrieren. Der Text von Esser war gut, ein paar Änderungen hat er vorgenommen und den Refrain hinzugefügt. Dann hat Langhoff den Text an Rudi Goguel weitergegeben. Ein junger Bursche (aus gutem Hause übrigens), 25 Jahre alt, auch er war Kommunist.

KZ Börgermoor



Er hatte eine Gitarre und Notenpapier mit ins Lager gebracht (sowas war zu der Zeit noch möglich). Goguel besorgte sich einen 'Krankenschein' und komponierte in zwei, drei Tagen oder Nächten die Melodie.

Pünktlich zu der von Häftlingsvertretern bei der Kommandatur durchgesetzten Zirkusveranstaltung war das Lied fertig und von einer Gruppe von Häftlingen heimlich einstudiert.

Die Uraufführung

Einige von den Moorsoldaten, die an der Uraufführung des Liedes beteiligt waren,

leben noch unter uns. In Dortmund, Mühlheim, Duisburg habe ich ein paar von ihnen besucht und danach befragt.

Es muß ein schöner Spätsommertag gewesen sein. Ein Sonntagnachmittag, blauer Himmel über dem brauen Moor. Auf dem Appellplatz, die Schemel aus den Baracken im Halbkreis um eine Arena aufgestellt, saßen die knapp 1.000 Häftlinge. Auch die SS war angetreten. Ein Zirkusprogramm, gestaltet von Häftlingen, lief ab: Artisten, Zauberer, Clowns – richtig, wie sich das gehört. Zum Schluß trat der Chor auf. Jeder Sänger trug einen Spaten. Erst zaghaft mitsummend, dann von Strophe zu Strophe selbstbewußter, sang das Publikum den Refrain mit. Vielen standen Tränen in den Augen. Ein dramatischer Schlußakkord: beim letzten Vers '... dann zieh'n die Moorsoldaten n i c h t mehr mit dem Spaten ins Moor' stieß ein Teil der Sänger den Spaten in den Moor-

Die Moorsoldaten

Originalfassung

Em Hm
Wo - hin auch das Au - ge blick - ket, Moor und Hei - de
Em B7 Em G
nur rings - um, Vo - gel - sang uns nicht er - quik - ket,
Em Hm Em Hm Em D7 G
Ei - chen ste - hen kahl und krumm. Wir sind die Moor - sol -
D D7 Em Hm Em
da - ten und zie - hen mit dem Spa - ten ins Moor!

Wohin auch das Auge blicket,
Moor und Heide nur ringsum.
Vogelsang uns nicht erquicket,
Eichen stehen kahl und krumm.
Wir sind die Moorsoldaten
Und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Hier in dieser öden Heide
Ist das Lager aufgebaut,
Wo wir fern von jeder Freude
Hinter Stacheldraht verstaubt.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Morgens ziehen die Kolonnen
In das Moor zur Arbeit hin.
Graben bei dem Brand der Sonne,
Doch zur Heimat steht der Sinn.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Heimwärts, heimwärts jeder sehnet,
Zu den Eltern, Weib und Kind.
Manche Brust ein Seufzer dehnet,
Weil wir hier gefangen sind.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Auf und nieder gehn die Posten,
Keiner, keiner kann hindurch.
Flucht wird nur das Leben kosten,
Vierfach ist umzäunt die Burg.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Doch für uns gibt es kein Klagen,
Ewig kann's nicht Winter sein.
Einmal werden froh wir sagen:
Heimat, du bist wieder mein.
Dann ziehn die Moorsoldaten
Nicht mehr mit dem Spaten ins Moor!

Text: Johann Esser/Wolfgang Langhoff
Musik: Rudi Goguel

© 1955 by Edition Peters, Leipzig

boden, die anderen drehten die Spaten um und schulterten sie, die Schaufelblätter unten an den Händen. So traten sie ab.

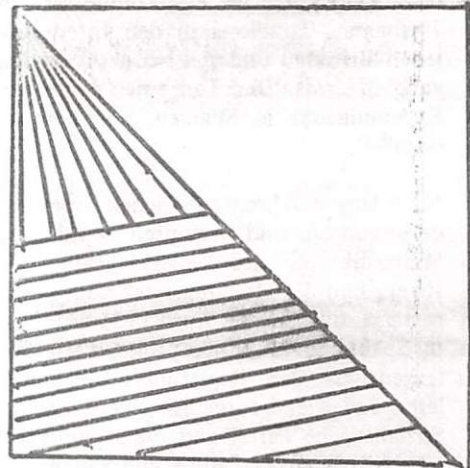
Wilhelm Heinskill aus Duisburg-Ruhrort, heute über 70, damals einer der Sänger, hat mir diese Symbolik entschlüsselt: Die Spaten in der Erde sahen aus wie Kreuze, zurückgeblieben im Moor. Die umgekehrt geschulterten Spaten verkörperten eine Vision davon, was man danach machen wollte, daß man das Gewehr nehmen wollte, um die Heimat vom Faschismus zu befreien.

“Das Moorlied war von Stunde an unser Lied”, sagt W. Heinskill. Wie ein Lauffeuer ist es gewandert von KZ zu KZ, und

durch die Zuchthäuser des Dritten Reiches. Man sang es nur zu besonderen Anlässen, und man stand auf, wenn man das Moorsoldaten-Lied sang, und faßte sich an den Händen.

Johann Esser, starb 75jährig, unbeachtet von der Öffentlichkeit am 2.9.1971 in Moers. Sein Grab auf dem Urnenfeld des Friedhofes von Rheinhausen-Östrum ist so schlicht, wie er selber gewesen war. Nichts weist darauf hin, daß hier der Dichter des weltberühmten Moorsoldaten-Liedes begraben liegt.

Ulrich Grober



1936

2. 2. Konferenz des »Lutetia«-Kreises in Paris
16. 2. Wahlsieg der Volksfront in Spanien
7. 3. Rheinlandbesetzung durch das Reich, Bruch des Locarno-Vertrages
8. 4. Gemeinsame Beratung von KPD- und SPD-Funktionären in Paris
- Mai Wahlsieg der Volksfront in Frankreich
24. 5. Aufruf des »Lutetia«-Kreises »Seid einig, einig gegen Hitler«
9. 6. Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront (ehemals Lutetia-Kreis) in Paris
17. 6. Die Polizei wird dem SS-Führer Himmler unterstellt
18. 7. Aufstand der Faschisten um Franco gegen die spanische Republik; militärische Unterstützung durch die deutschen und italienischen Faschisten. Bildung der »Internationalen Brigaden«, in denen etwa 35 000 Antifaschisten, darunter 5000 Deutsche, aus über 50 Ländern an der Seite des spanischen Volkes kämpfen. Zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller wie W. Bredel, E. Claudius, P. Kast, E. E. Kisch, H. Marchwitza, L. Renn, G. Regler, B. Uhse, E. Weinert sowie Hemingway, Orwell u. v. a. schließen sich den Inter-Brigaden an
- August Denkschrift Hitlers: die Wirtschaft müsse in 4 Jahren »kriegsfähig«, die Armee dann »einsatzfähig« sein
18. 10. Vierjahresplan des Hitler-Reiches
25. 10. »Achse« Berlin – Rom: Freundschaftsvertrag
24. 11. Friedensnobelpreis für Carl von Ossietzky, KZ-Häftling in Papenburg-Esterwegen
25. 11. »Antikominternpakt« zwischen dem Reich und Japan
21. 12. »Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit und Brot«, unterzeichnet von KPD-, SPD- und SAP-Funktionären, sowie von zahlreichen fortschrittlichen Intellektuellen und Schriftstellern

Wir, im fernen Vaterland geboren,
Nahmen nichts als Haß im Herzen mit.
Doch wir haben die Heimat nicht
verloren.

Unsere Heimat ist heute vor Madrid.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität!

Am 1. Dezember 1936 starb Hans Beimler. Er kämpfte als Politikommissar des Thälmann-Bataillons in den Internationalen Brigaden und fiel bei der Verteidigung Madrids. Der Tod eines deutschen Kommunisten in Spanien, wie kam es dazu?

Nach langen Jahren politischer Auseinandersetzungen und Kämpfen wurde die Militärdiktatur des Generals Primo de Rivera und die Monarchie der Bourbonen gestürzt, und am 14. April 1931 die zweite Spanische Republik proklamiert. Getragen von den Regierungen der mittleren und Kleinbourgeoisie, die durch die Sozialistische Partei und die republikanischen Parteien der Mitte und Linken repräsentiert wurden und sich durch eine

Der Span

Politik der Kompromisse an der Macht zu halten suchte, konnte dem Großbürgertum und den Grundbesitzern die Macht nicht völlig aus den Händen genommen werden. Dieser reaktionären Schicht gelang es Ende des Jahres 1933 die Herrschaft wieder an sich zu reißen.

Es folgten Jahre blutiger Unterdrückung, die als die "zwei schwarzen Jahre (34/35)" in die spanische Geschichte eingingen. Im Oktober 1934 wurde der Aufstand der Arbeiter von Asturien durch die Truppen des Generals Franco niedergeschlagen.



Diese Ereignisse stärkten allerdings den Widerstand in der Bevölkerung. Um die Jahreswende 1936 gelang es den antifaschistischen Kräften, sich zur Volksfront zusammenzuschließen und am 16. Februar 1936 einen überragenden Wahlsieg zu erringen.

Doch die Finanz- und Großgrundbesitzer-Oligarchie nahmen ihre Niederlage nicht hin und inszenierten am 18. Juli 1936 einen militärischen Putsch gegen die junge Republik. Geleitet wurde er von General Sanjurjo und nach dessen Tod von General Franco, der Spanien bis Ende 1975 mit einer faschistischen Diktatur beherrschte.

Und die Generäle hatten Freunde. Hitler-Deutschland unterhielt in Spanien schon lange Propagandaagenturen, wie auch in anderen europäischen Ländern. Das "Dritte Reich" schien sich im Jahre zu festigen. Am 7. März wurde das Rheinland durch das Reich besetzt. Die Polizei wird dem SS-Führer Himmler unterstellt. Nach Angaben der Gestapo wurden allein in diesem Jahr 11.600 Kommunisten und über 1.300 Sozialdemokraten verhaftet. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen, der 1933 7% betrug, war 1936 auf 21% gestiegen.

Das faschistische Italien hatte am 4.10. 1935 Äthiopien überfallen, ohne daß die anderen Mächte – natürlich unter Protest – eingegriffen hätten.



Madrid 1936
Montage:
John Heartfield

Spanische Bürgerkrieg

1936 wurden über 11 600 Kommunisten und über 1300 Sozialdemokraten von der Gestapo – nach eigenen Angaben – verhaftet. Seit dem 1. 2. 1933 wurden fast 100 000 jüdische Bürger aus dem Reich vertrieben.

Gründung der Zeitschrift *Das Wort* (bis 1939, Moskau), der *Deutschen Volkszeitung* (bis 1939, Prag) und der *Volksillustrierten* (bis 1938, Prag)



In diesem Land fing der Weltkrieg an

Der Spuk wär aus gewesen über Nacht. Doch hinter ihm (Franco) stand eine fremde Macht: Berlin und Rom mit ihren Divisionen.

Erich Weinert 1951

Schon am 25. Juli 1936, also sechs Tage nach dem Putsch, stellte Reichsminister Göring, Chef der deutschen Luftwaffe, Franco deutsche Flugzeuggeschwader zur Verfügung. Transportflugzeuge beförderten die ersten Kontingente marokkanischer Fremdenlegionäre von Spanisch-Marokko nach Spanien. Franco begann, unterstützt durch Deutschland und Italien, mit der Eroberung Spaniens.

Die Westmächte protestierten wieder und begünstigten dann durch ihre in London beschlossene "Politik der Nichteinmischung" die deutsch-italienische Intervention. Wie wissen heute, daß dem deutschen Imperialismus der Krieg in Spanien als Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg diene. Der jungen spanischen Republik blieb eine Unterstützung durch andere Mächte versagt, allein die sowjetische Führung unterstützte die rechtmäßige Regierung.

Was aber macht diesen "Bürgerkrieg" am Rande Europas, bei uns vielfach unbekannt, allenfalls mit dem Namen der faschistischen "Legion Condor" verbunden, erwähnenswert. Das ist die Unterstützung der spanischen Republik durch tausende Antifaschisten aus ganz Europa mit der Waffe in der Hand. Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, Demokraten folgten dem Ruf, nach Spanien zu ziehen und zu verhindern suchen, daß dem Faschismus ein weiteres Land in die Hände falle.

Einer von ihnen war Hans Beimler. Der gelernte Schlosser und Reichstagsabgeordnete der KPD war von den Nazis ins Konzentrationslager Dachau geschleppt worden. Der Aufforderung,

Ballade der elften Brigade

Musical score for "Ballade der elften Brigade" with German lyrics and musical notation. The score includes a key signature of one sharp (F#) and a 2/4 time signature. The lyrics are:

In Spa-nien stand's um uns-re Sa-che schlecht, zu-rück-ging's Schritt um Schritt, und die Fa-schi-sten brüll-ten schon: Ge-fal-len ist die Stadt Ma-drid." Da ka-men sie aus al-ler Welt mit ei-nem ro-ten Stern am Hut, Im Man-za-na-res kühl-ten sie dem Fran-co das zu-hei-ße Blut, Das wa-ren Ta-ge der Bri-ga-de Elf und ih-rer Freiheits-fah-ne, Bri-ga-da In-ter-na-cio-nal" ist un-ser Eh-ren-na-me, Bri-ga-da-na-me.

INO PASARA

sich selbst umzubringen, war er nicht gefolgt – es gelang ihm die Flucht über Prag nach Spanien.

Dort war in der Stadt Albacete die Zentralstelle für die Internationalen Brigaden gebildet worden. Das erste Bataillon gab sich den Namen Egar Andre, eines deutschen Antifaschisten, der kurz vorher durch Himmlers Henker hingerichtet worden war. Eine zweite führte den Namen Ernst Thälmanns, des im März 1933 verhafteten Vorsitzenden der KPD, den die Nazis am 18. August 1944 im KZ Buchenwald ermordeten. Zusammen mit dem dritten französischen Bataillon, Commune de Paris, formten sie die erste Internationale Brigade, die "Elfte" im Rahmen der spanischen Volksarmee. Die Zahl der "Internationalen" Männer und Frauen mag zwischen 20.000 und 30.000 betragen haben, unter ihnen etwa 5.000 Deutsche. Zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller wie Willi Bredel, Egon Erwin Kisch, Hans Marwitz, Ludwig Renn und Erich Weinert sowie Hemingway, Orwell u.a. schlossen sich den Inter-Brigaden an. Unter dem Geschützdonner des umkämpften Madrids findet ein internationaler Schriftstellerkongreß statt.

In Paris fordert der "Lutetia-Kreis" unter Vorsitz Heinrich Manns die Bildung einer deutschen Volksfront, eingedenk der spanischen Ereignisse und des mißlungenen Kampfes gegen den deutschen Faschismus.

Die spanische Republik, das spanische Volk, wehrt sich, zunächst mit Erfolg, zwei und ein halbes Jahr gegen den Putschisten Franco. Die Inter-Brigaden haben großen Anteil am Kampf, die deutschen Antifaschisten zeigen, daß es nicht nur "Hitler-Deutschland" gibt. Doch der Feind ist militärisch überlegen. Erinnert sei an den Luftangriff der "Legion Condor" auf die Stadt Guernica, die erste Flächenbombardierung vernichtete sie völlig, es werden über 1.600 Tote gezählt. "No pasaran! Pasaremos!" – sie kommen nicht durch, wir obsiegen, das fordert Dolores Ibarruri, die zum Inbegriff des spanischen Widerstandes gegen den Faschismus wurde.

Doch ohne ausländische militärische Hilfe muß der Kampf scheitern. Die "Nichteinmischungs-Staaten" fordern, Ende 1938 zur Beendigung der Kampfhandlungen sollten alle "ausländischen Truppen" Spanien verlassen. ***



Zur Erinnerung an den 30. Januar 1933 finden auch in Recklinghausen eine Reihe von Veranstaltungen und Seminaren statt. Die Volkshochschule stellte eine Liste für die ersten Wochen des neuen Jahres zusammen, die wir auszugsweise veröffentlichen. (Angaben ohne Gewähr)

Datum/Zeit	Inhalt	Träger/ Ort
20. 1.83	Vortrag O.Schenk "Widerstehen zur rechten Zeit"	Ges.für Christl.-Jüdische Zus.arbeit
25.1./10.30 u. 18.30	"Bilder aus Deutschland" - Eine Szenenfolge (Theaterwerkstatt (Köln)	Theaterreferat P.Schwab/ im Fritz-Husemann-Haus
30.1./ 11.00	Eröffnung der Ausstellung "Faschismus kommt nicht über Nacht" NS-Machtergreifung vor 50 Jahren in RE - durch OB Wolfram; mit Podiumsdiskussion: Zeitzeugen erinnern sich	VHS (U.Seifert) gr.Sitzungssaal Rathaus
31.1./ 20.00	Semestereröffnung VHS: Machtergreif. "Aus der Geschichte lernen?" Kultusminister Girgensohn, Prof. Niethammer, Prof.Schörken	VHS (F.M.Fröhlich)
9.2./20.00	Kursbeginn: "Deutschland unterm Hakenkreuz	VHS (F.M.Fröhlich)
29.3/ 19.30 Uhr	Film (in Anwesenheit der Filmemacher "Nachforschungen über die Edelweißpiraten"	VHS (G.Bläsing) VHS-Gebäude

Kneipe mit Kultur & Tanz

taglich ab 18 Uhr, (Dienstag is nich)



7. 1. 83

Super Porro

Soul Funk aus Holland

9. 1. 83

Udo Herbst

Klass. Gitarre

11. 1. 83

Django Edwards

16. 1. 83

Backwahn

New Wave

23. 1. 83

Conditors

29. 1. 83

White, Hot & Blue

Rock und Blues

RE - Suderwich, Schulstraße

☎ 0 23 61 / 8 14 49

82

ALLTÄGLICHES

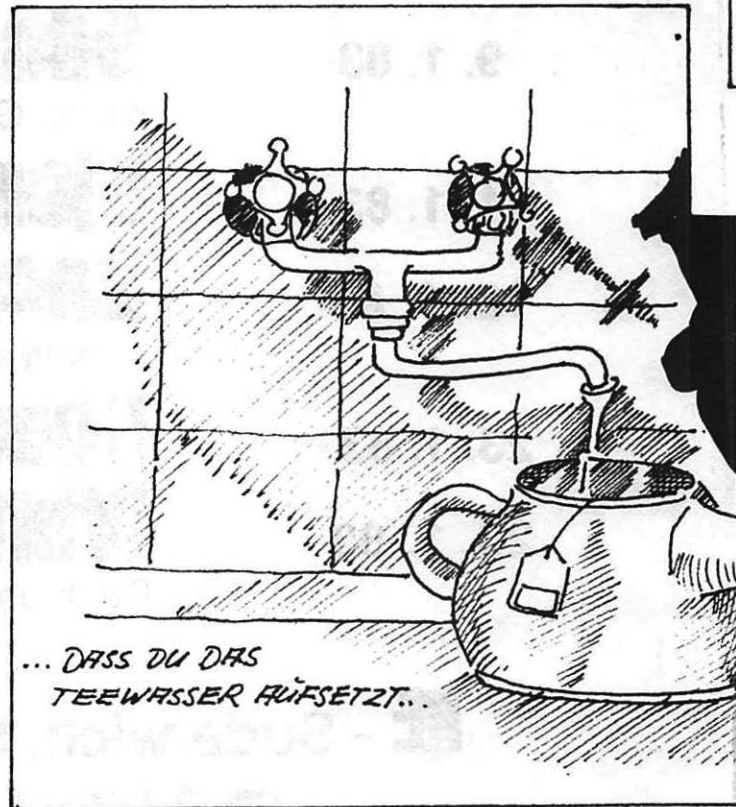
GESCHICHTEN DIE
DAS LEBEN SCHREIBT
VON H. FREITAG



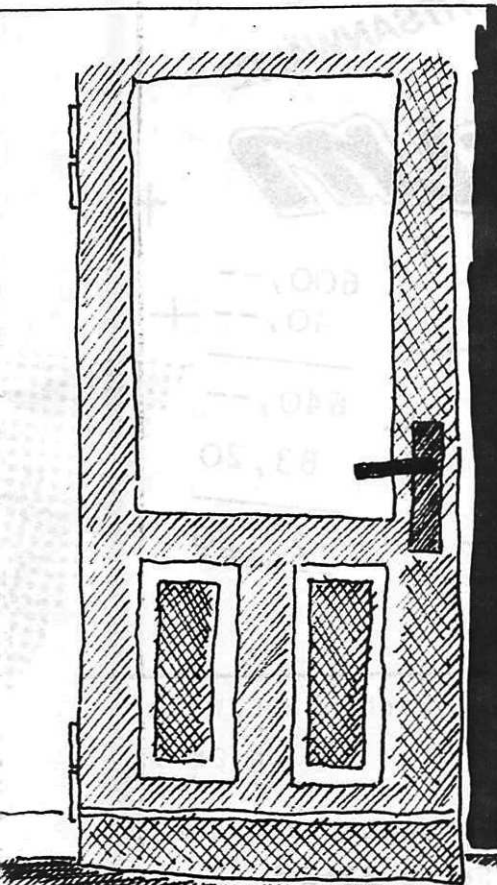
UND WENN ICH MORGENS WACH
WERDE...



...DASS DU DER KATZE WASSER GIBST...

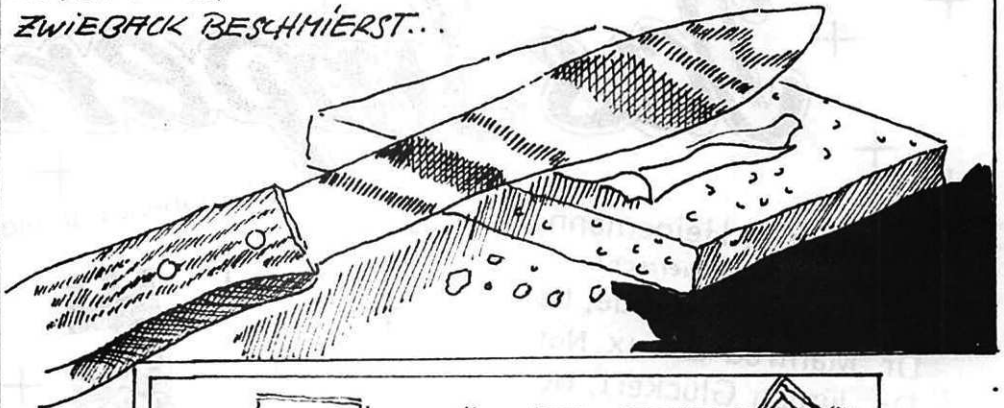


...DASS DU DAS
TEEWASSER AUFSETZT...

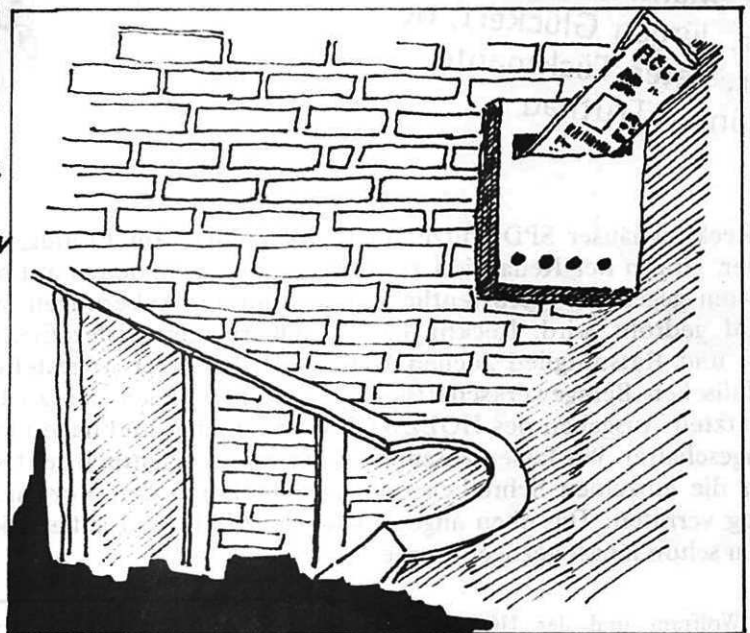


... HÖRE ICH DICH IM BADEZIMMER
KRAMEN...

... ICH HÖRE, DASS DU DEN
ZWIEGACK BESCHMIERST...



... DAS DU
DIE ZEITUNG
AUS DEM
BRIEFKASTEN
HOLTST...



... ICH HÖRE DICH
RUFEN:
LIEBLING!
DER TEE
WIRD
KALT...



... UND WIEDER
WEIS ICH,
WIE SEHR
ICH DICH
HASSE.

Unterlassungsverpflichtungserklärung

Dr. jur. J. Kupferschläger
U. Breitreutz
Dr. jur. U. Wiese
RECHTSANWÄLTE

Das Imperium

Dr. Peter J. Heinemann, Notar
Fachanwalt für Steuerrecht
Dr. Jürgen Schmude, Notar
Dr. Manfred Enaux, Notar
Dr. Jürgen Glückert, Notar
Dr. Peter Tückmantel
Günter Trutnau

Der Oberbürgermeister



600,--
40,--

640,--
83,20

723,20

Die Recklinghäuser SPD-Spitze zeigt ihre Zähne. Am Freitag, den 3. Dezember, gingen der Redaktion zwei Schreiben zu, in denen mit rechtlichen Schritten gegen die Veröffentlichung bestimmter Äußerungen im HOLZWURM gedroht wird. Recklinghausens Oberbürgermeister Erich Wolfram (SPD) und Ratsmitglied Jochen Welt (SPD; leitender Angestellter bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse Bochum), fühlen sich zu Unrecht in den letzten Ausgaben des HOLZWURM beschuldigt und haben ihre Anwälte eingeschaltet. Wir fassen zusammen, um was es eigentlich geht, dokumentieren die einzelnen Schreiben und kommentieren den Vorgang. Eins sei vorweg verraten: Die oben angesprochenen Zähne sind äußerst kariös und müssen schon längst gezogen werden!

In Sachen HOLZWURM/
SPD: Seiten 28-33

Kommentar auf der
Seite **32-33**

Leserbrief zum Thema
auf Seite 42

Erich Wolfram und der HOLZWURM kennen sich schon seit Jahren. Nachdem man mittlerweile geglaubt hatte, die Fronten seien abgeklärt ("Die lokale Tagespresse stellt ihn immer schön heraus und der HOLZWURM kritisiert ihn in Grund und Boden") hat sich das durch die Berichterstattung in HOLZWURM über den geplanten Abriß des alten Knappschaftskrankenhauses offensichtlich doch geändert. Wir dokumentierten größere Passagen aus einem Gutachten der Architekten Endermann & Maaß, die sich gegen einen Abriß aussprechen und kommentierten den Vorgang. In diesem Kommentar mußte Erich Wolfram zugegebenerweise die Hauptrolle spielen, hatte er sich mehrfach für den Abriß ausgesprochen ("... möchte es nicht geschenkt haben..."). Erwähnt wurden vor allem seine verschiedenen Pöstchen oder Posten (Wohnungsbaugesellschaft, Stadtparkasse, Ruhrkohlelektor, Oberbürgermeister). Das gefiel im offensichtlich nicht.



Erich Wolfram (SPD)

auf der übernächsten Seite dokumentiert haben. Leider teilte er uns nicht mit, was er nun konkret an der Berichterstattung auszusetzen hat. Wir veröffentlichten deshalb in der Novemberausgabe Teile aus einem Interview Wolframs, das er der Schülerzeitung 'Rüchenstein' (Hittorf-Gymnasium) gegeben hatte, sehr ausführlich. Das reichte ihm offenbar immer noch nicht. Er schrieb uns nochmals und seine Anwälte auch. (siehe ebenfalls nächste Seiten). Mittlerweile hatten wir eine Stellungnahme dazu erarbeitet, die natürlich von der Tagespresse nicht veröffentlicht wurde. Wir haben sie ebenfalls dokumentiert.

Geht es bei Erich Wolfram vor allem um seine Ämterverfälschung und höchstens um Vorteilsnahme, so sieht das bei den Auseinandersetzungen mit Jochen

Bei Antwort oder Zahlung
bitte angeben: tr./ti.

HEINEMANN und PARTNER
Rechtsanwälte

Schlägt zurück

Kostenrechnung

Hochachtungsvoll

Erich Wolfram
Erich Wolfram, MdB

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Herr OB Erich Wolfram MdB
uns mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt hat.

Welt/Westfälische Berggewerkschaftskasse (WBK) schon anders aus. In der Oktober- und Novemberausgabe veröffentlichten wir zwei Artikel, die sich mit Jochen Welt und der Arbeit der WBK beschäftigten. Welt ist Leiter der Schulverwaltung der WBK (Bergberufsschulen und Fachhochschulen) und ehemaliger stellvertretender Leiter des Pädagogischen Dienstes der WBK (nebst einigen anderen Posten und Pöstchen).

Die den Artikeln zugrunde liegenden Informationen stammten allesamt von 'Insidern', d.h. Mitarbeitern oder ehemaligen Mitarbeitern der WBK, die aus verständlichen Gründen anonym bleiben wollten. Nur der zweite Artikel wurde namentlich von einem ehemaligen Mitarbeiter gekennzeichnet, wobei ebenfalls ein internes Dokument der WBK veröffentlicht wurde. Hatte Jochen Welt noch nach der ersten Ausgabe versucht, ein Gespräch mit uns zu führen (er sagte zweimal ab) wurde ihm die Angelegenheit nach dem zweiten Artikel zu heiß. Immerhin waren Strafbetätigungen angesprochen worden. Er erreichte es, daß sich die Geschäftsführung der WBK nunmehr zusammenschloß und ihre Rechtsanwälte beauftragte. Ihr Schreiben ist weiter hinten dokumentiert.

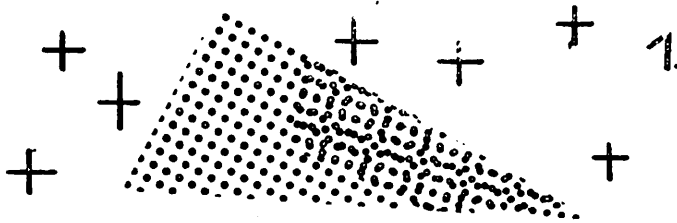
Betrifft: Knappschafts Krankenhaus Recklinghausen



Jochen Welt (SPD)

Bei Antwort bitte angeben
Wolfram/Endermann u. Maaß

Notar



Der nebenstehenden Brief erreichte unseren Mitarbeiter per Einschreiben und an seine Privatadresse gerichtet!

Der Inhalt des Briefes -es läßt sich unschwer erkennen- ist äußerst dürftig. Neben einer plumpen Drohung keine konkreten Angaben darüber, welche Äußerungen ihn nun so mißfallen haben.

Wir hatten den Artikel sauber recherchiert, und weite Teile waren schon längst, z.B. von den Grünen, veröffentlicht worden. Aber offenbar ist das Thema "Ämterverfälschung" für Wolfram ein "rotes Tuch". So versuchte er unseren Mitarbeiter, der für den Kommentar verantwortlich zeichnete, mit juristischen Drohungen einzuschüchtern. Was natürlich nicht fruchtete, schließlich machen wir ja nicht aus "Jux und Dollerei" eine Zeitschrift.

Der Oberbürgermeister

4350 Recklinghausen, den 15. 10. 1982



Einschreiben

Herrn
Erich Behrendt
Saarstr. 33

4350 Recklinghausen

Sehr geehrter Herr Behrendt!

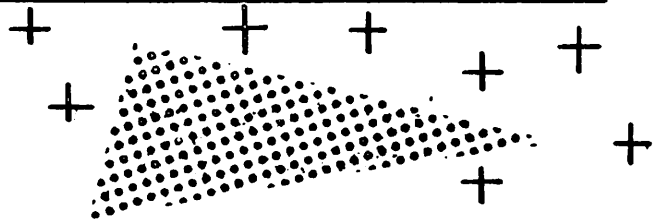
Im "Holzwurm" Nr. 69 vom 6. 10. 1982 stellen Sie in Ihrem Artikel "Abriß - warum eigentlich?" unwahre und diffamierende Behauptungen über mich auf.

Ich hätte Ihnen sofort eine einstweilige Verfügung ins Haus schicken können.

Getreu meinem Prinzip, junge Bürger nicht zu kriminalisieren und vor Gericht zu zerren, fordere ich Sie auf, den Wahrheitsbeweis für Ihre mich betreffenden Aussagen anzutreten.

Sollten Sie mir nicht innerhalb einer Woche diesen Beweis antreten haben oder sich schriftlich bei mir wegen unwahrer Behauptungen entschuldigen und bereit sein, dies in der Nr. 70 des "Holzwurm" zu veröffentlichen, müßte ich weitere Schritte gegen Sie unternehmen.

Hochachtungsvoll



2.

Der Oberbürgermeister

4350 Recklinghausen, den 30. 11. 1982



Redaktion "Holzwurm"
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Im "Holzwurm" Heft 70 behaupten Sie, Ihnen laye kein "Leserbrief" von mir zu Ihren ungeheueren Behauptungen in Sachen "Knappschaftskrankenhaus" vor.

Warum haben Sie meinen Brief vom 15. 10. 1982 nicht veröffentlicht?

Ist das Ihr schlechtes Gewissen?

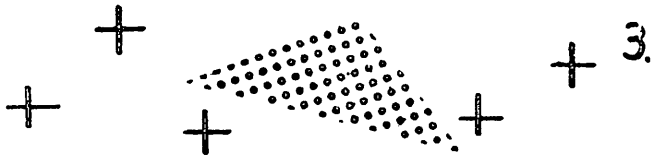
Sie werfen der "RZ" Manipulation vor. Was tun Sie?

Werden Sie meinen Brief wenigstens beantworten?

Hochachtungsvoll

Erich Wolfram, MdB

Wir hatten allerdings die Gelegenheit, Teile aus einem Interview der Schülerzeitung "Rüchenstein" für unsere Ausgabe zu übernehmen, die sich direkt auf unsere Auseinandersetzung beziehen. Wolfram gab in diesem Gespräch ein Musterbeispiel dafür, wie man minutenlang reden kann, ohne inhaltlich was zu sagen. (Vergleiche unsere Dezember-Ausgabe). Obwohl wir Wolfram auf über zwei Seiten mit der Veröffentlichung der Interviewteile die Gelegenheit gegeben hatten, sich lang und breit zu äußern, erreichte und bald sein zweiter Brief. (siehe links) Zugleich schickten uns seine Anwälte ein Schreiben, dem Fotokopien von Briefen beigefügt waren, die Wolfram 1980 an die Knappschaft und das Justizministerium geschickt hatte. In diesen Schreiben stütze sich Wolf-



ram offensichtlich für den Erhalt des Gebäudes ein. Nur - jetzt haben wir 1982/83 und da scheint er seine Meinung schon geändert zu haben!

Schon mit schwererem Kaliber sind da die Drohungen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK) in Bochum und ihrer Anwälte. Aber der erste Eindruck täuscht: Viel Gerde und nichts dahinter. Mit Wortklauberei versuchen hier die Anwälte in die Offensive zu gehen, obwohl eine kleinlautere Defnsive sicherlich angebracht gewesen wäre. Und dann dieses Staraufgebot von Rechtsanwälten: der Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten, der Ex-Bundesjustizminister, vier Notare...ein wahres Superaufgebot! Da muß man sich als kleiner HOLZ-

HEINEMANN und PARTNER

Rechtsanwälte

Heinemann u. Partner - Postfach 10 1544 - 4300 Essen 1

Herrn
Jürgen Wagner
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen

Dr. Peter J. Heinemann, Notar
Fachanwalt für Bauverträge
Dr. Jürgen Schrade, Notar
Dr. Manfred Enaux, Notar
Dr. Jürgen Glücker, Notar
Dr. Peter Tückmantel
Günter Trutnau

Kettwiler Straße 32/34
Postfach 10 1544
4300 ESSEN 1
Tel. 0201/22 14 64
Telex 0857220 coun d

30. November 1982

Bei Antwort oder Zählung
bitte angeben: tr./tl.

Sehr geehrter

Hiermit teilen wir Ihnen mit, daß wir die Westfälische Berggewerkschaftskasse, Horner Str. 45, 4630 Bochum, anwaltlich vertreten.

Sie sind verantwortlicher Redakteur des "Holzwurm, Zeitschrift für Recklinghausen", Heft 70 von 17.11.1982. Sie haften deshalb für alle presserechtlichen Ansprüche Dritter aufgrund der in der Ausgabe vom 17.11.1982 erschienenen Artikel.

In der oben bezeichneten Ausgabe des "Holzwurm, Zeitschrift für Recklinghausen" vom 17.11.1982 heißt es in einem Artikel auf Seite 34 unter der Überschrift "Die WBK-Beschreibung wird fortgesetzt: Ein wirklich entlarvendes Dokument":

"Man rechnete gegenüber dem Arbeitsamt für mehr Mitarbeiter ab, als wirklich eingesetzt wurden."

Und weiter:

"Die Überschüssigen Mittel wurden verwandt zur Finanzierung anderer Projekte innerhalb der WBK."

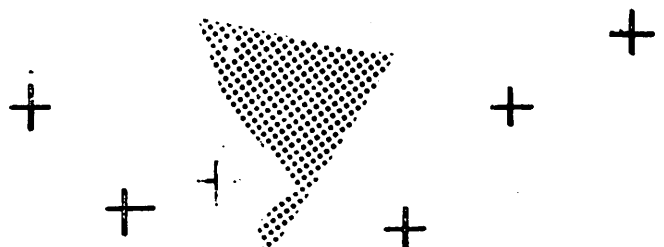
4.

Und in der Eingangspassage heißt es unter anderem

"... daß nämlich bei der WBK Gelder verschoben und nicht im Sinne der Antragstellung für Maßnahmen und Modellversuche verwandt werden, ..."

Die dort aufgestellten Behauptungen sind unwahr und beeinträchtigen unsere Mandantschaft erheblich in ihren Rechten. Unwahr ist, daß "bei der WBK Gelder verschoben" werden. Diese Behauptung beinhaltet im Zusammenhang des Artikels für jeden Leser den Vorwurf betrügerischen Verhaltens, der Untroue oder anderer wirtschaftsstrafrechtlich relevanter Delikte. Da bei unserer Mandantschaft tatsächlich Gelder nicht verschoben werden, erfüllt Ihre Behauptungen Straftatbestand der Üblen Nachrede oder der Verleumdung. Weiterhin ist unwahr, daß unsere Mandantschaft (diese ist entsprechend dem Zusammenhang unter "man" zu verstehen) gegenüber dem Arbeitsamt für mehr Mitarbeiter abrechnete, als wirklich eingesetzt wurden. Das ist allein schon deshalb unwahr, weil das von Ihnen zitierte Benachteiligtenprogramm für 1981/82 in Recklinghausen mit dem Arbeitsamt noch garnicht abgerechnet ist. Schon aus diesem Grunde ist auch die weitere Behauptung unwahr, daß die Überschüssigen Mittel zur Finanzierung anderer Projekte innerhalb der WBK verwandt worden seien.

Da die vorbezeichneten Behauptungen auf Seite 34 des "Holzwurm" unwahr sind, liegt ein rechtswidriger Eingriff in die Rechtsphäre unserer Mandantschaft vor, der einen Unterlassungs- und Widerrufsanspruch unserer Mandantschaft begründet. Namens unserer Mandantschaft müssen wir Sie deshalb hiermit auffordern, die zuvor bezeichneten Behauptungen zu widerrufen und die Wiederholung dieser Behauptungen in Zukunft zu unterlassen. In der Anlage haben



WURM-Mitarbeiter scheint recht klein vorkommen, hätte man nicht nebenbei das Gefühl auf deiner Seite, einfach recht zu haben. Und da schreckt uns auch keine Drohung ab, selbst wenn sie so geballt vorgetragen werden wie in diesem Fall. Wir haben den Herren Rechtsanwälten denn auch geantwortet, daß wir nicht daran denken, die geforderte Unterlassungsverpflichtungsreklärung zu unterschreiben. (siehe nächste Seite.)

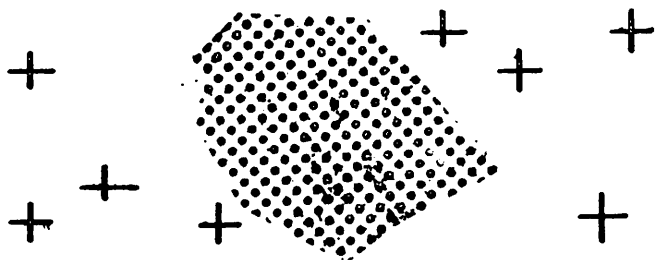
Statt eines Kommentars veröffentlichten im folgenden unsere beiden Antwortschreiben an Wolfram und an die Rechtsanwälte der WBK.



An Heinemannpartner

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich teile Ihnen mit, daß ich die von Ihnen verlangte Unterschrift unter die Unterlassungsverpflichtungsreklärung nicht leisten werde. Bemerkenswert ist, daß Sie durch das Anführen von lediglich drei Zitaten aus dem Artikel, indirekt den restlichen Inhalt bestätigen. Ich versichere Ihnen, daß der Inhalt des von Ihnen angeführten Artikels von uns sauber recherchiert wurde und die entsprechenden Behauptungen von uns belegt werden können. Zum Schluß bedaure ich, daß es trotz zweimaliger Terminabsprachen nicht zu einem Gespräch zwischen uns und Herrn Welt gekommen ist. Wir ziehen eine Diskussion auf politischer Ebene der einer auf juristischer Ebene vor. Meinen Sie nicht auch, daß eine Kostenaufstellung wie die Ihrige geeignet ist, den finanziellen Be-



"Es sind zumal die Intellektuellen, die Schriftsteller und Wissenschaftler, die uns unbequem werden, wenn sie mit wachem Gespür für Schäden und Gefahren ihre Stimme erheben. Gelänge es den Selbstzufriedenen, sie zum Schweigen zu bringen, so wäre das verhängnisvoll. Im Gegenteil: Ihr Aufdecken der Wirklichkeiten, ihr Drängen nach beseren Wegen muß von uns aufgenommen und Gemeingut eine breiten Bewußtseins werden!"
(Gustav Heinemann am 1. Oktober 1972 bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche.)

wir eine strafbewehrte Unterlassungsverpflichtungserklärung beigelegt, die Sie spätestens bis zum 09.12.1982 (Eingang bei uns) unterzeichnet an uns zurückzusenden haben. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß nach der Rechtsprechung die Unterzeichnung einer strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungserklärung für die Beseitigung des Rechtschutzinteresses des Anspruchstellers unabdingbare Voraussetzung ist. Sie müssen daher damit rechnen daß wenn diese Unterlassungsverpflichtungserklärung nicht rechtzeitig bei uns eingeht oder nur eine einfache Unterlassungserklärung abgegeben wird, ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt wird. Innerhalb der gleichen Frist, also bis zum 09.12.1982, haben Sie die von uns gemäß der in unserer Anlage beigelegten Kostenrechnung berechneten Gebühren an uns zu überweisen. Der Anspruch unserer Mandatschaft auf Erstattung dieser Kosten gibt sich aus dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes

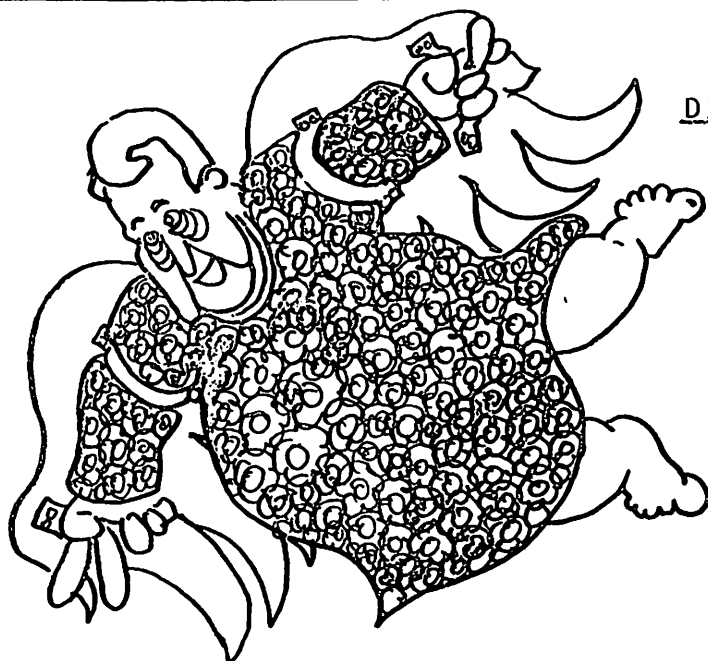
Abschließend machen wir Sie darauf aufmerksam, daß das auf Seite 35 des "Holzwurm" vom 17.11.1982 veröffentlichte "Dokument" im Juni 1982 durch einen Nachschlüssel Diebstahl aus den Geschäftsräumen unserer Mandatschaft neben anderen Geschäftspapieren entwendet worden ist. Sie müssen deshalb davon ausgehen, daß möglicherweise der jetzige Inhaber dieses Dokumentes das Schriftstück mittels einer Straftat erlangt hat. Sollten Sie deshalb weiterhin interne Geschäftspapiere unserer Mandatschaft veröffentlichen, müssen Sie damit rechnen, strafrechtlich für diese Veröffentlichung in Anspruch genommen zu werden.

Mit freundlichen Grüßen


- Trutnau -
(Rechtsanwalt)

stand einer alternativen Zeitung, wie der HOLZWURM eine ist, zu gefährden und damit eine der wenigen kommerziell unabhängigen Zeitungen auszuschalten?

Mit irgendwelchen Grüßen



20.12.1982

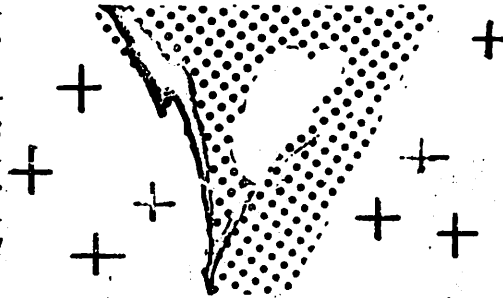
Lieber Herr Wolfram,

In Ihrem Schreiben vom 30.11. heißt es: "Im "Holzwurm" Heft 70 behaupten Sie, Ihnen läge kein "Leserbrief" von mir zu Ihren ungeheueren Behauptungen in Sachen "Knappschaftskrankenhaus" vor. Warum haben Sie meinen Brief vom 15.10.1982 nicht veröffentlicht?".....

Bei diesem Schreiben vom 15.10. kann es sich lediglich um den eingeschriebenen Brief an die Privatadresse unseres Mitarbeiterkollegen, der den Kommentar unterzeichnete, handeln. Sie fordern ihn darin auf, Aussagen über Sie zu beweisen oder zu widerrufen. Daß es sich dabei um einen Leserbrief handelte, war uns nicht ersichtlich. Leserbriefe für den HOLZWURM erreichen uns unter unserer Redaktionsadresse und sind zumeist mit "Leserbrief" überschrieben. Sie werden im Gegensatz zur Tagespresse bei uns alle veröffentlicht.

Sie schrieben unserem Mitarbeiter: "... stellen Sie in Ihrem Artikel "Abriß - Warum eigentlich?" unwahre und diffamierende Behauptungen über mich auf." Sie vergaßen allerdings, Ihre Kritik im Detail auszuführen. Meinen Sie etwa die Erwähnung Ihrer verschiedenen Ämter? Wir zitieren aus dem Kommentar: "Offensichtlich ist, daß OB Wolfram und der Bundesvorsitzende der Knappschaft Rudi Nickel als Drahtzieher für den Abriß des alten Krankenhauses anzusehen sind. Gemeinsamer Interessenspunkt ist die Ruhrkohle AG. - Sie müßte nämlich die Kosten für die Regulierung der Bergschäden übernehmen, falls das alte Krankenhaus

stehen bleibt. Und dies will die Knappschaft als Quasi-Bestandteil der Ruhrkohle AG dem Bergbau nicht zumuten, ebensowenig wie Erich Wolfram, der in seinem bürgerlichen Beruf bei der Bergwerk AG Lippe - und somit quasi bei der Ruhrkohle - angestellt ist. Und außerdem will Wolfram als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Vestisch-Mürkischen Wohnungsbaugesellschaft nicht, daß deren Muttergesellschaft, die Treuhandstelle für den Bergmanns-Wohnstättenbau,



darauf verzichten muß, auf dem alten Knappschaftsgelände lukrativ zu bauen, wobei das alte Krankenhaus nur stören würde. Und natürlich will OB Wolfram als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stadtparkasse nicht, daß mögliche Kredite für die Bebauung verloren gehen."

Die Informationen haben wir sauber recherchiert. Wir sehen keinen Anlaß zu widerrufen, uns zu entschuldigen, noch Aussagen in Zukunft zu unterlassen; wir übernehmen jedoch keine Gewähr dafür, daß wir alle Ihre Ämter erwähnt haben.

Außerdem heißt es in Ihrem ersten Schreiben vom 15.10.: "Ich hätte Ihnen sofort eine Einstweilige Verfügung ins Haus schicken können. Getreu mei-

nem Prinzip, junge Bürger nicht zu kriminalisieren und vor Gericht zu zerren, fordere ich Sie auf, den Wahrheitsbeweis für Ihre mich betreffenden Aussagen anzutreten."

Dieses Ihre "Prinzip" steht im Gegensatz zu dem Schreiben Ihrer Rechtsanwälte. In dem Artikel "Altes Knappschaftskrankenhaus Abriß-Warum?" in Nr. 69 zitierten wir aus der Endermann/Maaß Broschüre zum Knappschaftskrankenhaus: "Demgegenüber sind der Oberbürgermeister, Teile der SPD sowie CDU und FDP auf einen Abbruch und auf eine massive Neubebauung (200 Wohneinheiten) eingeschworen."

Wegen dieser Aussage versuchen Sie die Architekten Endermann/Maaß durch Androhung gerichtlicher Schritte von der Wiederholung der "falschen Tatsachenbehauptung" abzuhalten. Auch uns wollen Sie die betreffende Aussage verbieten. Sie wollen uns sogar das Zitieren verbieten.

Abgesehen davon, daß wir die Aussage nicht als eine Tatsachenbehauptung ansehen, sondern als eine Meinung, halten wir diese Aussage inhaltlich für richtig. Ihre Rechtsanwälte versuchen, Ihre "Nicht-Eingeschworenheit" durch zwei Briefe von Ihnen vom August 1980 zu belegen. Sie schrieben damals an die Justizministerin und an die Bundesknappschaft und regten eine weitere Nutzung des Gebäudes an. Das war sehr anständig.

Sie scheinen jedoch Ihre Meinung in den letzten zwei Jahren "ein wenig" geändert zu haben: "Erste Adresse bei der Diskussion um das Knappschaftskrankenhausgelände sei halt die Bundesknappschaft als Haus- und Grundbesitzer. Wolfram verurteilte die "hektische Diskussion" über die Frage, was mit dem alten Krankenhaus geschehe. "Bisher gibt es hier noch kein Planungs- und Baurecht." Er kann sich vorstellen, daß einmal am Westerholter Weg ein schönes Parkgelände mit einer aufgelockerten Wohnbebauung entsteht. "Betontürme wird es hier bestimmt nicht geben und auch kein Objekt für Spekulanten." Das Knappschaftskrankenhaus stehe nicht unter Denkmalschutz. "Wo sind denn die Träger, die das Haus erhalten und finanzieren wollen. Die Stadt möchte es nicht geschenkt bekommen." Es sei verkehrt, hier vorzeitig Position zu beziehen. Das gelte auch für städtische Beamte." ('Recklinghäuser Zeitung', 14.7.1982)

In Erwartung Ihrer weiteren Aktionen, die nur erneut die Notwendigkeit unserer Zeitschrift bestätigen können

im Auftrag der Redaktion

Ralf Kropla

UNSCHULDS ENGEL



Kürzungen im Sozialbereich:

Zu Lasten der Drogenabhängigen

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern: "Einmütig" beschloß der Kreistag am 18.12. den Haushalt für das Jahr 1983. Trotz anderslautender Empfehlungen des Jugendwohlfahrtsausschusses (JWA) der Stadt Recklinghausen und des Landesdrogenbeauftragten Hans-Adolf Hüskens wurden die Mittel für die Drogen- und Suchtberatung gekürzt.

Die 40%-ige Kürzung (von 670.000 DM auf 400.000 DM) betrifft acht Suchtberatungsstellen der freien Wohlfahrtsverbände im Kreisgebiet sowie die zwei Drogen- und Suchtberatungsstellen in Marl und RE-Hochlarmark.

Besonders prekär wird dadurch die Lage der Drob in Hochlarmark, die einen anderen Klientenkreis betreut als die Suchtberatungsstellen der freien Wohlfahrtsverbände. Während der Schwerpunkt bei ihnen auf die Beratung älterer Alkohol- und Medikamentenabhängiger gelegt wird, kümmern sich die Mitarbeiter der Drob vorwiegend um Jugendliche und jüngere Erwachsene, die Heroin und andere "harten Drogen" konsumieren.

Die Situation Anfang des Jahres 1982

In den letzten Jahren war die Drob fast darauf abonniert, um die Jahreswende als Institution zur Diskussion gestellt zu werden. Anlaß war dabei immer die Finanzierung im nächsten Jahr. Anfang 1982 setzt der Kreis RE nun neue Richtlinien fest und kürzte die Mittel für die Drogen- und Suchtberatung auf 670.000 DM herunter. Durch diese Richtlinien meinten die Betroffenen, eine Sicherheit für ihre zukünftige Arbeit zu haben.

Exkurs: Wer verdient an den harten Drogen?

Der Hamburger Psychologe und Drogen-
36

experte Hans-Georg Behr wies bereits vor einigen Jahren nach, daß zwischen Drogen- und Waffenhandel ein enger Zusammenhang besteht. Die Erzeuger der Grundstoffe liefern diese in Spannungsbereiche, verkaufen sie und kaufen dort dann Waffen aus der Produktion der Großmächte. Der zur Herstellung von Heroin notwendige Grundstoff Essigsäure-Anhydrid wird zu 90 Prozent von deutschen Firmen in diese Gebiete geliefert (Hauptlieferanten: Hoechst, Merck). Wobei das noch legal ist, da diese Chemikalie in der BRD nicht wie in anderen Ländern unter Vertriebskontrolle gestellt ist. Die Bilanz dieser Geschäfte ist ausgeglichen: Die Gewinne der Drogenhändler, der Waffenproduzenten und -händler und der Arzneimittelfirmen müssen Abhängige und Süchtige "bezahlen", mit Geld, mit Knast oder mit dem Leben (vgl. Psychologie heute, 11/81).

Die Lage spitzt sich zu

Im Herbst wurde den Betroffenen deutlich, daß vom Kreistag eine Mittelkürzung vorgesehen war. In einem Auszug aus dem Bericht "Aufgabenfinanzierung in der Sozial- und Jugendhilfe" der Sitzungsunterlagen des Sozial- und Jugendausschusses des Landkreistages vom 25.10.82 heißt

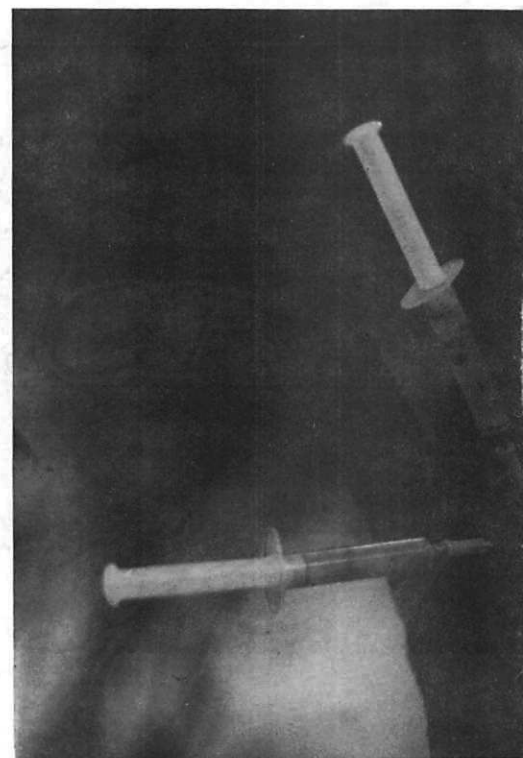
es:

"Bewertung der Aufgabe

Die bisher relativ geringen Erfolge der Drogen- und Suchtberatung müssen Veranlassung sein, grundsätzlich die Konzeption und die Durchführung der Aufgabe zu überdenken.

In der Drogen- und Suchtberatung muß das Schwergewicht auf die Prophylaxe (Vorsorge; d.A.) gelegt werden. Dort sind am ehesten die Möglichkeiten gegeben, eine Drogen- und Suchterkrankung zu verhindern. Die verstärkte Einschaltung der Schule darf nicht – wie bisher festzustellen – weitgehend nur unerfüllte Forderung bleiben.

Eine ambulante Beratung Abhängiger



ist wirkungslos, wenn sie in notwendigen Fällen nicht kurzfristig zu einer stationären Behandlung führt. Eine Zusammenarbeit mit stationären Entziehungs- und Nachsorgeeinrichtungen ist daher für eine erfolgreiche Arbeit unabdingbar."

Wenn das stimmen sollte, warum hat Kreismedizinaldirektor Dr. Pelz es nicht schon auf einer Podiumsdiskussion in der Drob im Juni '82 gesagt? Im Gegenteil, auf dieser Podiumsdiskussion lobte er noch die Arbeit der Drob.

Mal außer acht gelassen, ob die Arbeit in den Schulen unerfüllte Forderung war (31 Veranstaltungen von der Drob bis zum November sowie der Arbeit des Ende 1981 gegründeten Arbeitskreises der Drogenberatungslehrer sprechen dagegen), welche Konsequenzen wären für die Zukunft zu erwarten?

Die prophylaktische Drogen- und Suchtberatung würde zwar erweitert werden, aber dann ist die Argumentation nicht mehr stimmig. Eine ambulante Beratung soll in "notwendigen Fällen" zur stationären Behandlung führen. Aber wer führt dann die ambulante Beratung in den Fällen durch, wo sie noch möglich wäre?

Eine solche "Bewertung der Aufgaben" sagt wenig aus, und es liegt der Verdacht nahe, daß lediglich eine Begründung für die vorgesehenen Kürzungen nachgeliefert werden sollte.

Weitere Entwicklungen

Am 29.11. übersandten die acht Träger



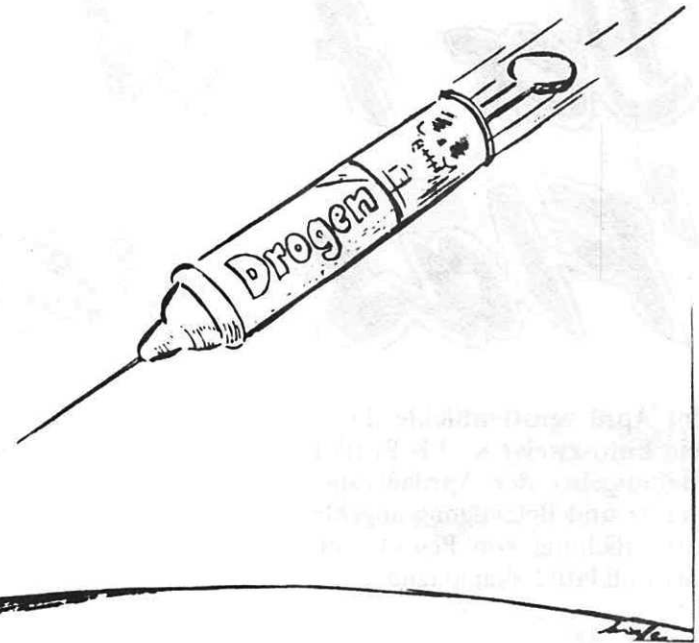
der "Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und ihre Angehörigen im Kreis RE" (also ohne die Drob's in Marl und Hochlarmark) dem Kreistag eine Einschätzung ihrer Lage. Sie wiesen darauf hin, daß die geplanten Kürzungen ihre Arbeit stark belasten würden. Die freien Wohlfahrtsverbände sind allerdings im Kreisgesundheitsausschuß mit fünf stimmberechtigten Mitgliedern vertreten. Erst ca. eine Woche später meldeten sich alle 10 Drogen- und Suchtberatungsstellen gemeinsam zu Wort. Sie wandten sich an den Kreistag, sprachen sich ebenfalls gegen die geplanten Kürzungen aus und boten ein Gespräch an. Dieses Gespräch kam nicht zustande.

Hermann Schäfer, seit zehn Jahren Vorsitzender des Trägervereins der Drob, erklärte seinen Rücktritt. Er begründete dies mit einem "Rollenkonflikt": Schäfer ist gleichzeitig Geschäftsführer des Caritasverbandes RE.

Der JWA der Stadt RE sprach sich am 15. 12. gegen die Kürzungen bei der Drogen- und Suchtberatung aus. Auch der Drogenbeauftragte der Landesregierung, Hans-Adolf Hüskén, kritisierte die Einsparungen und ihre Begründung. Obwohl also Stadt RE und Land NRW die Notwendigkeit der Drogen- und Suchtberatung gegeben sehen (und die entsprechenden Etats nicht kürzten), beschlossen die im Kreistag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der FDP) am 17.12.82 die Kürzung der Mittel.

Fazit

Die Drogen- und Suchtberatung, die Hilfe für Süchtige und Abhängige wäre nicht nötig, wenn es hier keine Drogen gäbe.



Aber von den Damen & Herren Volksvertretern wird ja nichts unternommen, um hier Drogen unnötig zu machen, aus bestimmten Gründen, versteht sich.

Nun aber entziehen sich die Abgeordneten des Kreistages des Kreises RE aber noch der Pflicht, wenigstens der Spitze des Eisberges, den akut Betroffenen zu helfen. Und das im Jahr 1982, in einem Jahr, in dem die Zahl der Abhängigen zunahm, in einem Jahr, in dem "das repressivste Drogengesetz der Welt" (Hans-



Georg Behr) in der BRD eingeführt wurde. In einer Zeit, in der anonyme Drogenberatungsstellen nötiger denn je sind. Aber der Kreistag kann sich nicht einmal zugute halten, eine einzige Mark gespart zu haben. Wenn weniger Geld für die ambulante Betreuung Drogenabhängiger ausgegeben wird, dann müssen eben mehr stationäre Therapien durchgeführt werden (die entsprechenden GmbH & Co. KG's sollen wie Pilze aus dem Boden schießen). Eine halbjährige Therapie für eine/n Alkoholabhängige/n kostet 40.000 DM. Die muß der Kreis dann aber nicht zahlen.

"Die letzten beißen die Hunde", und die letzten werden wohl die Drob's in Marl und Hochlarmark und ihre Besucher sein. Denn der "Rollenkonflikt" des Herrn Schäfer deutet schon an, daß jede einzelne Drogen- bzw. Suchtberatungsstelle versuchen wird, sich gegen die anderen durchzusetzen.

Der Fall 'Flaschenöffner'

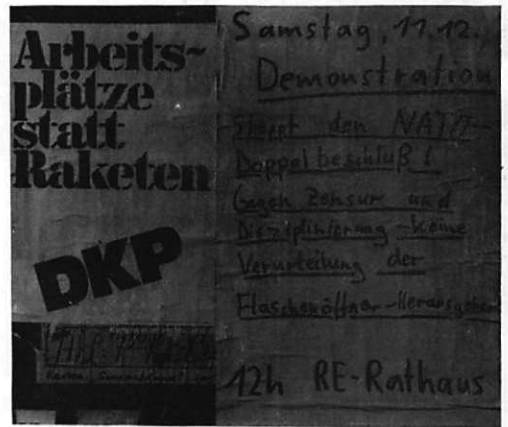
Im April veröffentlichte das 'Kreisblatt Flaschenöffner' in seiner Ausgabe ein Foto zweier K- 14- B. (Politische Polizei). Daraufhin wurden die sieben Herausgeber der Aprilausgabe wegen Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz und Beleidigung angeklagt. Ein weiterer Anklagepunkt war die Veröffentlichung von Prozeßunterlagen vor der Hauptverhandlung während der Solidaritätskampagne.

Für Samstag, den 11.12. hatte nun der 'Flaschenöffner' eine Demonstration mit Kundgebung die unter dem Motto "Gegen Zensur und Disziplinierung" geplant. Auf der Kundgebung sprachen der Landesvorsitzende der Deutschen Journalistenunion (DJU), Peter Baumöller, und der freigestellte Betriebsrat der Zeche Ewald, Peter Heinrich. Der angekündigte Geschäftsführer Ralf Hilgenstock vom Verband demokratischer Zeitungen und Zeitschriften (der ehemals ein Zusammenschluß alternativer und autonomer Zeitschriften war), erschien nicht. Im Anschluß an die Kundgebung führte ein Demonstrationzug von etwa 150 Leuten durch die Innenstadt. Dieser sollte gleichzeitig eine Friedensdemonstration darstellen, denn: "Der anstehende Pro-

zess ist ein Angriff auf die Friedensbewegung", da der 'Flaschenöffner' sich als autonomen (!) Bestandteil der Friedensbewegung versteht. Soviel nun zur Demonstration.

Am Montag, den 13.12. begann der Prozeß gegen die sieben Herausgeber des 'Flaschenöffner'. Der Prozeß fand in einem viel zu kleinen Gerichtssaal statt. Einige Zuschauer mußten den Saal verlassen, da zu wenig Sitzplätze vorhanden waren.

Obwohl einer der beiden Rechtsanwälte der Angeklagten fehlte, wurde von Seiten der Angeklagten keine Vertagung beantragt. Der Prozeß begann damit, daß der Rechtsanwalt einen Befangenheitsantrag stellte, der die beiden Schöffen



betraf. Sie wurden vor Beginn der Verhandlung in der Kantine des Amtsgerichts gesehen, als sie in ein Gespräch mit dem Staatsanwalt und der vorsitzenden Richterin verwickelt waren. Aufgrund einiger Gesprächsfetzen, die der Rechtsanwalt mitgehört hatte, stellte er einen Befangenheitsantrag. Zweimal wurde der Antrag auf Befangenheit gestellt und wurde auch zweimal von der betroffenen Richterin und den Schöffen abgelehnt.

Danach begann der Staatsanwalt mit der Verlesung der Anklageschrift, die die Punkte

- o Beleidigung (es war das Wort 'Schnüffler' gemeint),
- o Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz (Recht am eigenen Bild) und
- o das Veröffentlichens staatsanwaltlicher Anklageschriften vor der Hauptverhandlung (geschah in der Sonderausgabe im Mai) beinhaltete.

Darauf begann die Richterin mit dem "Verhör" der Angeklagten, woraus sich dann eine mehr oder weniger lockere Unterhaltung über die Anklagepunkte entwickelte. Der Rechtsanwalt des "Flaschenöffner" griff hierbei nicht ein einziges Mal ein. Als Gegenargument von Seiten der Sieben bei dieser "Unterhaltung" zum Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz wurde angeführt, die beiden K 14 Beamten seien Personen im öffent-



Kundgebung vor dem Rathaus

lichen Interesse, da sie als Hauptzeugen beim Prozeß gegen (den DKP-Vorsitzenden) Werner Reumke aufgetreten seien; diese dürften laut Gesetz abgebildet werden.

Daniela C. gab an, daß Penker zu ihr sagte: "Dieses Foto könnt ihr verwenden". Desweiteren gab sie an, daß sie nicht gewußt hätte, was im Kunsturhebergesetz steht. Zum Anklagepunkt der Beleidigung wurde festgestellt, daß 'Schnüffler' eine bildhafte Beschreibung, ähnlich wie 'Klinkenputzer' für Vertreter, sei, die sich nicht direkt auf die Personen Gesterkamp und Penker beziehe, sondern auf deren Beruf.

Zum dritten und letzten Anklagepunkt (Veröffentlichung von Prozeßunterlagen) erklärten sich die sieben Herausgeber für unwissend. Sie wußten also nicht, daß dies strafbar sei. All die Punkte wurden in einem lockeren Diskussionsstil abgehandelt. Nur einmal wurde darauf verwiesen, daß das 14. Kommissariat (Politische Polizei) ja auch ohne Erlaubnis fotografieren. Eine Herausgeberin bezeichnete ihre Handlungsweise sogar als Straftat. Der politische Charakter des Prozesses wurde so nur ungenügend von den Angeklagten herausgestellt.

Die Zeugen Penker und Gesterkamp (die auf dem Foto abgebildeten Beamten), die anschließend vernommen wurden, bestritten ihre Einverständniserklärung zur Benutzung der Fotos. Sie bezeichneten ihre Handlungsweise als Observierung. Das Plädoyer des Staatsanwaltes wiederzugeben lohnt sich wohl kaum. Den Inhalt kann sich ja wohl jeder denken. Charakteristisch war die Aussage: Wer anderen auf die Füße tritt, soll sich nicht wundern, wenn man ihm auch auf die Füße tritt. Als Strafmaß forderte er:

- o für die Jugendliche Claudia B. 20 Stunden sozialer Hilfsdienst
- und für die erwachsenen Herausgeber
- o Daniela C. 45 Tagessätze a 20 DM
- o Stefan K. 45 Tagessätze a 5 DM
- o Christine S. 45 Tagessätze a 7 DM
- o Willi M. 45 Tagessätze a 50 DM
- o Erich B. 45 Tagessätze a 20 DM
- o Ulrike L. 40 Tagessätze a 45 DM

Darauf folgte das Plädoyer des Rechtsanwaltes. Er führte u.a. an, daß "die Angeklagten anerkannt ehrenwerte Ziele hätten, und daß die Kenntnis aller Presseparagrafen nicht zum Allgemeinut gehöre. Weiterhin vertrat er die Ansicht, daß die Beamten des 14. Kommissariats relative Personen der Zeitgeschichte seien, führte Beispiele von Polizeieinsätzen an, wie z.B. in der NS-Zeit, wo zum damaligen Zeitpunkt auch



Die Anklagebank während des "Fototermins"

noch nicht der Wert der Fotos abschätzbar gewesen war. Weiterhin sprach er davon, daß sich die Polizei bei der Bahnhofbesetzung (das betrifft den Prozeß gegen Werner Reumke), nicht richtig verhalten hätte, sie hätte die Besetzung verhindern müssen. (Wo bleibt da unser Widerstandsrecht? d.A.), stattdessen hätten sie nur observiert. Zum angeblichen Straftatbestand der Beleidigung durch 'Schnüffler', zitierte er aus dem Duden.

Außerdem wurde angeordnet, daß die restlichen Ausgaben von Abril eingezogen und die entsprechenden Druckplatten vernichtet werden.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urteil eingelegt. Das Exempel soll wohl nun erst richtig statuiert werden.

Arno

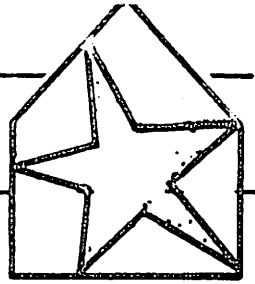
Im Anschluß an das Plädoyer des Rechtsanwaltes kamen die Angeklagten oder besser nur drei von ihnen zum Schlußwort. Wobei lediglich Erich B. an den politischen Charakter zurückerinnerte.

- Die Urteile anschließend fielen so aus:
- o Christine S. 100 DM
 - o Erich B. 200 DM
 - o Stefan K. 100 DM
 - o Claudia B. Verwarnung
 - o Willie M. 200 DM
 - o Ulrike L. 200 DM
 - o Daniela C. 100 DM



Autonomes

Zentrum



Das Autonome Zentrum bleibt im Haus Auf dem Graben 2. Nach der Kündigung durch den ehemaligen Vermieter gab es bei den Verhandlungen mit dem neuen Besitzer kein positives Ergebnis. Nach öffentlichen Aktionen und weiteren Verhandlungen kam jetzt doch noch ein Mietvertrag zustande, der bis zum Ende des Jahres 1983 läuft.

In unserer Diskussionsveranstaltung zum Autonomen Zentrum (AZ) in der Öffentlichkeitswoche und auch in den Artikeln der WAZ war die Rückzahlung der Renovierungskosten als besonders wichtig erschienen. Nach den Berechnungen des AZ hätte sich die vertraglich geregelte Rückzahlung auf rund 140.000 DM belaufen. Dies galt für die Kündigung zum 30.10.82.

Der neue Besitzer bot uns jedoch nur 30.000 DM an. In dieser Verhandlungssituation war der Karren ziemlich festgefahren. Zwischenzeitlich fand ein Gespräch im Rathaus statt. Daran nahmen der neue Besitzer (Fa. Bieling), das Diakonische Werk (Altenheim Abendsonne), Vertreter der SPD und der Verwaltung und drei Leute vom AZ teil. Das Ergebnis war mager: die Stadt wollte sich in den nächsten zwei Wochen um Objekte kümmern, die in ihrem Besitz sind und für das AZ in Frage kämen. Beim Sagen ist es geblieben: bis heute ist kein Angebot gekommen.

Rausgekommen bei dem ganzen Hin und Her ist ein Mietvertrag bis zum 31.12.1983. Die Miete beläuft sich weiterhin auf 774,42 DM einschließlich der Heizkosten. Mit Ende des Vertrages und Auszug bekommt das AZ 50.000 DM für die geleisteten Renovierungen.

Die Kürze des Vertrages bedeutet, daß schon jetzt nach einer neuen Unterkunft geschaut werden muß. Das Vorgehen und das Ergebnis sind auch auf Kritik gestoßen (z.B. Leserbrief in Nr. 70), die eine härtete Konfrontation forderte.

Berichte
aus den
Gruppen

Obwohl die Gruppen des AZ sich fast im HOLZWURM-Büro treffen, kommt nicht viel von den Gruppen bei uns an. Woran auch immer es liegen mag, keine/r soll kommen und sich beschweren, wenn hier wenig über die Arbeit der einzelnen Gruppen geschrieben steht. Reicht lieber kurze Notizen rein.

Initiativgruppe 3. Welt

Die IG 3. Welt ist ein wenig personell verstärkt worden durch ehemalige Mitglieder des Lateinamerikakomitees, das sich vor einigen Monaten auflöste. Bei der IG ist auch der gute und vakuumverpackte Nicaragua-Kaffee erhältlich.
dienstags, 20 Uhr

DFG/VK und AfeK

Die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner und der Arbeitskreis für engagierte Kriegsgegner haben Ende Oktober und im November vier Veranstaltungen durchgeführt, die sehr

gut besucht waren. So zum Beispiel die simulierte KDV-Verhandlung. Dies hat wohl dazu beigetragen, daß die Gruppenabende zur Zeit sehr viel besser besucht sind als vorher.
mittwochs, 19.30 Uhr (DGG/VK)
freitags, 20 Uhr (A)

Gruppenabende zur Zeit sehr viel besser besucht sind als vorher.
mittwochs, 19.30 Uhr (DFG/VK)
freitags, 20 Uhr (AfeK)

Schwulen- und Lesbengruppe

Zwischenzeitlich war die Bezeichnung "und Lesbengruppe" kaum noch angebracht. Den wenigen Frauen, die reingeschaut haben, waren es wohl zu viele Männer. Zudem hat sich im Frauenzentrum Recklinghausen eine Lesbengruppe gegründet. In der letzten Zeit tauchten in der Gruppe aber auch wieder weibliche Gesichter auf.
freitags, 20 Uhr

Demokratische Sozialisten

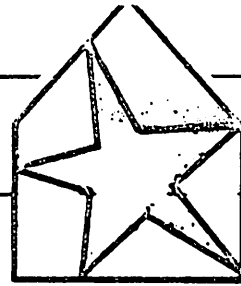
Die DS'ler haben sich bundesweit als Partei konstituiert. Auch die Recklinghäuser Initiative hat eine Ortsgruppe gegründet. Ebenso einen Kreisverband. Sie haben eine Reihe Arbeitsgruppen zu lokalpolitischen Themen eingerichtet, auf deren Ergebnisse man gespannt sein darf. Von den DS'lern kam auch ein Organisationsvorschlag, um das Aufräumen und Säubern im AZ zu regeln.
donnerstags, 19.30 Uhr

Initiative gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausländerfeindlichkeit

Die von der Gruppe ausgearbeitete Plattform haben wir in unserer Nummer 71 veröffentlicht.
sonntags, 19 Uhr

Friedenskomitee RE

Das Friedenskomitee macht seine Gruppensitzungen weiterhin im Heinrich-Pardon-Haus. Geplant ist für den 20.1. eine Veranstaltung mit dem Thema "Medizinische Folgen eines Atomkrieges und das Gesundheitssicherstellungsgesetz". Nur ihre Arbeitsgruppen treffen sich hier



im Haus. Ergebnisse - bei gleichbleibenden Mitarbeiterzahlen der 'Klausur'-Tagungen sind nicht bekannt.

HPH, donnerstags, 19 Uhr

Theatergruppe Zeitlupe

Sie proben fleißig. Der nächste Auftrittstermin steht noch nicht fest.

donnerstags, 20 Uhr

Buchladen

Der geplante Buchladen hat jetzt einen Namen: Atta Troll soll er heißen, nach einem Werk Heinrich Heines. Da die Öffnung jetzt für Anfang Februar vor-

gesehen ist, steht noch eine Menge Arbeit an.

Ach ja, die Ladengruppe sucht immer noch Leute, die zinslose Kredite geben können oder Büchergutscheine kaufen wollen. Kontakt: Anette Salewski, Tel. 2 89 27.

dienstags, 17 Uhr

Holzworm

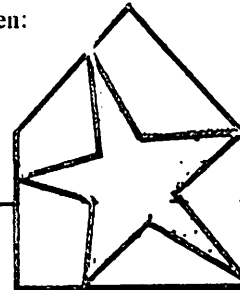
Was bei uns selbst wichtig ist, steht ausführlich in diesem Heft.

Redaktion: freitags, 17 Uhr, Bürozeiten: mittwochs und freitags, 15 bis 17 Uhr

Hausgruppe

Die Hausgruppe versuchte sich an der Diskussion über die Initiativenarbeit. Aktionen gehen zur Zeit von der Hausgruppe wenig aus. Sie bemüht sich vor allem um organisatorische Hilfen. Dem Grundgedanken, daß sich alle Initiativen in der Hausgruppe einbringen, wird nur in geringem Maße nachgekommen.

mittwochs, 20 Uhr



IMPRESSUM

Der HOLZWURM ist eine unabhängige Lokaltageszeitung in Recklinghausen. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich.

Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und Verbänden, Geldgebern oder sonstigen Interessengruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit, die u.a.

Themen aufgreift, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden. Im Gegensatz zur Tagespresse Zusammenhänge darstellen und Themen ausführlich diskutieren will.

Entscheidungen treffen ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen des HOLZWURM.

Die Herausgeber und der verantwortliche Redakteur werden lediglich angegeben, um dem Pressegesetz genüge zu tun.

Beim HOLZWURM kann jeder mitarbeiten, der an den Sitzungen regelmäßig teilnimmt, mitdiskutiert und nach Interesse Artikel schreibt.

Alle Artikel werden vor Abdruck während der Redaktionssitzungen diskutiert. Beiträ-

ge, die mit Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Der HOLZWURM erscheint in der Regel monatlich mit ca. 40 Seiten. Wenn die Redaktion die Meinung vertritt, daß nicht genügend und nicht genügend gute Artikel vorliegen, kann sich der Umfang verringern bzw. in besonderen Fällen das Erscheinen verzögern.

Wir drucken selbst, in einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Der Preis dieses Heftes steht oben auf der ersten Seite, ein Abo (12 Hefte) kostet DM 17. Dieser Betrag ist mit genauer Anschriftangabe auf das Konto 1891 der Sparkasse zu überweisen/einzuzahlen.

Private Kleinanzeigen bis zu fünf Zeilen drucken wir kostenlos ab. Freie für Anzeigen sind mit einer kurzen Erläuterung des Inhalts anzufordern.

Die nächsten Redaktionssitzungen finden am Freitag, 10.12. und am Freitag, 17.12., jeweils um 17 Uhr statt.

Der HOLZWURM ist Mitglied im Verband demokratischer Zeitungen und Zeitschriften NRW e.V.

An dieser Ausgabe haben redaktionell und/

oder als Artikelschreiber/innen oder sonst irgendwie mitgewirkt:

Arno Appelhoff, Anke Behrendt, Erich Behrendt, Michael Busch, Dirk Bracke, Holger Freitag, Jürgen Gosejacob, Uli Grober, Andreas Jelinski, Beate Kleibrink, Jutta Kleiner, Thomas Klonek, Ralf Kropla, Ina Lautsch, Christel Lippkau, Tom Lutz, Olaf O. Manke, Maria Neuhaus, Brigitte Pfaffrath, Eva Prausner, Franz-Josef Prüfer, Anette Salewski, Frank Stach, Jürgen Wagner, Gabi und alle, die wir jetzt vergessen haben um 0 Uhr des 24.12.82.

Dem Gesetze genüge getan sei mit folgenden Angaben:

Herausgeber ist der Politische und kulturelle Arbeitskreis RE e.V.; verantwortlich für diese Ausgabe ist Ralf Kropla

Alle genannten und ungenannten Personen sind unter der Adresse

HOLZWURM
Stadtzeitschrift für Recklinghausen
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen
Tel. 0 23 61 / 1 56 98

Schriftlich sind wir immer erreichbar. Telefonsch zumeist Mittwoch- und Freitagnachmittag so irgendwann in der Zeit von 15 bis 19 Uhr. Von Anrufen während der Redaktionssitzungen bitten wir weitestgehend Abstand zu nehmen.

Kommerzielles

In Recklinghausen Süd, genauer im Ortsteil König-Ludwig, eröffnete am 19.11. ein neues Kulturzentrum im Stile der Zeche Bochum seine Pforten. Gemeint ist der Musikpalast. Auf dem alten Bergwerksgelände wurde ein recht zerfallenes Haus mit einem Kostenaufwand von ca. 1,5 Millionen DM wieder hergerichtet.

Der Musikpalast soll laut Aussage der Besitzer "verschiedensten Alters- und Interessengruppen eine Heimstatt geben". Ein Ziel also, welches jedem Geschäftsmann vorschwebt, will er doch Geld verdienen – oder steckt in dem Kommerz noch ein gewich-

Eng

Bisher läßt sich im Musikangebot der Halle I von der Masse her noch kein Vergleich mit der Zeche in Bochum ziehen. Doch ein Konzert machte den Musikpalast schlagartig bekannt – die Punkgruppe Dead Kennedy's trat auf. Diese Punkgruppe zog ein größeres Publikum aus weiterem Umfeld des Ruhrgebiets an, so wurden sogar Autos aus Holland und Belgien gesichtet. Trotz der großaufgemachten Schlagzeilen im Lokalteil der WAZ und der RZ, bezeichneten die Musiker diesen Auftritt, als eines ihrer ruhigsten Konzerte. Tatsächlich randalierte in der Menschenmenge von ca. 1.200 Leuten in der Halle fünf Skins und demolierten unter anderem die Toiletten und die Eingangstür zum Aufenthaltsraum der Musiker.

Vor der Halle hielten sich weitere Leute auf, die keine Karten mehr bekommen hatten. Aus Frust demolierten sie ein paar Autos. Die Polizisten hielten sich zurück, das Herz war ihnen in die Hose gerutscht. Etwas bedenklicher sind die Proteste der Anwohner einzustufen. In Verbindung mit den Besuchern der Discothek, zu meist Autofahrer, mehrten sich die Parkdelikte. So war es einigen Anwohnern nachts nicht möglich zur Arbeit zu fahren, da ihr Auto zugestellt war. Manche gehören dem Notdienst der Steag an, die beim Bereitschaftsdienst öfter rausmüssen. Und aufgrund des starken Discotheken-Besuchs war es für manche unmöglich, rechtzeitig die Störungsquelle zu erreichen. Andere fühlten sich durch die Gruppen, die in den Proberäumen übten, manchmal in ihrer Nachtruhe gestört. Manch ein Anwohner sprach ein Unbehagen aus, daß ihn befiehl, wenn Punks und Rocker in ihrer Nähe auftauchten.

Diese Ungelegenheiten führten zu einem einhelligen Protest der Anlieger und zu einer Reaktion der Besitzer. Die Brüder Przybilla und die Pächter verteilten am 16.12. Handzettel an die Anlieger und luden sie für den 17.12. ins Pub ein, um über die Probleme und über Lösungsvorschläge zu diskutieren. In dieser Diskussion wurden die Anwohner weitestgehend beruhigt, daß z.B. Vorkomm-



nisse wie sie bei den Dead Kennedy's auftraten, nicht mehr stattfinden werden, indem solche harten Gruppen und das damit verbundene Publikum aus dem Musikpalast herausgehalten werden.

Um dem Parkplatzproblem abzuhefen, versprachen die Besitzer mit vier Strahlern den Platz zu beleuchten, damit die Besucher die Parkmöglichkeiten hinter dem Haus wahrnehmen, und um eine Nachtruhe der Anwohner zu gewährleisten.

Wegen den Ruhestörungen aus den Proberäumen ist der Besitzer nicht zu belangen, da nur die Bässe die Anwohner erreichen. Und diese Schwingungen liegen im nicht meßbaren Bereich, daher kann der Besitzer nicht dafür belangt werden. Um trotzdem eine Abhilfe zu schaffen, wird von Seiten des Musikpalastes angeboten, daß ein Vertreter der Anlieger zu der allmonatlichen Mieterversammlung im Musikpalast eingeladen wird. Dort soll er die Beschwerden vorbringen und die Gruppen werden bestimmt einsichtig den Lautstärkeregel zurückdrehen.

Was bewegt die Besitzer, so zu reagieren und eine Kooperation mit den Anliegern zu suchen? Hierzu ein Satz des

Discothekenpächters, der da sagte, daß ihr Interesse doch folgendermaßen sei: der Besucher kommt, bezahlt, tanzt ein bißchen und geht dann wieder. Und alles möglichst unauffällig. ***

In der letzten Ausgabe hatten wir schon einen Artikel über die Kneipenszene in RE. Diesen möchte ich jetzt mit meinem Eindruck über den Musikpalast, der ja auch zu den Neuerscheinungen am Himmel der Kneipen und Discos zählt, erweitern.

Alles fing ganz harmlos an, das Gerücht ging um: "Äih! Hasse schon gehört, die machen hier bald 'nen neuen Schuppen auf." "Ährlich?, Wo denn?"; usw. Mit gestärkter Vorfreude wartete nun alles auf die neue Disco: "Mannomann nicht immer erst bis nach Bochum oder irgendwo anders hinfahren. Ne, wie in al- eine neue Disco, wohl möglich eser alte Laden . . ., wie gleich?"

orfreude genug, endlich war's ch soweit. Der Laden öffne-

tiger ideeller Anspruch. Nun ist im Moment vielleicht noch zu früh ein fundiertes Urteil abzugeben, ob die Verbindung Kommerz und Kultur hier im Musikpalast klappt, wir können aber die bisherigen Tätigkeiten des Musikpalastes anführen.

Um das Risiko etwas zu streuen, verpachten die Brüder Przybilla – die Besitzer – an andere Leute. So wird die Halle I an Konzertagenturen vermietet, die Halle II hat ihren eigenen Discobesitzer, desweiteren sind noch Pub und Snack-Bar eingerichtet – und später wird noch ein Biergarten hinzukommen.

Management

te seine Pforten, und am nächsten Tag waren tolle Dinge in der Zeitung zu lesen. 3.000 Quadratmeter, Wahnsinns Disco, Kneipe, Halle für Auftritte und überhaupt stand drin, für jeden etwas. Mit dem Hintergedanken einen tollen Abend zu verbringen, schwang ich mich zusammen mit einem Freund für zwanzig in den Bus, denn zu Fuß oder per Fahrrad is nich (also doch nich

so ganz wie früher).

Wir hatten schon gedacht, erst des Morgens wieder nach Hause fahren zu können, da ab Elf kein Bus mehr fährt, aber dem war denn doch nicht so. – Also, angekommen, raus aus dem Bus, und die letzten paar Meter zu Fuß. Auf dem Hof 'ne Menge Autos, große, angestrahlte Schilder am eben so großen Bau, HALLE MUSIKPALAST: viele Versprechungen.



Ginger Baker, einigen noch bekannt als Percussionist und Drummer bei den 'Cream', trat am 18. Dezember beim letzten Konzert des Jahres im Musikpalast auf. Die schwach besuchte Veranstaltung rief zwar einige alte Fans aus ihren Höhlen, ansonsten kam man sich etwas verloren vor.

*Dafür, daß der Auftritt so spät begann, endete er zum Ausgleich etwas früher – 55 Minuten Musik für "nur" 17 DM an der Abendkasse! Einige Besucher forderten "Ginger Solo" – und der Oldie "I'm so glad" kam – nicht recht überzeugend – aus der Motenkiste. Ein Schlagzeugsolo in der Mitte des Stücks zeigte, daß die besten Jahre des Ginger Baker wohl lange vorbei sind. Ein müder Anlauf und nur kurz wirkliches Können, ungesamt ziemlich schwach. Das einzig sehenswerte war der "Scheingitarrist": ein Schwarzer, Marco Irgendwas, mit herrlichen Dreadlocks nach bester Rastafarimannier, die dauernd über seinen Saiten hingen, welche er mit seinen Fingern von Zeit zu Zeit berührte, um so zu tun als ob. Dafür sang er ganz gut. Gar nicht gut war dagegen der Sound – alles gute schien herausgemischt zu sein, ein Rauschen in der PA (Verstärkeranlage) übertönte alles, aber "schon" nach einer knappen halben Stunde hatte der Mischer die Sache im Griff. Alles in allem ein enttäuschender Abend. ****

Hinein, Tür auf, ein Treppenaufgang wie inner Schule, erstmal gucken was oben ist, – nix!! Naja, bis auf die gut ausgebaute Pommestube. Wieder runter und rein in die Disco, sechs Mark Eintritt, aber wenigstens ein Bier, wir öffnen die Tür zum Discothekenraum und sind alsbald geblendet vom . . . nawaschon . . . Schwarzlicht. Zehn Minuten Blindheit, endlich seh ich klarer, phosphorisierende Wäscheleinen unter der Decke, und eben dieses Schwarzlicht, welches jeden enttarnt, der sich nach dem Abendbrot nicht die Zähne geputzt hat, weil sie dann nämlich noch gelber sind als die der anderen.

Außerdem fällt in diesem Schuppen jeder auf, der Schuppen hat und keine Fusselrolle bei sich trägt. Aber, das wars ja alles nich, nach längerem Umherschauen stellte ich fest, daß ich eigentlich keinem ins Gesicht sehen konnte, ich sah entweder nur den Hinterkopf und zwar von oben, oder das Gegenstück aus der gleichen Perspektive. Das Alter derer, die da zu einer Musik rumhüpfen, die ich als "real rockin Schweinebeat" bezeichne, möchte ich so auf 14-15 beschränken. Nun, ich wartete mehrere Stücke ab, außerdem mußte ich ja wenigstens mein Bier (0,2 l) trinken, aber die Musi (elektronik Pop) änderte sich nicht. Und nachdem ich mein Bier in mich hineingeschüttet hatte, verließ ich dieses Lokal. Mein Begleiter konnte es genausowenig wie ich fassen und meinte, da müßte doch noch was anderes sein, das ist doch nicht wahr und soweit. Wir schauten uns noch mal um, aber es war nichts anderes zu finden. Ergo schlugen wir uns diese Nacht nicht um die Ohren, sondern kamen ziemlich früh ins Bett.

Im Nachhinein kann ich nur noch feststellen, daß sich die 3.000 Quadratmeter wohl mehr auf das Treppenhaus bezogen, da die eigentliche Disco nun wirklich nicht groß war. Außerdem möchte ich zur Entschuldigung des Ladens sagen, daß ich vielleicht mit einer zu großen Erwartung an den Abend bzw. an die Aufmachung des Schuppens herangegangen bin. Vielleicht muß sich "das für jeden Etwas" auch erst einpendeln, obwohl ich mich persönlich wohl nicht mehr auf den Weg machen werde, nur um mich eine knappe Viertelstunde dort aufzuhalten. Dieses Ganze ist ein völlig subjektiver Eindruck und ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen, daß das für jeden Etwas nicht erreicht bzw. auch mit so einem Konzept nicht erreichbar ist, wenn man sich schon in der Aufmachung so festlegt.

Zur Information veröffentlichen wir den Aufruf der Initiative Vereinigte Arbeiterlisten gegen den Bonner Rechtsblock auf den sich auch der Leserbrief von Siggie bezieht:

Schaffen wir eine Vereinigte Arbeiterliste gegen den Bonner Rechtsblock!

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Bonner Rechtsblock wurde ein Frontalangriff auf die Interessen der werktätigen Menschen eingeleitet. Auftraggeber und Nutznießer sind die Großkonzerne und Großbanken. Helmut Kohl, der die Übergangsregierung führt, ist jedoch nicht der eigentliche Kopf des Bonner Rechtsblocks. Der ultrarechte F. J. Strauß zieht im Hintergrund die Fäden in Richtung eines durch und durch volksfeindlichen Kurses:

- o Den Armen nehmen und den Reichen geben – nach diesem Motto sollen die Krisenlasten rücksichtslos auf den Rücken der Werktätigen abgeladen werden. Besonders betroffen sind Rentner, die Sozialhilfeempfänger, die Ausländer, die werktätigen Frauen und vor allem die lernende und arbeitende Jugend.
- o Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit reißen immer mehr Familien in ihren Strudel, während diejenigen, die noch Arbeit haben, verschärfter Arbeitshetze und Lohnabbau ausgesetzt sind.
- o Für den Maximalprofit und das Machtstreben einer Handvoll Millionäre werden die Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen von Millionen Menschen skrupellos geopfert.
- o Außenpolitisch schwenkt der Bonner Rechtsblock auf den Konfrontationskurs von US-Präsident Reagan ein. Ein Festhalten an der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen um jeden Preis kann 1983 die akute Gefahr eines atomaren 3. Weltkrieges heraufbeschwören. Dieser würde unser Land, ja ganz Europa in Schutt und Asche verwandeln.
- o Der Rechtsblock hat sich innenpolitisch zum Ziel gesetzt, jeglichen Widerstand gegen die volksfeindlichen Maßnahmen zu ersticken und den Abbau von demokratischen Rechten beschleunigt voranzutreiben. Strauß erwägt schon das Verbot der GRÜNEN, weil sie nicht die "parlamentarische Demokratie" nach CSU-Zuschnitt unterstützen wollen. Ausländerhetze und Aushöhlung des Asylrechts machen unsere ausländischen Kollegen zum Freiwild reaktionärer Machenschaften!

Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Ausländer und Deutsche, Frauen und Männer, Jugendliche und Rentner, Ihr seid alle betroffen! Setzt Euch gemeinsam zur Wehr: Am Arbeitsplatz und im Wohngebiet, an Schule und Hochschule, in Versammlungen und auf der Straße!

Viele Arbeiter und andere Werktätige suchen für die Neuwahlen zum Bundestag nach einer Kraft, die ihre grundlegenden Interessen in konsequenter Op-

position zu dem Bonner Rechtsblock zum Ausdruck bringt.

Die SPD, die jetzt mit "linken" Losungen die Protestbewegung kontrollieren und schließlich aufsaugen will, kann diese Kraft nicht sein. Mit ihrem Festhalten am NATO-Doppelbeschluss und ihrer prinzipiellen Zustimmung zur Umverteilungspolitik zugunsten der Monopole kann sie keine wählbare Alternative zur CDU/CSU/FDP sein. Die SPD hat 13 Jahre bewiesen, daß sie eine Politik im Interesse der Monopole betreibt, das vergessen wir nicht innerhalb weniger Monate.

Der Wunsch nach einem linken Wahlbündnis ist vorhanden. Aber wer soll es schaffen? Wie notwendig ein breites linkes Wahlbündnis ist, zeigt gerade das Wahlmotto der CSU: "Wir bringen Deutschland wieder in Ordnung – gegen das rotgrüne Chaos". Aber der Versuch verschiedener linker Organisationen war bisher erfolglos. Besondere Verantwortung trägt dafür der Bundesvorstand der GRÜNEN, der sich arrogant über alle Angebote hinweggesetzt und ein eigenständige Kandidatur beschlossen hat. Damit wurden viele Menschen, insbesondere Arbeiter und Angestellte ausgegrenzt, die zwar gegen den Bonner Rechtsblock sind, aber nicht für alle Grundpositionen der GRÜNEN eintreten.

Darum halten wir, die Unterzeichner, an dem Vorschlag des linken Wahlbündnisses fest und ergreifen die Initiative zur Schaffung einer VEREINIGTEN ARBEITERLISTE gegen den Bonner Rechtsblock.

Die "Vereinigte Arbeiterliste" soll eine Wahlpartei für die kommende Bundestagswahl sein und soll die zahlreichen Arbeitsloseninitiativen, Arbeitergruppen, Gewerkschaftler, Initiativen gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt, Friedensgruppen und -initiativen, Jugendgruppen, zahlreiche fortschrittliche Einzelpersonen aller gesellschaftlichen Schichten unabhängig von ihrer Weltanschauung und Kofession zusammenfassen. Sie soll ein Beitrag zum breiten Zusammenschluß gegen den Bonner Rechtsblock sein. Zur Gründung örtlicher Initiativen schlagen die Erstunterzeichner folgende politische Plattform vor:

- o Gegen die Massenarbeitslosigkeit. Für die 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich.
- o Gegen die soziale Demontage. Die Krise sollen die Reichen bezahlen!
- o Gegen die Aufweichung und für Erhalt und Erweiterung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen. Gegen die militaristische Verhetzung der Jugend.
- o Gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD. Für ein atomwaffenfreies Europa vom Ural bis zum Atlantik! Für Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen!
- o Volle Haftung der Industrie für die von ihr verursachten Umweltschäden! Für einen wirksamen Umweltschutz! Still-

legung aller energiewirtschaftlich und militärisch betriebenen Kernkraftwerke!

- o Gegen den Abbau demokratischer Rechte. Für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Demonstrationsrecht auf antifaschistischer Grundlage.
- o Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht! Gegen jegliche politische Diskriminierung von ausländischen Arbeitern und Familien in der BRD.
- o Gegen jegliche Wahlbehinderung. Für die Aufhebung der 5-Prozent-Sperrklausel!

Gründet zahlreiche örtliche Initiativen gegen den Bonner Rechtsblock! Schließt Euch zur "Vereinigten Arbeiterliste" zusammen! ***

Betr.: Kritik zum Aufruf für die "Vereinigte Arbeiterliste" VAL

1. Ich meine, die Einschätzung zu den Grünen ist zu flach. Die Grünen sind und wollen keine Partei sein, die Arbeiterinteressen vertritt. Die Grünen als eine linke Organisation zu bezeichnen, ist auf Grund ihres Programms sachlich falsch. Sie sind als Partei und als ideologische Strömung gegen den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten; sie sind gegen den Sozialismus. Eine Einschätzung die nur zwei Sätze enthält, ist einfach ungenügend.

2. Die Vereinigte AL soll eine Wahlpartei sein. Bis zu den Wahlen am 6. März ist es einfach unrealistisch, zu glauben, daß die VAL als Alternative wirklich zur Wahl stehen wird. Das ist auch ernsthaft von den Initiatoren nicht beabsichtigt. Damit ist der Name "Liste" eine Irreführung. Ich schlage vor, den Namen VAL durch den Namen "Recklinghäuser Initiative zu den Bundestagswahlen '83" zu ersetzen. Das ist einfach ehrlicher. Der Name VAL ist Etikettenschwindel; bei den Erstunterzeichnern ist ja tatsächlich kein Arbeiter dabei. Die RE Initiative zu den Bundestagswahlen kann höchstens eine Empfehlung zu den Wahlen geben.

Nun zu der Plattform: Die Plattform aus acht Punkten ist inhaltlich dünn und bleibt in verschiedenen Teilen hinter den gesellschaftlichen Bewegungen zurück. Frauenfragen werden einfach ausgeklammert. Eine Schande! Kein Wort zur Diskriminierung und Unterdrückung der Frau. Kein Wort zur Streichung des § 218; kein Wort zu vollen politischen und ökonomischen Gleichberechtigung der Frau.

Zu Punkte 1 (gegen Massenarbeitslosigkeit): Nur die alleinige Forderung nach 35 Stunden löst sie nicht. Zumindest muß man den vollen Personalausgleich verlangen, muß man Stellung beziehen zur kapitalistischen Rationalisierung. Man muß eintreten für den Erhalt der Arbeitsplätze

und für ein Verbot von Massentlassungen.

Zu Punkt 2: In der Plattform fehlt der Kampf gegen die Senkung des Reallohns, die Lohnstoppläne der Kapitalisten und ihres Kettenhundes Blüm, die Verteidigung der Tarifautonomie, für eine Ausweitung und den Erhalt des sozialen Sicherungssystems.

Zu Punkt 4: Es wird keine Stellung genommen gegen die Erhöhung des Rüstungshaushaltes, für den Abbau der Rüstungsausgaben, für die ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung der Kriegsdienstverweigerer, gegen eine Verlängerung des Zivil- und Wehrdienstes, für das Verbot der Stationierung und der Lagerung von ABC-Waffen auf deutschem Boden. Übrigens tritt das Friedenskomitee RE für den Austritt aus der Nato ein, für ein Politik der Neutralität und Blockfreiheit, warum eigentlich die VAL nicht, zumal Jutta in Friedenskomitee auch für diese Forderung eingetreten ist?

Zu Punkt 5: Warum die unklare Formulierung "Stillegung aller energiewirtschaftlich und militärstrategisch betriebenen Atomkraftwerke? Warum nicht so klare Ausdrücke wie: Gegen das Bonner Atom-

programm, für die Stillegung aller Kernkraftwerke und für ein Verbot des Baus und der Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen (auch chinesische AKW's sind nicht sicherer!)

In den acht Punkten fehlt völlig der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit. Nichts wird gesagt zur fortschreitenden Aushöhlung des Asylrechts, gegen das reaktionäre Ausländergesetz. Es wird nicht die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Ausländer in der BRD gefordert.

Eine "Arbeiterliste", die nicht für das Verbot der Aussperrung eintritt, wofür es Massenaktionen der Arbeiter in den DGB-Gewerkschaften gegeben hat?!

Nichts wird zu den Berufsverboten gesagt, zur weiteren Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegstruppe.

Das sind einige Punkte, die mir beim Lesen des Aufrufvorschlags der VAL einfielen. Und man muß doch ehrlich sagen, hinter der VAL in RE stehen keine Arbeiter, sondern nur der KABD, der sich jetzt MLPD nennt.

Zieht man das Resümee aus den o.g. Kritikpunkten, so kommt man zu dem Schluß, daß der Vorschlag für die Verei-

nigte Arbeiterliste in vielen Punkten hinter den gesellschaftlichen Bewegungen in RE zurück ist. Daß es so etwas wie eine fortschrittliche Frauenbewegung gibt, scheint den Verfassern entgangen zu sein. Daß das in RE arbeitende Friedenskomitee Forderungen entwickelt hat, die weitergehen als die Vorschläge der VAL, muß in diesem Kreis völlig unbekannt sein.

Daß in RE der Kampf gegen Sozialabbau stattfindet, davon könnte man sich jeden Sonntag bei der Initiative Soziale Sicherheit überzeugen. Und daß in RE antifaschistische Arbeit geleistet wird, muß wohl nicht extra erwähnt werden.

Ich halte es für arrogant, wenn nun von der VAL diesen Initiativen ein Aufrufentwurf zum Zusammenschluß präsentiert wird, der inhaltlich weit hinter den in RE bereits gelaufenen Entwicklungen zurücksteht! Oder sollen etwa alle Initiativen auf diese acht Punkte schrumpfen, nur weil die MLPD dies gerne möchte?

Mit freundlichen Grüßen
Sigi

Betr.: Stellungnahme der Demokrati-

schen Sozialisten zu den Klagean-

drohungen gegen den Holzwurm

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten..." (Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes)

Am 3.12. ist dem Holzwurm durch die Anwälte des OB Wolfram eine Klageandrohung und gleichzeitig ein Schreiben der Anwälte der WBK zugegangen, in der eine Unterlassungsverpflichtungserklärung im Zusammenhang mit Jochen Welt SPD/WBK gefordert wird.

Die Häufung dieser Schreiben zeigt bereits, welche engen Zusammenhänge zwischen SPD und WBK bestehen. Dies soll aber nun vom Holzwurm nicht mehr behauptet werden dürfen. Damit wird neben dem Flaschenöffner auch dem Holzwurm als Teil der kritischen Gegenöffentlichkeit in Recklinghausen mit rechtlichen Schritten gedroht. Es lassen sich hier deutliche Tendenzen erkennen, die darauf abzielen, die nicht kommerzielle Presse an den Rand des Ruins und damit zum Schweigen zu bringen.

Dabei sollte das Vertreten und Veröffentlichlichen der Meinung in einer Demokratie ebenso geduldet und gefördert werden wie das beharrliche Fragen nach dem Warum und Weshalb von Unklarheiten und Verflechtungen.

Zur inhaltlichen Bedeutung der Pressefreiheit hat das Bundesverfassungsgericht in folgender Aussage Stellung bezogen: "... daß nur die ständige geistige Auseinandersetzung zwischen den einander begehrenden sozialen Kräften und Interessen, den politischen Ideen und damit auch den sie vertretenden Parteien der richtige Weg zur Bildung des Staatswil-

lens ist ...".

Wir meinen, daß die öffentlichen Instanzen bemüht sein müßten, keine Meinungsmonopole sich entwickeln zu lassen. Wie die Wirklichkeit der Pressefreiheit aber in Recklinghausen aussieht, wissen wir als Demokratische Sozialisten aus eigener Erfahrung nur zu gut.

So erschienen in der letzten Zeit in der "Recklinghäuser Zeitung" trotz zahlreicher Pressemitteilungen bis auf eine Mini-Notiz bisher kein Sterbenswörtchen über die Demokratischen Sozialisten und unsere politische Arbeit hier in Recklinghausen. In der WAZ wurden zwar kurze Berichte abgedruckt, aber alle wesentlichen inhaltlichen Aussagen vorher herauszensiert.

Die Recklinghäuser SPD unterstützt mit ihren Klageandrohungen ganz offensichtlich diese Tendenzen der Presse in Recklinghausen, bestimmte abweichende oder unbequeme Meinungen zu unterdrücken, und fällt damit noch weit hinter die Verlautbarung des nicht gerade fortschrittlichen Bundesverfassungsgerichts zurück.

Die neue Bundespolitik der Oppositions-SPD zielt offensichtlich darauf ab, neue Mehrheiten links von der Mitte zu finden. Nun machen die jüngsten Vorfälle in Sachen Presse hier in Recklinghausen deutlich, daß die hiesige SPD, die ja ohnehin als konservativer Flügel ihrer Partei bekannt ist, doch wohl erhebliche Schwierigkeiten mit dieser neuen Denkrichtung und Handlungsstrategie ihrer Parteideologen auf Bundesebene zu haben scheint.

Andererseits wird damit aber auch klar, daß die propagierte neue Politik der SPD im Konkreten immer einen ganz anderen Ausdruck findet und ihr wahres Gesicht erkennen läßt. Wir müssen deshalb wohl noch genauer darauf achten, wie und ob sich die ausgetüftelten SPD-Wahlkampfpolitik auf kommunalpolitischer Ebene bewährt. Die Anbiederungen an die linken politischen Bewegungen die Friedens- und Umweltschutzbewegungen werden sich wohl nur als verlogene Wahlkampfstrategie herausstellen. Deshalb wird es um so notwendiger sein, genauer auf alle sozialdemokratischen Windungen zu sehen, damit die SPD-Hoffnungen, ein linkes Wählerpotential in ihren Wahlkampfnetzen einzufangen, Illusion bleibt. Schließlich haben wir nichts davon, wenn uns mit Strauß und seinem Demokratie-defizit gedroht wird, die Pressefreiheit unter den Fittichen der SPD aber zu einem Fetzen Papier verkommt.

Als Demokratische Sozialisten wollen wir dazu beitragen, daß eine kritische Gegenöffentlichkeit in Recklinghausen erhalten bleibt.

Wir erklären uns deshalb mit dem Holzwurm in seiner Auseinandersetzung mit den SPD-Funktionären solidarisch. Wir fordern alle, die an einer nichtkommerziellen Presse in Recklinghausen interessiert sind, dazu auf, den Holzwurm ideell (durch Solidaritätsunterschriften) und materiell (durch Abonnements und Spenden) zu unterstützen.

Für die Demokratischen Sozialisten
Recklinghausen
Walter Schulte
und Martin Uphoff

Lehrerarbeits-

losigkeit

Der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) leitete uns eine Stellungnahme zum Problembereich Nichteinstellung von Lehrern und Defizite im Schulbereich zu, die wir hier veröffentlichen.

Die Vorsitzenden der Fachgruppen und des AJLE erklären:

Nach Abschluß des derzeitigen Einstellungsverfahrens sind in NRW über 6.000 Lehrer arbeitslos, die an den Schulen dringend gebraucht werden. Sie wurden nicht eingestellt, weil die Landesregierung NRW ihre Einstellungspolitik nicht am tatsächlichen Bedarf der Schulen orientiert und bereits im letzten Jahr über 2.000 Lehrerplanstellen abgebaut hat. Deutlich ist dabei die Absicht, in

tuation an unseren Schulen schränkt das Bürgerrecht auf eine qualifizierte Bildung und Ausbildung erheblich ein.

Diese Zurücknahme von staatlichen Leistungen, wie sie an den Schulen mit dem Mittel der systematischen Lehrerarbeitslosigkeit herbeigeführt wird, geht weit über die zur Legitimation herangezogenen Sachzwänge hinaus. Sie ist Ausdruck

ergeben. Aus unserer Kenntnis der Situation an den Schulen in Recklinghausen müssen wir feststellen: Unsere Schulen brauchen weiterhin mehr Lehrer. Ihre Einstellung wäre leicht möglich, wenn die Landesregierung endlich die gewerkschaftlichen Finanzierungsvorschläge, beispielsweise den Vorschlag der Intensivierung der Steuererfassung und der Bekämpfung von Steuerkriminalität oder den des Eintretens für ein Einfrieren des Rüstungshaushalts, berücksichtigen würde.



„Alles Unsinn: Es gibt einfach zu viele Schüler — Wir müssen die Schüler abschaffen“

Aus unserer Verantwortung als Lehrer für die Schüler, die wir unterrichten, und für die Schulen, an denen wir arbeiten, fordern wir die Landesregierung auf, die eigenen Ansprüche an ihre Bildungspolitik ernst zu nehmen und alle ausgebildeten Lehrer einzustellen. ***

Zukunft einen faktischen Einstellungsstopp bei gleichzeitigem Stellenabbau durchzusetzen.

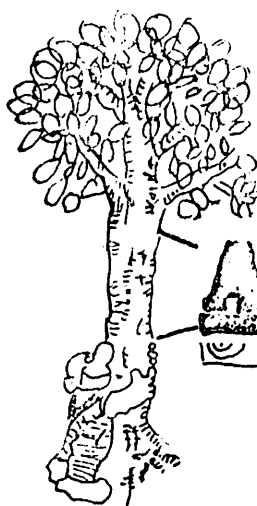
Demgegenüber sehen wir uns gezwungen, die Öffentlichkeit, besonders alle Eltern, Elternvertreter und Schüler, auf folgende Zusammenhänge aufmerksam zu machen:

Angesichts weiterhin ausfallenden Unterrichts in allen Schulformen, angesichts der Tatsache, daß immer noch nicht der vom Kultursministerium selbst in Richtlinien und Erlassen geforderte Unterricht auch wirklich erteilt werden kann, angesichts der noch völlig unbewältigten pädagogischen Aufgabe der Verwirklichung von Chancengleichheit für alle Schüler ist eine solche Personalpolitik unverantwortlich. Die daraus folgenden langfristigen Verschlechterungen der Si-

eines politischen Willens. Denn die Aufwendungen für den Bildungsbereich sind seit Mitte der siebziger Jahre — gemessen am Gesamthaushalt — nicht im Sinne politischer Absichtserklärungen gestiegen, sondern kontinuierlich gesunken. Lehrerarbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der schulischen Bildung sind damit politisch akzeptiert, wenn nicht gar gewollt.

Die Landesregierung NRW genügt damit nicht einmal dem von ihr selbst gesetzten Anspruch, daß das Bildungswesen in seiner Qualität nicht verschlechtert werden darf. Sie unterwirft sich vielmehr dem politischen Druck derer, die aus egoistischen Motiven auf den Abbau sozialer und öffentlicher Leistungen orientieren. Sie unterwirft sich den Zwängen, die sich aus der Hochrüstungspolitik





ANSCHRIFTEN



Aktionskreis für engagierte Kriegsgegner
Autonomes Zentrum, Auf dem Graben 2

Amnesty international
c/o Herman Zdarta
Bockholter Str. 59, Tel. 2 47 75

Anonyme Drogenberatungsstelle
Hochlarmarker Str. 73, Tel. 3 60 22

Altstadtschmiede
Kellerstr. 10, Tel. 2 12 12

Arbeitskreis Frieden
c/o Andreas Tack
~~Postfach 120, Herborn~~

Antifaschistischer Arbeitskreis
c/o Monika u. Klaus Oberschewen
Lohweg 20, Tel. 4 86 20

Arbeitskreis Mittelamerika
c/o Wolfgang Bohr
Nonnenbusch 111, Marl

Autonomes Zentrum
Auf dem Graben 2, Tel. 1 56 98

SJD-Die Falken
Alte Grenzstr. 138, Tel. 3 43 52

Deutsch-Türkischer Verein
c/o Nezih Özer
Robert-Koch-Str. 3, Tel. 2 87 76

Victor-Jara-Zentrum
Marienstr. 18a, Tel. 65 13 46

Begegnungs- u. Beratungszentrum
Bochumer Str. 17, Tel. 3 36 83

Demokratische Sozialisten
c/o Eckart Lindemeyer
Letterhausstr. 27, Tel. 4 67 19

DFG/VK
c/o Jürgen Pawlik
Taubenstr. 42, Tel. 8 21 67

DGB-Jugendheim
Dorstener Str. 27c, Tel. 2 10 49

Flaschenöffner
c/o Victor-Jara-Zentrum
Marienstr. 18a

Folk Club
c/o Ulli Müller
Amandusstr. 47, Datteln
Tel. 0 23 63/15 83

Friedenskomitee
c/o Jutta Schamell
Franzstr. 6, Tel. 6 20 08

Heinrich-Pardön-Haus
Wichernstr. 2, Tel. 4 46 00

Holzworm
Auf dem Graben 2, Tel. 1 56 98

Jungdemokraten
c/o Chr. Andreas
Hufschmidtstr. 14, Tel. 8 66 29
Volkfront
Postfach 14 66

Initiativgruppe 3. Welt
c/o Detlef Richter
Heidestr. 22c, Tel. 3 55 13

Kath. Studierende Jugend
Kemnastr. 2, Tel. 5 70 46

Lesbengruppe
c/o Ulla
Tel. 49 84 56

Theatergruppe Zeitlupe
c/o Lisa Wickinghoff
Riegestr. 86, Marl
Tel. 0 23 65/1 84 02

Frauzentrum
Am Lohtor 1, Tel. 1 54 57

AG Nachträgliche Verweigerung
c/o W. Weyers
Alleestr. 15, Dorsten
Tel. 0 23 62/2 62 47

Türkischer Arbeiterverein
Marienstr. 4, Tel. 6 25 64

Rote Hilfe Deutschland
c/o Almuth Euler
Ludwig-Richter-Str. 1

Schwulen- u. Lesbengruppe
Autonomes Zentrum

SDAJ
c/o Ulrike Abcynski
Im Reitwinkel 58, Tel. 65 36 46

FESTE TERMINE



19.00 AK Nachträgliche Kriegsdienstverweigerung, jed. 1. u. 3. Mi
Heinrich-Pardon-Haus

19.30 DFG/VK
Gruppensitzung
Autonomes Zentrum

19.00 Frauenzentrum
Frauenhausgruppe

20.00 Frauenzentrum
jed. 1. Mi
Vollversammlung

20.00 Lesebengruppe
Frauenzentrum

20.00 Autonomes Zentrum
Hausgruppe

DONNERSTAG

19.00 Friedenskomitee
Heinrich-Pardon-Haus

19.00 Antifaschistischer AK
alle 14 Tage
Heinrich-Pardon-Haus



19.00 HBV-Jugendgruppe
jed. 2. und 4. Do
Dorstener Str. 27c

20.00 Arbeitskreis Frieden
Altstadtschmiede

20.00 Frauenzentrum
Offener Abend

20.00 Theatergruppe Zeitlupe
Autonomes Zentrum

19.30 Demokratische Sozialisten
Autonomes Zentrum



FREITAG

15.00 Öffnungszeiten des HOLZWURM-Büros (bis 17 Uhr)
Autonomes Zentrum

17.00 HOLZWURM Redaktionssitzung

19.00 Amnesty international
ungerade Woche
Herner Str. 13a

20.00 Aktionskreis f. engagierte Kriegsdienstgegner (afek)
Autonomes Zentrum

20.00 Schwulen- u. Lesbengruppe
Autonomes Zentrum

20.00 KDV-Beratung
jed. 1. u. 3. Fr
Heinrich-Pardon-Haus

SONNTAG

19.00 Initiative gegen Sozialabbau
Autonomes Zentrum

MONTAG

19.00 Redaktionssitzung von "Lila Morgen"
Frauenzentrum

19.00 "Fachwerk" Redaktionssitzung
Ökumenisches Zentrum

19.15 DGB-Jugendgruppe
Dorstener Str. 27 a

DIENSTAG

19.00 "Flaschenöffner" Redaktions-sitzung
Victor-Jara-Zentrum

20.00 Frauenzentrum
Öffentlichkeits AG

20.00 Initiativgruppe 3. Welt
Autonomes Zentrum

MITTWOCH

17.00 Öffnungszeiten des HOLZWURM-Büros (bis 19 Uhr)
Autonomes Zentrum

16.30 Information zur Kriegsdienstverweigerung
AfeK
Gasthaus, Hl.-Geist-Str. 7

TERMINE

Mo. 3.1.

17.30 Hörfunk WDR 3
Hitlers Machtergreifung
am 30. Januar 1933
1. Die Wahlentwicklung
im Rheinland und Westfa-
len
20.00 Kukomare
Zeche, Bo
22.30 Hörfunk WDR 3
"Man schießt und man
weint zugleich"
Israelische Soldaten in
Literatur und dokumentier-
tem Gespräch

Di. 4.1.

17.00 Hinterhof Band
Jugendheim, Do-Hombruch
Eschenstr.
19.00 Bombadil
Werkstatt Düss.
Börnestr. 10
Benefizkonzert für die
Düss. Behinderten-Werk-
statt
20.00 Intoxigation
Rhythm'n'Blues mit Aus-
flügen zum Southern Rock
21.45 Fernsehen WDR 3
Szene: Türkische Weihnacht

Mi. 5.1.

20.00 Acid
Bremer Senator
Essen-Rüttenscheid
Power-Rock
22.30 Hitlers Machtergreifung
"Deutscher Katholizismus"
Hörfunk WDR 3

Do. 6.1.

Monsun-Midnight
Spektrum, CAS
Jazz-Rock
19.00 Münchner Paket mit Zusatz-
zahl
Zack Zack Combo
Gorilla Aktiv
Lorenz Lorenz
Zeche, Bo
20.00 Hot-Jazz-Meeting
Tonhalle Düss.
21.00 Hörfunk WDR 3
Funkhaus Wallrafplatz
"Die Sowjetunion auf neu-
em Kurs?"

Fr. 7.1.

20.00 Dasda Band
Baron, CAS
Rockmusik
20.00 Gummitwist
Zeche, Bo
Neue Welle mit deutschen
Texten

AUSSTELLUNGEN

atelier
Bochum
Swidbertstr.1
8.1. - 3.2.
Carel Demel, Radierungen

20.30 Endlosschwule Pornofilme
Mcbeth
Schwules Theater nach der
Vorlage von Herrn Shakes-
peare
Fritz-Hensler-Haus, Do
20.00 Super Perro
Funk-Jazz (NL)
Flexi, Suderwich, Schulstr.
21.45 Fernsehen WDR 3
Lebensgeschichten: Der
Klüngelskerl

Sa. 8.1.

19.30 Bond
Jugendkunstschule, HER 2
Rock mit deutschen Texten
Pantomime und Film
Hinterhofband
20.00 Turmklause, Do-Hombruch
20.00 Hardbeats
Zeche, Bo
Rock und Beat- Oldie
Formation
20.00 Splitbrain (Heavy Metal)
20.00 Rotthaus, Bo
21.00 Odessa
Mühle, Marl
Oldies und Rock
Hörfunk WDR 3
"Als London reich an Armen
war"
Lieder und Texte, 1725-1925
21.30 Fernsehen WDR 3
Die Besetzung des Ruhrge-
biets durch Franzosen und
Belgier: 11. Jan 1933

So. 9.1.

Blizzard
Spektrum, CAS
20.00 Rockkonzert
Here & Now
Zeche, Bo
Folk bis Folkrock
Dschungelband
Musikpalast RE
20.00 Udo Herbst
Klassische Gitarre
Flexi, RE
14.30 Hörfunk WDR 3
"Der große Traum vom Self-
made-Glück" USA
17.00 Hörfunk WDR 3
20.15 Hörspiel: Beim Zugführer
ARD Fernsehen
23.15 Europa unterm Hakenkreuz
Fernsehen WDR 3
"Susy und Conny"
Persiflage auf die Sex-and
crime-thriller des kommer-
ziellen Kinos

Mo. 10.1.

19.30 Motor Boys Motor
Zeche, Bo
20.00 Ruhrfestspielhaus
"Westside-Story"

21.00 Hörfunk WDR 3
Hitlers Machtergreifung
"Auf der Suche nach einem Weg"

Di. 11.1.

20.00 Liedermeier
Zeche, Bo
Liedermacher mit persönlichen Texten

20.00 Jango Edwards & Band
Flexi, RE

21.00 Hörfunk WDR 3
Nicht Fisch, nicht Fleisch
von Franz Xaver Kroetz

Mi. 12.1.

Altstadtschmiede
Amateurfestival

19.00 Backhaus
JKS, HER 2
Rock aus Schwerte
Wolf Biermann

21.00 Schauspielhaus, Bo
Dasda Band
Spektrum, CAS
Rockmusik

22.15 Fernsehen WDR 3
Musikfilm
The big beat

Do. 13.1.

19.30 Double Vision
Nostalgie, RE
Folk-Duo

20.00 Wolf Biermann
Schauspielhaus, Bo
Wolf Maahn & die Deserteure
Zeche, Bo

21.00 Hörfunk WDR 3
Hitlers Machtergreifung
"Die Landtagswahlen in Lippe
im Januar 1933"

Fr. 14.1.

19.00 Tilt
JZ Do-Mengede
Rock und Funk mit deutschen Texten

20.00 Ximo & Jude
JZ Essen
Musica do Brasil

Newcomer Session
Domicil, Do
19.30 Some cold blue steel
Fritz-Hensler-Haus, Do

19.30 Fete der Post-Gewerkschaftsjugend
Wilson Pickett
Zeche, Bo

17.00 Die weiße Rose
Roxy, Do
bis 17.1.

21.00 Das Mädchen mit den roten Haaren
Roxy, Do
bis 20.1.

Sa. 15.1.

18.00 Scarabäus
Revierpark Wischlingen, Do
Rockfestival mit Dortmunder Gruppen

Frank Verhoef
Rotthaus, Bo
Electric-One-Man-Band

Wolfgang Hefter Quartett
Domicil, Do
20.00 Twist

20.00 Kunsthaus E
Essener Rockgruppe
Händel und Greuel

20.00 Essener Kabarett
JZ Essen, Papestr.
Altstadtschmiede
Pentagramm
Eintritt 5DM

20.15 Hörfunk WDR 3
Hitlers Machtergreifung
"Zeichen an der Wand"
Ahnungen und Warnungen deutscher Dichter und Kabarettisten vor dem 30. Januar 1933

So. 16.1.

20.00 Karibao
Lokal ohne Namen, GE-Buer
Salsa-Formation mit Musikern aus den USA, Puerto Rico, Chile, Kamerun und Kenia

Ian Cutler & Collin Reece
Hardenberghaus, Bo
Asta-Matinee mit dem englischen Folk-Duo

20.00 Gummiband
Zeche, Bo
deutschsprachiger Losgehrack

20.00 Fureys & Davey Arthur
JZ Essen
Irlands Folkgruppe Nr.1

Geier Sturzflug
Stadthalle Waltrop
Rock und Reggae

20.00 Flexi
Backwahn
New Wave

19.30 Hörfunk WDR 3
"Etwas tun gegen die Angst"
Menschen vom Müllviertel
Monteideos berichten

20.15 ARD Fernsehen
Europa unterm Hakenkreuz

Di. 18.1.

20.00 Extrabreit
Grugahalle Essen
Toxin

20.00 JZ Essen
Rockcafe mit Livemusik
China Black T

20.00 Zeche, Bo
Jazz-Rock-Funk

19.00 Padre Padrone
bis 20.1.
Roxy, Do

Mi. 19.1.

The Days
Palais, Bergstr., Marl
Neuer deutscher Rock

19.00 Tilt
JKS Herne 2
Rock Jazz Funk

20.00 Lydie Auvray und die Auvrettes
Zeche, Bo

20.00 Altstadtschmiede
Z-Band
Eintritt 5DM

Do. 20.1.

Stevie Gray Band
Spectrum, CAS
Latin-Funk, Jazz-Rock

19.00 Rock von Hier
Zeche, Bo

20.00 Sharon London
Rotthaus, Bo
Ausdruckstanz, Theater,
Pantomime

19.00 Trotz Alledem Theater
"Das wollen wir doch mal
sehn"

Jugendzentrum Nord
Backumerstr. 110
Herten

Fr. 21.1.

Liederjan
Cilla Fisher
Artie Trezise(schott. Folk- Duo)
Revierpark Nienhausen, GE mit Infoständen von AI
21.00 Jasmine Bonnin und Band
20.00 Revierpark Wischlingen, Do
Wish
Zeche, Bo
Cool Funk mit Jazzeinflüssen

Kein Mensch
Che Coolala, Do
Altstadtschmiede
Blizzard
Hard Rock
19.00 "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht"
Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Prozeß von Alexander Schubart und zum Demonstrations- und Widerstandsrecht
Mit: Christian Cobler(RA)
U.K.Preuß(Jurist) einem Vertreter der BI Startbahn West
VHS-Essen, Hollestr.75
Veranst.: Humanistische Union

21.00 Yol - Der Weg
Roxy, Do
bis 27.1.

Sa. 22.1.

20.00 Leakage LA
Sonne Herne
Rhythm und Blues
Odessa
Scotch Corner, Marl
Rock und Oldies
20.00 Wat un
Zeche, Bo
Rock mit deutschen Texten
20.00 Susi Sturmband
JUBB Herne 2
The Bong
Rotthaus, Bo
Ska und Reggae
19.00 Sixpack
JKS Herne 2
Dosenrock
Karnutka College of Percussion
Domicil, Do
Jazz mit indischer Musik
20.00 Good-time-music-Band
Marler Musikpreis
Oldies und Deutschrock

So. 23.1.

20.00 Conditors
Flexi
20.15 ARD Fernsehen
Europa unterm Hakenkreuz

Mo. 24.1.

19.30 Frauenrockfest
Zeche, Bo
19.00 Nachtasyl
von Maxim Gorki
Zeche Carl, Essen
bis 30.1.

Di. 25.1.

20.00 Klassikabend
Zeche, Bo
Eugeni Koroliov, Klavier
Sonderangebot
Aula der Uni Bo
New Wave Rock
"Bilder aus Deutschland"
50 Jahre Machtergreifung
Freie Werkstatt Theater
Köln
Fritz-Husemann-Haus, RE
ganztägig
20.00 Von Richtern und anderen
Sympathisanten
Roxy, Do
bis 27.1.

Mi. 26.1.

Erdbeermilch
JKS Herne 2
20.00 Aron
Zeche, Bo
Rock'n Roll, Latino, Jazz

Do. 27.1.

Yucatan
Spectrum, CAS
Rock mit deutschen Texten
20.00 Jack Bruce - Jan Hammer Band
Zeche, Bo

Fr. 28.1.

20.00 Herne 3
JZ Essen
kreisfreier Rock
20.00 Jailbird Boogie Band
Zeche, Bo
Boogie Woogie, Blues
Rock'n Roll
16.30 Die letzte Metro
Roxy, Do
bis 31.1.
23.15 Doktor Seltsam - oder wie
ich lernte, die Bombe zu
lieben
Roxy, Do
bis 31.1.

Sa. 29.1.

19.30 Mob Goblin
Altstadtschmiede
Musiktheater
Le Cochon
JKS Herne 2
Rock
20.00 Fadfinder
Zeche, Bo
20.00 Neue Deutsche Welle
White, Hot and Blue
Rhythm'n Blues
Flexi

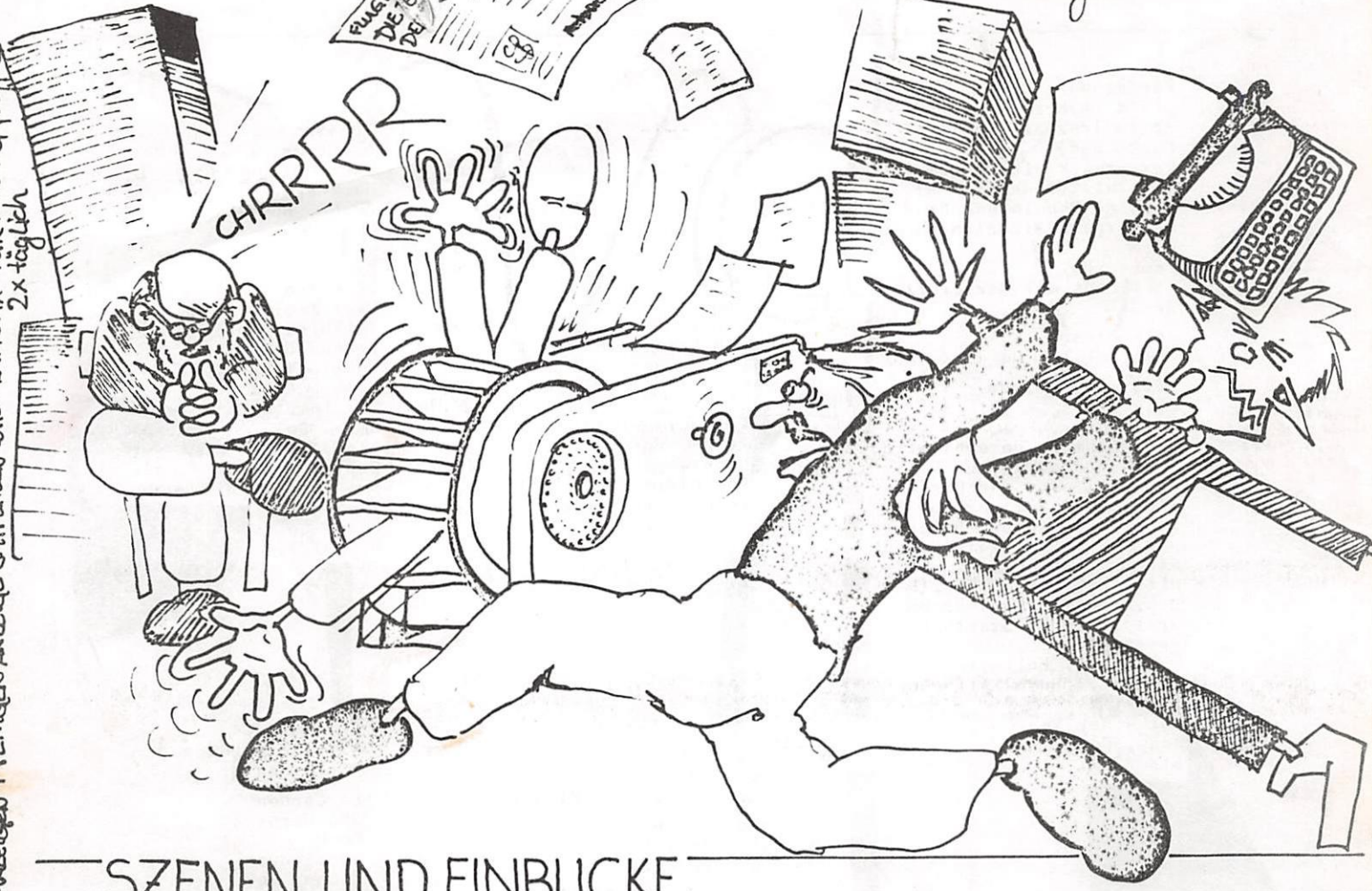
So. 30.1.

18.00 Double Vision
Keukenberg, GE
Fritz Brause
Zeche, Bo
Rock, Jazz, Funk
20.00 Sie sagten nein
Essener Frauen und Männer
im Kampf gegen das Haken-
kreuz
VHS-Spielgruppe
Casa Nova, Essen
20.15 ARD Fernsehen
Europa unterm Hakenkreuz

Mo. 31.1.

20.00 Werner Lämmerhirt
Zeche Bo
Folkswing Guitar
Altstadtschmiede
Hired Help Band

ZUR BESSEREN VERDAUUNG, DIESE ANZEIGE EMPFEHLEN WIR: RATIOFIX-PUR 1/3 Schokolade 2 x täglich



SZENEN UND EINBLICKE

Der Segen der Technik hält Einzug in der Welt
 und macht selbst vor dem **Holz-wurm** nicht halt!

Mußte die Zeitschrift bisher Seite für Seite per Hand
 zusammengetragen werden, so sorgt seit neuestem ein halbautomatisches
 Gerät dafür, daß das Chaos, das jedesmal beim Zusammenlegen per
 Hand entstand, der Vergangenheit überantwortet werden konnte.



MIR GEHT DIESE SCHALZIGE ANZEIGE AUF DEN DRAHT, UND DAMIT ICH SIE NICHT STÄNDIG SEHEN MUSS, BESTELLE ICH DEN **Holz-wurm** MIT DIESEM COUPON FÜR 12 AUSGABEN ZUM PREIS VON 17,- DM AB

MONAT JAHR _____
 MEINE ADRESSE: _____

UNTERSCHRIFT → _____

DAS GELD HABE ICH AUF DAS KONTO 1891 BEI DER STADTSPARKASSE RECKLINGHAUSEN (BLZ 42 65 0030) ÜBERDIESEN. AUSSERDEM WEISS ICH GANZ GENAU, DASS ICH DEN ABO-AUFTRAG INNERHALB VON 7-TAGEN SKRUPELLOOS WIDER-RUFEN DARF. UND JETZT WEG DAMIT AN DIE ADRESSE: **HOLZWURM** Auf dem Graben 2 4350 RE

Allerdings gibt es immer noch Leute, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen und Kritik am „Holzwurm-Maschinen-park“ üben. —

A propos Zeichen der Zeit:

Ein **Holz-wurm**-ABO kostet immer noch nur 17,- DM für 12 Ausgaben. Nehmen Sie die Chance wahr und sichern Sie sich Ihr ABO mit dem nebenstehenden Coupon!